

2 Einfahrt „Nicht abonnieren, wir gehen jetzt.“

4 Wissenschaftliches Schreiben jenseits der Peer Review Vom individuellen Schreiben zur „diskursiven Praxis“ ✂ Felix Stalder

11 Todeskämpfe der Publikationsindustrie? Erfahrungen einer kleinen Vielheit ✂ Isabell Lorey, Otto Penz, Gerald Raunig, Birgit Sauer, Ruth Sonderegger

21 Die Übersetzer_in als Mikroprozessor_in ✂ Ein anonymes iranisches Kollektiv

32 Kommt der Aufstand der Verlegten? Zehn Gedanken zu Zecken & Genoss_innen ✂ Stevphen Shukaitis

38 Der Kampf um freie Lizenzen, ihr Alltag und ihre Zukunft ✂ Traficantes de Sueños

48 Die Mitte der transversalen Texte Programm eines Werdens, das nie zum Verlag werden will ✂ eipcp

52 Pfusch is loud. Fuß ist irgendwie. ✂ Pfusch Baustelle

59 Totes Recht als neuer Schnüffelparagraf? Wiener Polizei macht gegen AntifaschistInnen mobil ✂ Paul Huah

61 Weltweit-Werden? Fragmente eines Diskurses über Ausschluss an der Kunsthochschule. Oder: Was heißt hier Internationalisierung? ✂ Mittelbände

66 Chronik einer angekündigten Schließung ✂ Tom Waibel

71 Was wir Kommunismus nennen ✂ Félix Guattari und Antonio Negri

77 Künstlerische Strategien in der Politik und politische Strategien in der Kunst ✂ Chantal Mouffe

83 Präsentische Demokratie Exodus und Tigersprung ✂ Isabell Lorey

89 Eine Charta für Europa Version 1.2

95 Ausfahrt Vom kollektiven Organisator zum Publizieren in der zerstreuten Mehrzahl

Impressum

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Kamion. Verein für Wissenstransfer und Medienproduktion, Stuwertstr. 25/5, 1020 Wien
Redaktion: Clemens Apprich, Ljubomir Bratić, Christoph Brunner, Clemens Christl, Martina Fritschy, Simone Gaubinger, Simon Graf, Therese Kaufmann, Patricia Köstring, Daniela Koweindl, Niki Kubaczek, Radostina Patulova, Gerald Raunig, Catrin Seefranz, Carlos Toledo, Manuela Zechner. Grafik: Toledo i Dertschei. Erscheinungsweise: 2x jährlich.
Abo: € 13 (inkl. Porto). Einzelheft: € 7. Kontakt und Bestellungen: diekamion.org, redaktion@diekamion.org

Einfahrt „Nicht abonnieren, wir gehen jetzt.“

☞ Im Jahr 1967 verabschiedet sich derart elegant die italienische Zeitschrift *Classe Operaia* von ihren Leser_innen. Da die Herausgeberin der *Kulturrisse* uns erst nach Produktion der letzten Nummer ihre Pläne bekannt gab, blieb uns diese Eleganz verwehrt. Die vierteljährlich erscheinende „Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik“ war seit 1996 18 Jahre lang von einem autonomen Redaktionskollektiv verantwortet und von der IG Kultur Österreich herausgegeben worden.¹ Gleichsam über Nacht, ohne vorherigen Austausch mit der Redaktion, wurde sie Anfang Dezember 2013 von der Herausgeberin „in der bisherigen Form“ eingestellt.

¹ Das Archiv der *Kulturrisse* findet sich unter kulturrisse.at.

Doch „unser Abgang ist auch ein Neuanfang“, schrieben wir in einer kurzen Erklärung zum Ende der *Kulturrisse*.² In jedem Auszug liegt auch ein Quäntchen Neuerfindung, in unserem Fall bestehend in der Erneuerung und Erweiterung des Kollektivs und im Aufbau einer translokalen Kooperation mit Redaktionen in Wien, Zürich und Berlin.

² www.diekamion.org

Uns ist völlig bewusst, dass in der multiplen Krise seit 2008 vor allem die ökonomischen Zwänge neue Print-Projekte in engen Grenzen halten. Doch die „Todeskämpfe der Publikationsindustrie“ produzieren auch ihre Bruch- und Fluchtlinien. Wir wollen zur Ausbreitung dieser Brüche und Fluchten beitragen und legen mit dieser Ausgabe die Nullnummer von *Kamion* vor.

Die Blattlinie: *Kamion* ist eine Zeitschrift für politische Theorien und nützliche Nachrichten aus dem Alltag von Prekarisierung und Krise. Sie forciert den Verkehr, die Übersetzungen, die Vernähtungen zwischen sozialen Bewegungen, Kunstpraxen und kritischer Intellektualität. Sie eröffnet Raum für entspannt theoretische, essayistische, nicht-akademische Schreibweisen und experimentelle Erzählformen. Sie entwickelt Taktiken und Strategien der Verkettung, Neuzusammensetzung und Bildung von Allianzen. Zentrale Themenfelder sind politische Kunstpraxen, Aktivismus, Medienkritik, Wissensproduktion, Bildungs- und Kulturpolitik. Die Redaktionen in Wien, Zürich und Berlin beleuchten transnational relevante Themen (nicht nur) aus europäischer Perspektive.

Der aktuelle Schwerpunkt zum „Aufstand der Verlegten“, der in Kooperation mit dem multilingualen eicpc-Webjournal *transversal* entstanden ist,³ unterzieht das Feld der Textproduktion und Veröffentlichung einer kritischen Reflexion. Die Zwanghaftigkeit, Domestizierung und herrschaftliche Regierungsweise der großen Verlage, das widersprüchliche Handeln prekärer AkteurInnen in kleineren Verlagen, die ökonomischen Monopolisierungen, Verwerfungen und Marktverzerrungen, die Ausschlussprozesse in der Praxis der Publikation in und von Büchern

³ transversal.at

und Zeitschriften, die Reduktion der Schreibweisen und Formate – all das bringt uns dazu, gründlich über Alternativen nachzudenken.

Auch wenn der Schwerpunkt dieser Ausgabe vor allem die Probleme wissenschaftlichen Publizierens thematisiert, erstreckt sich die These von der Agonie der Publikationsindustrie auch auf weite Teile der Kunstwelt und des literarischen Felds. Im Kunstfeld lassen sich spezifische, teilweise widersprüchliche Aspekte der Transformation benennen: In Kunstzeitschriften, vor allem jenen, die sich als kritisch verstehen, werden die neuesten Theorien immer oberflächlicher angeeignet und zu Theorie-Hypes verkürzt. Zugleich vollzieht sich eine Entwicklung der Akademisierung und damit Depolitisierung politischer Theorie in kunstwissenschaftlichen Ansätzen. Die Prekarisierung der Publizierenden geht einher mit verschärften Abhängigkeitsverhältnissen und zunehmend dienstbaren Haltungen aller Beteiligten.

Für das literarische Feld hat die Problematik kürzlich Elfriede Jelinek in einem Interview mit dem neuen Portal fiktion.cc auf den Punkt gebracht: Die Nobelpreisträgerin, die ihre Prosa nur mehr im Netz veröffentlicht, schildert dort ihre Distanz „zum deutschsprachigen Literaturbetrieb, den ich für extrem korrupt und nepotistisch halte. Es ist ja immer lustig zu sehen, wer mit wem befreundet ist und wer wem einen Gefallen schuldig ist. Damit will ich jedenfalls nichts mehr zu tun haben.“ Wenn es um die Neuerfindung des Publizierens geht, sollten allerdings über die experimentelle Praxis der Nobelpreisträgerin hinaus Plattformen dafür erdacht werden, „auch denen, die noch keinen Namen haben, Aufmerksamkeit zu verschaffen. Vielleicht durch freie Agenturen im Netz, die auch Lektoratsdienste und Werbung anbieten, und die, ähnlich wie im Verlag der Autoren oder in anderen genossenschaftlichen Modellen, von den Autorinnen und Autoren selbst kontrolliert und bereitgestellt werden.“

Wir haben für diese Nullnummer neben den sechs Texten des Schwerpunkts eine Reihe von Beiträgen zum Verhältnis von Kunst und Politik, zu europapolitischen Diskussionen, antirassistischer und queerfeministischer Praxis und zu Transformationen im Bereich von Kunstschulen kompiliert, die hoffentlich Debatten anzustoßen vermögen und aktuell genug sind, um den kamionischen Verkehr zwischen sozialen Bewegungen und kritischer Intellektualität in neue Bahnen zu lenken. Und selbst das notorische Bilderverbot der Kulturrisse wird hier durchbrochen, in der Erwartung einer Ausweitung auch der experimentellen visuellen Zone von Kamion.

Wir freuen uns auf Feedback und darauf, dem Grün des ersten Kamion-Covers an möglichst vielen Orten zu begegnen. In diesem Sinne heisst es nun: Abonnieren, Verteilen, Verbreiten! Wir kommen wieder ... 🖤

Wissenschaftliches Schreiben jenseits der Peer Review

Vom individuellen Schreiben zur „diskursiven Praxis“

Aus dem Englischen
von Birgit Menzel

☛ Beginnen wir mit einer Frage: Was soll ein Publikationsprojekt leisten, das sich an der Schnittstelle von theoretischen und aktivistischen Bewegungsbahnen verortet? Eine mögliche Antwort könnte lauten, dass es ein organisierender Fokus für einen mannigfaltigen Zusammenhang sein könnte, ein Zusammenhang, der vom geteilten Begehren danach getrieben wird, die spezifische systematische diskursive Praxis weiterzubringen. „Spezifisch“ bedeutet, dass das Projekt einen Fokus artikuliert, der durch überlappende Bezugsrahmen, Anliegen und Methoden definiert ist. „Systematisch“ ist die Praxis, wenn sich jeder Beitrag zu diesen Parametern ins Verhältnis setzt, sodass deren Veränderungen in der Zeit zum Gegenstand von expliziten Debatten werden. „Diskursive Praxis“ verweist auf ein Verständnis von theoretischen Debatten als eine Form der sozialen Praxis und umgekehrt. Genau das ist es, was nach einer größeren Vielfalt des Zusammenhangs verlangt, vorausgesetzt dass die vielfältigen Dimensionen anerkannt werden, in denen sich eine theoretische Praxis entfaltet.

Dies sind keine besonders kontroversiellen Zielsetzungen. Aber Probleme tauchen auf, sobald man erkennt, dass diese Ziele von den etablierten Publikationsmodellen, insbesondere denen akademischer Zeitschriften, kaum jemals erreicht werden. Dieses Scheitern ist kein Zufall. Es ist auch nicht der nachlässigen Umsetzung eines konzeptuell stichhaltigen Modells geschuldet, sondern wurzelt im Modell akademischen Publizierens selbst. Dieses Modell blieb seit den Tagen der Royal Society nahezu unverändert, ebenso wie die ihm zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Annahmen und das so herbeigeführte Einverständnis, dass Politik und Wissenschaft getrennt zu behandeln sind.¹ Im Folgenden möchte ich einige dieser Annahmen herauschälen, die ihren historischen Nutzen längst eingebüßt haben, und mache Vorschläge, wie ein gegenwärtiges Publikationsprojekt die eben dargelegten Ziele gegebenenfalls erreichen könnte.²

Von geschlossenen Institutionen zu offenen Zusammenhängen

Historisch verblieb abstraktes und systematisches Wissen innerhalb der Grenzen geschlossener Institutionen: Klöster, Gilden, Universitäten, Berufsvereinigungen, Forschungsinstitute, politische Parteien etc. Soweit es sich dabei um nichtkommerzielles Wissen handelte, das immer noch verbreitet werden sollte, teilten sich diese Institutionen, die

¹ Für eine Analyse der historischen Wurzeln dieser Einigung, vgl. Steven Schapin und Simon Schaffer, *Leviathan and the Air-Pump: Hobbes, Boyle, and the Experimental Life*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1995.

² Für eine Kritik dieses Einverständnisses in Zusammenhang mit den Naturwissenschaften, vgl. Bruno Latour, *Wir sind nie modern gewesen*, übers. v. Gustav Roßler, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2008.

3 Vgl. Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting*, New York: Basic Books 1973.

seit dem 19. Jahrhundert als moderne und in verschiedene Abteilungen unterteilte Bürokratien organisiert wurden, die Publikationskosten untereinander auf. Sie taten dies in Form von Gebühren, die als Subskriptionsbeitrag für eine Zeitschrift an eine akademische Gesellschaft entrichtet wurden. Diejenigen in diesen Institutionen, die diese Publikationen schrieben und lasen, hatten das Gefühl, freien Zugang zu haben, da die Subskriptionsgebühr eher akzeptabel gestaltet und aus einem eigens dafür aufgestellten Budget bezahlt wurde, das an einer anderen Stelle in der Organisation angesiedelt war. Dieses System war äußerst effektiv, so lange die Annahme über das Verhältnis von abstraktem Wissen und Institutionen ihre Richtigkeit hatte. Noch in den 1970er Jahren stellte sich Daniel Bell die Zukunft der „postindustriellen Gesellschaft“ als eine von großen und mit Expert_innen bevölkerten Institutionen beherrschte vor – den Stätten der Wissensproduktion.³ Wie wir jetzt alle wissen, erwies sich dieses „Wagnis einer sozialen Prognose“ in dieser Hinsicht als weit gefehlt.

Die Produktion und der Einsatz von abstraktem Wissen sind aus den Mauern der Institutionen ausgebrochen und nunmehr auf die ganze Gesellschaft verteilt. Aus dem konventionellen Publikationssystem als effizientem und quasi freiem Distributionssystem wurde eines, das eine scharfe Trennung zwischen denen einführt, die immer noch drinnen sind – und wo dieses System mehr oder weniger funktioniert – und denen, die außerhalb der institutionell abgesicherten Gärten verbleiben und für die es sich als ein System des Ausschlusses erweist. Es geht hierbei nicht um die Kommerzialisierung wissenschaftlicher Publikationen, obwohl das für sich genommen ein sehr wichtiges Thema ist, sondern darum, dass es überhaupt einen Preis gibt. Für prekäre Wissensarbeiter_innen, die regelmäßig große Mengen an Information durchforsten, ist selbst eine geringe Gebühr pro Artikel unerschwinglich, ganz zu schweigen von den absurd hohen Artikelgebühren, wie sie üblicherweise verlangt werden. Doch es ist nicht nur eine Frage des Geldes. Überraschenderweise werden immer noch nicht alle Zeitschriften online gestellt. Um sie einsehen zu können – was normalerweise an einer Universitätsbibliothek geschieht –, muss man sich physisch zu einem Universitätsgebäude bewegen. Dies ist tatsächlich ein enormer Aufwand für diejenigen, die keine andere Bindung an die Universität haben, und hat einen etwas subtileren Ausschlusseffekt zur Folge.

Die Trennung zwischen denen, die hinsichtlich des Zugangs drinnen sind, und denen, die draußen sind, kann nur durch Publikationen mit „freiem Zugang“ minimiert werden. Das ist ein Weg, den viele Zeitschriften nach zehn Jahren der Kampagne zu Open Access auch

4 Die *Budapest Open Access Initiative*, von der die Open-Access-Bewegung ihren Ausgang nahm, wurde im Dezember 2001 gestartet. Ihre Motivation ist, der Kommerzialisierung akademischen Wissens und damit geschaffenen Beschränkungen zu begegnen; vgl. diesbezüglich z. B. die Kampagne *The Cost of Knowledge*.

5 Kommerzielle Anbieter_innen haben ihre Geschäftsmodelle angepasst und verlangen Publikationsgebühren für Open-Access-Zeitschriften, eine Praxis, die *Gold Open Access* genannt wird; vgl. diesbzgl. Ruth Sondereggers Beitrag als anschauliche Beschreibung der Absurdität dieses Prozesses.

6 Beispiele für Copyleft-Lizenzen sind die *GNU General Public License* und die Creative-Commons-Lizenz *BY-SA* [by für Namensnennung der Autor_in; sa für die Weitergabe unter den gleichen Bedingungen; Anm. d. Übers.].

7 In den Sozialwissenschaften gibt es mehr Einzelautor_innen als in den Naturwissenschaften, wo Autor_innenteams weiter verbreitet sind. Aber das Paradox bleibt bestehen.

beschriftet haben.⁴ Eine große Zahl von Zeitschriften publiziert aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, des Prestiges oder aus institutioneller Trägheit immer noch nicht mit „freiem Zugang“, aber das Modell ist eindeutig etabliert und es gibt keine Rechtfertigung dafür, es nicht zu übernehmen.

„Freier Zugang“ darf weder durch versteckte Publikationsgebühren (nochmal, gering für jene in den Institutionen und unerschwinglich für diejenigen, die sich außerhalb befinden)⁵ noch durch restriktive Lizenzen eingeschränkt werden, die nur den Zugang, nicht aber die Weiterverwendung ermöglichen. Wissen muss als soziales Gemeingut behandelt werden, dessen sich die Allgemeinheit bedient und zu dem sie im Gegenzug einen Beitrag leistet. Die dafür passende Lizenz ist die Copyleft-Lizenz⁶, die jedem die unbeschränkte Verwendung des Materials ermöglicht, mit der einzigen Einschränkung, dass die daraus entstandenen Arbeiten zu den gleichen Bedingungen wieder als Gemeingut zur Verfügung gestellt werden. So lässt sich die Privatisierung von Wissen, das in neuen Gestalten und Formen entsteht, auf wirkungsvolle Weise verhindern.

Peer Review als ein erzwungener Konsens

Doch selbst das beste Open-Access-Modell adressiert nur das offensichtlichste Problem des gegenwärtigen Publikationsmodells: die Preishürde. Es geht einzig um das Zugänglich-Machen eines fertig gestellten Texts. Weder wird der Prozess einsichtig, im Zuge dessen ein Text zwischen Einreichung und Veröffentlichung Gestalt annimmt, noch führt dies zu einer Veränderung des Prozesses selbst. Tatsächlich ist Peer Review selbst in Open-Access-Zeitschriften immer noch die wichtigste Methode, um akademischem Wissen Gültigkeit zu verleihen. In „Open-Access-“ ebenso wie in zahlungspflichtigen Zeitschriften wird dieser Prozess üblicherweise in Form des *double blind* organisiert: Die Gutachter_innen erhalten eine um die Autor_inneninformation bereinigte Einreichung und die Gutachten werden genau so wieder an die Autor_innen übermittelt. Fallen die Gutachten positiv aus, dann sollte die Autor_in die in den Gutachten kritisierten Punkte ansprechen, und dann wird der überarbeitete Artikel unter dem Namen der Autor_in veröffentlicht. Das ist ein höchst ideologischer und in vielerlei Hinsicht paradoxer Prozess: Durch die Verschleierung der Einflussnahme der Gutachter_innen auf den veröffentlichten Text wird ein Anspruch auf unpersönliches Wissen erhoben (das im Zuge des Begutachtungsprozesses entsteht), und es wird eine individuelle Autor_innenstimme behauptet.⁷

Trotz seines historischen Verdiensts ist Peer Review heute proble-

8 Zur subjektiven Natur solcher Gutachten vgl. Isabell Loreys Beitrag.

matischer denn je. Da sind zunächst einmal die unzähligen Missbräuche des Systems, die Publikationen im Keim ersticken, welche nicht den Vorlieben der Gutachter_innen das Wort reden.⁸ Zweitens machen es Suchmaschinen und andere Tools einfach, Autor_innen basierend auf dem Stil und Thema des Textes zu identifizieren. Anonymität lässt sich heutzutage kaum herstellen. Drittens tendiert Peer Review, selbst wenn es gut funktioniert, dahin, den Konsens im Feld formal und stilistisch zu bestätigen. Und, wenn Peer Review – viertens – nicht gut funktioniert, was sehr oft der Fall ist, dann ist es ein inkonsistenter und langsamer Prozess. Die Kleinlichkeit und Rachegefühle der Gutachter_innen werden hinter einem Schleier der Verschwiegenheit verborgen. Deshalb gibt es zahllose Vorschläge für die Umgestaltung des Peer-Review-Prozesses. Einer der durchdachtsten und radikalsten ist Toni Prugs *Open Process Academic Publishing*. Prug lässt sich von der Freien Software und anderen offenen, auf Kooperation basierenden Projekten inspirieren und schlägt eine „Öffnung“ aller Phasen im Begutachtungsprozess vor, indem dieser über ein öffentliches Archiv zugänglich gemacht wird. Darin sind vor allem „die ursprünglichen Einreichungen, die individuellen Kommentare und die des Herausgeber_innenkollektivs, Peer Reviews, andere Peer-Comments, die an die Gutachter_innen ergangenen Kommentare der Autor_innen, die aufeinander folgenden Entwürfe sowie der schließlich veröffentlichte bzw. abgelehnte Text“ enthalten.⁹ Prug meint, dass die Vorteile einer derartigen Öffnung des Prozesses dessen Missbrauchsanfälligkeit verringern würden. Diese Offenheit würde Inkonsistenzen zu Tage fördern und Debatten darüber anstoßen, wie diese aufzulösen seien, insofern nunmehr alle involvierten Parteien Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen hätten. So würden sich auch die oft langen Verzögerungen zwischen Einreichung und Veröffentlichung drastisch reduzieren. Tatsächlich würde jede Veröffentlichung in eine Version vor der Begutachtung und im Falle positiver Gutachten in eine Letztversion nach der Begutachtung zerfallen. Das macht technisch eine Art „Versionsverwaltung“ erforderlich, etwas, das in der Software-Entwicklung, aber auch in anderen Feldern häufig zur Anwendung kommt.¹⁰

9 Toni Prug, „Open Process Academic Publishing“, in: *ephemera. theory & politics in organization*, Jg. 10, Nr. 1, 2010, S. 40–63.

10 Als ein Beispiel dafür vgl. etwa das Bundes-Git, den Versuch der Verwendung eines Versionsverwaltungssystem, um alle Veränderungen zu verfolgen, die im Zuge eines Gesetzgebungsprozesses in Deutschland an einem Gesetzesentwurf vorgenommen werden; vgl. Stefan Wehrmeyer, „Bundes-Git – German Laws on GitHub“, Open Knowledge Foundation Labs.

Während so möglicherweise eine gewisse Zahl gut dokumentierter Mängel im Peer-Review-System reduziert werden, bin ich skeptisch, dass mit erhöhtem Administrationsaufwand die grundlegenden Mängel angegangen werden können. Es ist gut möglich, dass das System auf diese Weise noch stärker auf einen Konsens drängt, da alle Beteiligten das Risiko einer Artikulation marginaler Positionen in einem vollständig öffentlichen System zu minimieren versuchen.

Statt uns mit einer neuen Ausrichtung des Peer-Review-Pro-

zesses zu beschäftigen, sollten wir vielmehr darüber nachdenken, den Prozess und die ihm zugrunde liegenden Voraussetzungen gänzlich aufzugeben: dass sich nämlich ein Verständnis über die Schaffung von Konsens einstellt und dass dafür diskrete Maßnahmen notwendig sind, die alle mit einer individuellen Autor_in und einer stabilen Feststellung von Fakten und Bezügen in Zusammenhang stehen.

Ein alternatives Modell mit Konzentration auf Debatten

Wir sollten davon ausgehen, dass Wissen aus Debatten hervorgeht und dass Debatten oder Diskurse die zentralen Elemente der Wissensproduktion sind. Anstatt einen Text „den Erfordernissen entsprechend“ zu modellieren und ihn dann mit dem Stempel des Peer Review zu legitimieren, sollten Beiträge als Ausgangspunkte für Debatten betrachtet werden, die offen sind und offen bleiben. So gesehen sollten alle Einreichungen, so wie sie einlangen, entweder veröffentlicht oder zurückgewiesen werden. Eine Veröffentlichung bedeutet jedoch nicht, dass der Text oder genauer die Debatte, die dem Text seine Bedeutung verleiht, bereits zu Ende geführt ist. Im Gegenteil, damit beginnt sie gerade erst.

In einem solchen System zu veröffentlichen impliziert nicht, dass der Text einem im Vorhinein etablierten und unpersönlichen Standard entspricht, der selbsterklärend ist. Es verweist vielmehr darauf, dass zumindest Teile des Herausgeber_innenkollektivs zu dem Schluss gekommen sind, dass dieser Text eine Veröffentlichung lohnt. Und diese Entscheidung gilt es zu argumentieren. Was genau macht diesen Text zu einem für die Herausgeber_in(nen) lohnenswerten Beitrag? Ein bei einer Zeitschrift eingereicherter Text hätte also keine nicht-öffentlichen Gutachten zur Folge, die unsichtbar im Text enthalten sind, sondern zöge vielmehr eine öffentliche Antwort nach sich, die offen für weitere Antworten von anderen bleibt. Und diese nähern sich dem Text möglicherweise vor dem Hintergrund einer vollkommen anderen Erfahrung, als jener, welche die Autor_in und die Gutachter_in oder jetzt die Respondent_in als gegeben voraussetzen. Es ist davon auszugehen, dass Debatten über das interpretative Rahmenwerk, durch die ein Beitrag zu einem gemeinsamen Feld verstanden werden sollte, geführt werden. Und diese sollten in den verschiedenen Zusammenhängen aktiv gefördert werden. Differenzen und Uneinigkeiten können nicht durch einen Konsens geklärt werden, ohne dass eine privilegierte Perspektive bezogen und der Zusammenhang tatsächlich homogenisiert wird.

Die Aufgabe des Redaktionsgremiums einer Zeitschrift wäre demnach eine doppelte: Erstens gilt es einzuschätzen, ob ein eingereicherter Beitrag das Potenzial hat, die diskursive Praxis des Zusam-

menhangs weiterzubringen; und zweitens müssen, um die Debatte zu eröffnen, die Schlussfolgerung(en) dieser Einschätzung durch das Redaktionsgremium zusammen mit dem ursprünglichen Beitrag veröffentlicht werden. Das Redaktionsteam muss zu keiner Einigung gelangen. Es sollte ausreichen, dass ein Mitglied überzeugende Argumente dafür liefern kann, was aus diesem Beitrag tatsächlich einen Beitrag zur gemeinsamen diskursiven Praxis macht. Sollten andere Redakteur_innen zu anderen Schlussfolgerungen kommen, so wären auch ihre Argumente zu veröffentlichen. Eine Zurückweisung sollte nur dann erfolgen, wenn sich niemand positiv dafür interessiert.

Das würde die Vorstellung von Wissen als Konsens entbehrlich machen. Das Paradox im Herzen des Peer-Review-Systems könnte überwunden werden, da die Autor_in tatsächlich als er oder sie selbst sprechen kann. Gleichzeitig verlagert sich die Emphase vom einzelnen Text hin zu Debatten und kollektivem Diskurs. Da wir in einem Zeitalter der Datenbanken und Suchmaschinen leben, können wir uns übergangslos durch verschiedene Maßstäbe – vom einzelnen Beitrag zum Diskurs und wieder zurück – hindurchbewegen. Der Zielkonflikt, der zwischen einer Konzentration auf den Diskurs und folglich dem Verschwinden-Lassen der Autor_innen-Stimme in einem Murmeln¹¹, sowie einer Konzentration auf die individuelle Autor_in und dem daraus resultierenden Herunterspielen der Rolle des Diskurses besteht, dieser Zielkonflikt wird so substanziell abgemildert. Wir können Diskurse betonen und dennoch singuläre Positionen sichtbar werden lassen.

Der Schwerpunkt des Veröffentlichens verlagert sich damit vom beständigen Beitrag einer einzelnen Person hin zu flüssigeren, transformierenden und in einem Feld generierten Debatten, die über die verschiedensten Beiträge weitergesponnen werden, einander ausspielen und eine ganze Reihe von Ideen und Argumenten weiterentwickeln und verändern. Das würde es auch ermöglichen, Materialien einfacher zwischen verschiedenen Publikationsformaten hin und her zu bewegen, von Interventionen über vielleicht auf Video aufgezeichneten Gesprächen hin zu Online-Artikeln und elektronischen oder gedruckten Büchern und wieder zurück. Man muss nicht mehr vorgeben, dass es sich um jeweils separate, eigene Produktionen handelt. Vielmehr können sie als verschiedene Ein- und Durchgänge in und durch Felder hindurch verstanden werden. Jede Produktion ist einzigartig, sie wahrt die Heterogenität des Zusammenhangs und unterbreitet ein besonderes diskursives Format sowie eine besondere Weise der Argumentation, die auf die Beiträge anderer verweist.

Die verschiedenen Formate sind als gleichermaßen wichtig zu

¹¹ Vgl. Michel Foucault, „Was ist ein Autor“, übers. v. Hermann Kocyba, in: Ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Bd. I, 1954–1969, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2001, S. 1003–1041.

behandeln, anstatt der üblichen Hierarchie zu folgen, in der das gesprochene Wort zuunterst und der „begutachtete“ Druck zuoberst gereiht werden. Eine solche Hierarchie bringt die Privilegierung einer bestimmten Kultur gegenüber allen anderen zum Ausdruck, nämlich der akademischen Print-Kultur. Wenn die Diversität des Zusammenhangs ernst zu nehmen ist, die sich um ein Publikationsprojekt versammelt, dann ist das inakzeptabel.

Einen freien Zugang auf der Basis von Copyleft bereit zu stellen, Peer Review durch ein System zu ersetzen, das Debatten fördert, statt einen Konsens zu erzwingen, und Formate füreinander durchlässiger zu machen und miteinander zu verbinden, um so in die diskursive Praxis und in das von ihr generierte Feld einzutreten, wäre eine Weise, wie sich das Projekt den zu Beginn gesetzten Zielen nähern kann: seiner Funktion als organisierendem Fokus für einen mannigfaltigen Zusammenhang, der vom geteilten Begehren danach angetrieben wird, eine systematische diskursive Praxis weiterzubringen. 🍄

🍄 **Felix Stalder** ist
Professor für die Digitale
Kultur und Theorien der
Vernetzung an der Zürcher
Hochschule der Künste und
freier Autor in Wien. Er
forscht zu neuen Formen
der Wissens- und Kulturpro-
duktion und den politisch-
kulturellen Dimensionen
der Vernetzung.
felix.openflows.com

Todeskämpfe der Publikationsindustrie?

Erfahrungen einer kleinen Vielheit

B. S. **Die Verlegten sind auch die Vermessenen. Oder: „Ich bin eine Null“**

☛ Was ist wissenschaftliche Qualität? Generationen von Sozialwissenschaftler_innen waren sich einig darin, dass Qualität in Wissenschaft und Forschung etwas Relatives ist, das sich in einer epistemischen Gemeinschaft herausbilden kann, dass dieser Standard aber auch etwas Vergängliches ist. Die Messung von wissenschaftlicher Leistung – oder besser, wie es heißt „wissenschaftlicher Qualität“, ist mittlerweile seit mehr als 15 Jahren ein grassierendes Phänomen in den Sozialwissenschaften auch in Österreich. Die Einführung von New Public Management, also neuen Steuerungsinstrumenten an Universitäten, hat auch zur langsamen, aber doch stetigen Einführung von so genannten bibliometrischen Instrumenten geführt. Ja, das, was man schreibt wird inzwischen weniger gelesen, sondern vielmehr ge- und vermessen. Denn, so die Logik der Bibliometrie bzw. Szientometrie: Jeder Artikel, jedes Buch lässt sich in Form von Zahlenwerten darstellen. Dabei ist nicht der Umfang des Geschriebenen gemeint, sondern vielmehr wird behauptet, dass die abstrakte Zahl eine Aussage über die Qualität des Geschriebenen machen kann – also vergleichbar einer Note. Wenn ich das meiner Nichte erzähle, die ihre Schulaufsätze ja auch benotet bekommt, dann findet sie das doof.

Doch im Unterschied zum benoteten und mit Zahlenwerten belegten Schulaufsatz, der immerhin von einer Lehrerin/einem Lehrer gelesen wird, basiert die Vermessung wissenschaftlichen Outputs (Qualität schreibe ich an dieser Stelle besser nicht mehr, denn das ist höchst fragwürdig) gar nicht auf dem Lesen, sondern dem Zitieren – also der bloßen Erwähnung, der schlichten Referenz auf den Text.

Am berüchtigtsten für diese vermeintliche Messung von Qualität ist der so genannte Impact Factor von Artikeln, die in wissenschaftlichen Journalen veröffentlicht werden. Der Name suggeriert, dass mit dieser Zahl der Einfluss eines Textes gemessen werden könne. Die Rechnung geht so: Wenn ein Artikel oft zitiert wird, dann ist das ein Ausweis seiner Qualität. Allein das ist schon komisch, denn er könnte ja auch vernichtend zitiert werden. Das ist aber noch die harmloseste Überlegung, geht sie doch davon aus, dass diese Berechnung irgendwie auf soliden Füßen steht. Das ist aber nicht der Fall.

Die Behauptung, dass mit dem IF Qualität gemessen würde oder werden könnte, ist eine schlicht falsche. Der IF wurde von Eugene Garfield, dem US-amerikanischen Begründer der Bibliometrie, eingeführt

mit dem Ziel, Bibliothekar_innen einen Anhaltspunkt für die Zitier- und mithin für die Verkaufs- und Ausleihhäufigkeit zu geben. Kurz: Der IF ist ein Instrument, das messen soll, wie gut sich eine Zeitschrift in Zukunft verkaufen wird. Dazu wird die Häufigkeit gezählt, mit der ein Artikel einer Zeitschrift in einer anderen Zeitschrift (selbstverständlich nur in einer Zeitschrift, die auf einem vom bibliometrischen Betreiber der Vermessung handverlesenen Index vertreten ist) zitiert wurde.

Dieses ursprüngliche Ansinnen erfuhr im Rahmen des Quantifizierungswahns neuer akademischer Steuerungsinstrumente eine eigentümliche Metamorphose: Die Häufigkeit der Zitierung wurde nun zu einem Gütekriterium für den Inhalt von Zeitschriften bzw. Texten gemacht. Gerade so, als sei McDonald's das beste Essen der Welt, nur weil es die meisten kaufen.

Noch absurder wird es, wenn man die Zahlen genauer studiert: In meinem Fach, der Politikwissenschaft, haben die „qualitätsvollsten“ europäischen Zeitschriften des SSCI (Social Science Citation Index) – ein Index von Thomson Reuters, der ebenfalls privatwirtschaftlich ausgerichtet ist – einen IF von 2,4. Und was heißt das? Im vergangenen Jahr wurden Artikel dieser Zeitschrift 2,4 mal in einer anderen Zeitschrift des SSCI zitiert. Hier muss man kurz innehalten: Diese in eine Zahl geronnene Lächerlichkeit wird tatsächlich zum Qualitätskriterium für eine Publikation. Das als Güteausweis für die Zeitschrift bzw. die in ihr veröffentlichten Texte zu nehmen grenzt an Milchjungen-Rechnungen, denn meist sind es wohl Jungs, die sich auf dieses Spiel einlassen.

Warum ist dieser Text auch mit „Ich bin eine Null“ betitelt? Der IF macht viele Kolleg_innen einfach zu Nullen – wenn ihr kommerzialisierte IF null ist. Ebendies ist mit vielen Lehrenden des Wiener Instituts für Politikwissenschaft kürzlich im Rahmen einer Institutsevaluation geschehen. Der IF ist also nicht harmlos oder unschuldig, nein, er richtet mit minimalem Erkenntnisgewinn maximalen Schaden an – er schließt aus, und selbstverständlich ein. Er suggeriert Qualität, wo er nur quantifiziert. Und er entmachtet nicht nur die Autor_innen, sondern führt das Urteilsvermögen der wissenschaftlichen Community ad absurdum: Anstatt z. B. in Berufungsverfahren die Texte und Einlassungen der Bewerber_innen zu lesen, wird nur noch nach ihrem IF oder Hirsch-Faktor, auch ein bibliometrisches Maß für die Zitationshäufigkeit einer Autor_in, das allerdings größere Zeiträume in Betracht zieht, gesucht und gerechnet.

If you are going to San Francisco ...

Die Naturwissenschaften, in denen die Quantifiziererei ihren Anfang nahm, sind die ersten, die die bibliometrischen Verfahren in-

☞ Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Sie forscht über Governance und Geschlecht, Politik der Affekte, Staatstheorie und vergleichende Geschlechterpolitik.

zwischen ablehnen: In San Francisco beschloss im Dezember 2012 eine Gruppe von Naturwissenschaftler_innen die *San Francisco Declaration on Research Assessment*, die sich explizit gegen die Fetischisierung des Impact Factors wendet. Die Deklaration stellt nicht nur die Aussagekraft des IF in Frage und kritisiert die Manipulierbarkeit dieser vermeintlichen Qualitätsmessung – sie fordert Förderinstitutionen und Universitäten dazu auf, dieses Instrument nicht mehr zu verwenden. Auch der FWF, der österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, bezieht sich in einer Aussendung positiv auf diese negative Haltung gegenüber dem IF. Paradox? – Wir können uns also auch Blumen in die Haare stecken und, statt vermessen zu werden, vermessen sein.

I. L. **Peer Reviews und andere Ökonomien**

Peer Reviews gelten als objektive Bewertung wissenschaftlicher Texte, weil diese anonym an wiederum anonym bleibende zwei bis drei Gutachter_innen weitergegeben werden, die die Texte beurteilen. Entlang dieser Beurteilungen müssen die eingereichten Texte entweder von den Autor_innen überarbeitet werden oder sie werden abgelehnt. Nicht selten gibt es zwei bis drei Überarbeitungsrounds, die in internationalen, hoch gerankten, in der Regel englischsprachigen Journals auch schon einmal zwei bis drei Jahre dauern können. Eine endgültige Ablehnung der Texte ist nach jeder Überarbeitung und der erneuten Peer Review möglich. Nur bei wirklich berühmten Autor_innen werden in der Regel keine oder nur wenige Textkorrekturen verlangt.

Die Texte sollen einem standardisierten Format von Einleitung, Forschungsstand, Argumentation und zusammenfassendem Fazit folgen, was nicht nur dazu führt, dass davon abweichende Textgestaltungen keinen Eingang in die internationalen wissenschaftlichen Journals finden. Vor dem Hintergrund, dass jeder Text in einer Review-Schleife von mehreren Jahren hängt und die Journals danach Exklusivrechte haben wollen, scheint es sich durchzusetzen, dass pro Text nicht mehr als ein eigenständiges Argument angebracht wird. Das nächste Argument reicht man dann lieber im nächsten Text beim nächsten Journal ein. Dementsprechend flach sind in der Regel die Texte niedrig wie hoch gerankter internationaler Journals. Aber auf die Inhalte kommt es in dieser wissenschaftlichen Quantifizierungsmaschinerie, die in sehr vielen Fächern karrierebestimmend ist, ja ohnehin nicht mehr an. Es zählt nur noch, wie viele Peer-Review-Artikel eine Bewerber_in/Antragsteller_in vorweisen kann und in welchem Rankingverhältnis sich die jeweiligen Zeitschriften befinden. Beiträge in Sammelbänden gelten im Vergleich dazu als wertlose Publikationen, aufgewertet werden nur noch Veröffentlichungen bei Suhrkamp oder

in als wichtig erachteten englischsprachigen Verlagen. Auch Monografien „zählen“ im Vergleich zu den Peer-Review-Artikeln viel weniger.

Peer-Review-Verfahren werden immer wieder wegen der Anonymität als objektiv legitimiert. Eine positive Begutachtung bedeutet, dass der eingereichte Text, quasi stellvertretend durch die Gutachter_innen, von einer imaginären, durchaus heterogenen Scientific Community als innovativ und eigenständig wertgeschätzt wird.

Einen als wichtig erachteten theoretischen oder empirischen Strang in der internationalen Scientific Community durch das Angebot einer Begutachtung vertreten zu können scheint derart verführerisch zu sein, dass auch wissenschafts- und institutionskritische Nachwuchswissenschaftler_innen beim Bier darüber sprechen, in welchem wichtigen Organ sie gerade gereviewt haben oder wie lange es aufgrund ihrer vielen Arbeit noch dauern wird, bis sie dazu kommen werden.

Es gehört nicht viel dazu, zu verstehen, in welcher Weise die oft langwierige und mit vielen Enttäuschungen und Durchhalteenergien versehene wissenschaftliche Karriere bis zur Professur damit aufgeheilt werden kann, wenn man anonym die Texte jener beurteilt, die (vermeintlich) erfolgreicher an einem vorbeiziehen oder bereits -gezogen sind. Welche Omnipotenz lässt sich erfahren, wenn – trotz aller Anonymisierung – der Text die Konkurrent_in oder eine andere bekannte Person als Autor_in zu verraten scheint, deren Beurteilung nun in den eigenen Händen liegt? Das wissenschaftliche Bewertungssystem durch Peer Reviews wird kaum – auch nicht im Kreise jener, die sich als kritische Zeitgenoss_innen verstehen – in Frage gestellt. Es wird vielmehr als selbstverständlich akzeptiert und reproduziert. Vielleicht ja unter anderem deshalb, weil es – nimmt man daran als Peer Reviewer teil – manchmal die erlittenen Frustrationen im Wissenschaftsbetrieb durch die Rolle als anonyme Richter_in kompensieren zu helfen scheint.

Das anonyme Peer-Review-Verfahren produziert aber noch andere, weitaus problematischere Subjektivierungsweisen als jene, die vielleicht auch deshalb nicht aus dem zunehmend auf quantifizierbaren und somit ökonomisierbaren Kriterien basierenden Wissenschaftssystem aussteigen, weil es Mittel und Wege gibt, manche Frustrationen in Machtphantasien umzulenken. Jenseits dessen gibt es – und man erkennt es oft in der Art und in der Geste des Schreibens – ältere und oft etablierte Gutachter_innen, die sich im Schatten der Anonymität keineswegs an Respekt und konstruktive Kritik gegenüber dem zu beurteilenden Text halten.

So muss man sich als Projekteinreichende bei einem Dreiländer-DACH-Projekt von einem Gutachter (es ist oft zu erkennen, wenn es sich um einen – in der Regel älteren – männlichen Gutachter handelt) des

Schweizer Nationalfonds (SNF) vorhalten lassen, man hinge „Zeitgeisttheorien wie Gender und Postcolonial Studies“ an, die nicht als förderwürdig zu betrachten seien. Nun ist bekannt, wie sehr die rechtsextreme Schweizer Volkspartei (SVP) in diversen Medien immer wieder auch gegen Gender Studies wettet und dieser Forschungsrichtung im Gestus eines (auch in Deutschland und Österreich zu findenden) Antifeminismus und Antiantellektualismus die Wissenschaftlichkeit abspricht. Wenn aber der SNF Gutachten akzeptiert und an die Antragsteller_innen weiterreicht, die eine international so renommierte wissenschaftliche Denk- und Forschungstradition wie die feministische als Zeitgeist diskreditieren, dann fällt dies schließlich auf den SNF zurück, der sich mit dem Vorwurf der Unseriosität konfrontiert sehen muss. Ein anderes Gutachten des SNF war dem Projekt übrigens positiv zugeneigt, allerdings dermaßen voller Rechtschreibfehler, wie es bei keiner Seminararbeit akzeptiert werden würde.

Unseriosität findet sich nicht nur im Antifeminismus, sondern auch innerhalb deutschsprachiger feministischer Fachzeitschriften. Vor wenigen Jahren wurde ich nach einem Vortrag auf einer Tagung nachdrücklich dazu aufgefordert, doch bitte den Vortrag als Aufsatz für die *Feministischen Studien* einzureichen, eines der wenigen deutschsprachigen peer-reviewed Journals im Kontext der Geschlechterforschung. Ein solches Verfahren ist nicht der (aus dem englischsprachigen Raum importierten) Publikationsökonomie geschuldet. Vielmehr praktiziert die Zeitschrift seit Beginn ihres mehr als 30-jährigen Bestehens die Praxis der anonymen Begutachtung.

Nachdem der überarbeitete Vortrag versehen mit dem entsprechenden Stylesheet fristgerecht eingereicht war, kam einige Wochen später die Nachricht, der Text sei abgelehnt. Nun ist das zwar ärgerlich, weil ja hinter der Einreichung eine explizite Aufforderung der Herausgeberin stand und die Aufsatzfassung in der Argumentation nicht wesentlich von der Vortragsfassung abwich. Aber in einem Publikationsprozess entscheiden mehrere und dass es dann doch zur Ablehnung kommen kann, ist Teil des Publikationsgeschäfts. Was aber wirklich ärgerlich war und an der Professionalität der Zeitschrift zweifeln lässt, waren die beiden Gutachten, die für die Zurückweisung des Textes maßgeblich waren. Sie waren nachlässig formuliert, ressentimentgeladen und bei einigen im Text angesprochenen international einschlägigen Diskursen uninformiert. Zum Beispiel hieß es da, der Text biete eine „exkludierende, hermetische, abgehobene Schreibweise – was heißt da ‚koextensiv‘ oder ‚postoperaistisch‘? –, die an Verständigung sowie dem interdisziplinären Anspruch der Feministischen Studien nicht interessiert zu sein scheint.“ „Im zweiten Abschnitt [...] erfahren wir etwas darüber, was Judith Butler sich dazu überlegt hat. Es fallen auch noch ein paar andere Namen [...]. Der vorliegende Text aber erscheint

☞ Isabell Lorey lehrt an verschiedenen Universitäten politische Theorie. Ihre neuesten Monografien: *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Berlin/Zürich: Diaphanes 2011, *Die Regierung der Prekären*, Wien: Turia+Kant 2012.

mir bislang eher als ein etwas durcheinander geratener Zettelkasten. Er ist nicht mit Gewinn zu lesen und er erhellt m.E. am Ende auch gar nichts.“ Ein Glücksfall, dass derselbe Text im europaweiten Zusammenhang der Prekarisierungsforschung offenbar doch erhellend wirkte und zu einem Standardtext wurde. Geschmackssache, wie im Übrigen auch das Peer-Review-Verfahren an sich.

R. S. „**There is an incurred fee for this added service of \$ 3.000**“.

Reproduktionsbedingungen des wissenschaftlichen Publizierens

Als ich im Februar 2012 von den Book Review Editors gebeten wurde, eine Rezension für die Zeitschrift *Constellations* zu schreiben, habe ich ohne Zögern zugesagt. Das zu rezensierende Buch stand auf meiner Leseliste, und *Constellations – An International Journal of Critical and Democratic Theory*, so der Untertitel des Journals – schien mir kein schlechter Publikationsort für die Rezension. Nachdem die Rezension von den Review Editors auf sehr konstruktive Weise kommentiert worden war und ich daraufhin noch ein paar Veränderungen vorgenommen hatte, hörte ich lange nichts mehr.

Im Mai 2013 kam dann eine anonyme E-Mail von der Wiley Verlagsgruppe, in der mir von Wiley_SingaporeC@aptaracorp.com mitgeteilt wurde, dass ich die Fahnen der Rezension online lesen und freigeben solle. Da ich dieser Aufforderung nicht innerhalb von wenigen Tagen gefolgt bin, wurde ich aus dem e-proof-System geschmissen und es bedurfte ziemlich vieler E-Mails und Menschen, um meinen Text dann doch wieder in das e-proof-System zu schleusen. Wechselseitige überhöfliche Entschuldigungen für den Ärger folgten. Ich konnte mich des Gedankens nicht erwehren, dass das viel zu viel Aufwand für eine kleine Rezension war, die 1.500 Wörter nicht überschreiten sollte.

Die nächste E-Mail mit Wiley im Absender zeigte vor allem eines: Der Vorfall mit dem e-proof-System hatte mich bereits vorbildlich diszipliniert. Schon beim Lesen hatte ich das dringende, ja stressige Gefühl, jetzt sofort antworten zu müssen, um nicht den nächsten Systemrausschmiss und den damit verbundenen kommunikativen Fallout zu riskieren. Die neue Mail begann mit: „**ACTION REQUIRED: Your article has been received by our production department. You must now log into Author Services and sign your licence agreement. Failure to do so will prevent your article from being published.** Several days ago we invited you to visit Wiley-Blackwell Author Services to enjoy many benefits, including the ability to track the production status of your article.“ (Großschreibung und fett im Original, R.S.)

Zu den angepriesenen *benefits* gehörte auch, dass man ankreu-

zen konnte, ob der Text open access erscheinen sollte oder nicht. Super, dachte ich, natürlich soll meine Rezension open access erscheinen. Offenbar war der Anspruch auf Kritik und Demokratie im Untertitel von *Constellations* nicht nur ein Lippenbekenntnis, wengleich ich mich im Moment des Anklickens der Open-Access-Option daran erinnerte, dass ich noch nie online *Constellations*-Texte lesen konnte, ohne zu zahlen oder Teil einer Institution zu sein, die dafür zahlte. Offenbar hatte sich an der Open- Access-Politik bei *Constellations* nun etwas verändert und man konnte Texte allen Interessierten zugänglich machen.

Die nächste Wiley-E-Mail kam vom „Open Access Administration Assistant *John Wiley & Sons, Inc.*“ und teilte mir mit, dass ich meine Gebühr noch immer nicht bezahlt hätte. Ich fragte, welche Gebühr? Gemeint war die für open access! Ob ich denn das Kleingedruckte vor dem Anklicken der Open-Access-Option nicht gelesen hätte: „There is an incurred fee for this added service of \$ 3.000.“ Auch der freundliche Hinweis des Open Access Administration Assistant, es könne ja auch meine Institution diesen Betrag zahlen, half nicht wirklich weiter, denn welche Institution hat 3.000 Dollar für solche *added services* auf die Seite gelegt? Zuletzt musste ich darum betteln, das *licence agreement*, das ich elektronisch unterschrieben hatte, rückgängig machen zu dürfen. Der Bitte wurde stattgegeben. Ich bekam die Antwort: „You will now be able to log back in and re-answer the licensing questions, to this time choosing No for OnlineOpen and then signing the correct license agreement.“

Die Möglichkeit, Nein zu sagen, hätte ich mir (zumal im Zeichen von Kritik und Demokratie) anders und für Anderes gewünscht. Definitiv nicht als die Freiheit, Nein zu sagen zur Möglichkeit, dass meine Rezension von Menschen unentgeltlich gelesen werden kann.

☞ Ruth Sonderegger
lehrt als Professorin
für Philosophie und
ästhetische Theorie an der
Akademie der bildenden
Künste Wien.

O.P. **Rückkauf von Wissen möglich**

„The commodification of the product of intellectual labour has become routine, subject to fashion and political patronage, much like any other commodity“, resümiert Couze Venn („On the Cunning of Imperialist Reason: A Questioning Note or Preamble“, in: *Theory, Culture & Society* 1/1999, S. 60) in einer kurzen Replik auf die kritische Stellungnahme von Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant („On the Cunning of Imperialist Reason“, in: ebd., S. 41–58) zur Amerikanisierung des akademischen Publikationswesens. Die kommerziellen Interessen und Publikationsstrategien großer Verlagshäuser wie Basil Blackwell oder Routledge führten dazu, dass wissenschaftliche Inhalte im Hinblick auf ihren ökonomischen Marktwert selektiert werden, argumentieren die beiden französischen Intellektuellen (ebd., S. 47). Und durch die Marktmacht der Großverlage,

nicht zuletzt die globale Distribution englischsprachiger Bücher und Zeitschriften, würden diese Themen und Topoi auch zu den dominanten im wissenschaftlich-universitären Betrieb werden. „Decisions of pure book marketing orient research and university teaching in the direction of homogenization and submission to fashions coming from America, when they do not fabricate wholesale ‚disciplines‘ such as Cultural Studies“ (ebd.). Typischerweise sind diese Verlage auch imstande, den Widerstand gegen die eigene diskursive Macht zu einem Geschäft zu machen. Veranschaulicht wird dies im vorliegenden Fall dadurch, dass die kritischen Passagen in einer Zeitschrift erschienen, die von einem der weltweit mächtigsten Verlagsimperien herausgegeben wird, Sage Publications, das seinerzeit, etwa mit der Gründung der Zeitschrift *Body & Society*, den *somatic turn* in den Sozialwissenschaften (mit)einleitete.

Im deutschsprachigen Raum geht von Verlagen wie UTB oder Springer eine ähnliche symbolische Gewalt der Themensetzung aus. Dazu hat sich seit geraumer Zeit eingebürgert, dass das unternehmerische Risiko für die Veröffentlichung von Erkenntnissen, die nicht auf den ersten Blick marktgängig erscheinen, von den Autor_innen zu tragen ist, die damit – zumindest so lange sie keinen Namen haben – unternehmerisches Geschick in der Vermarktung der eigenen Argumente entwickeln müssen. Besondere Blüten treibt dieses ökonomische Spiel auf dem Zeitschriftenmarkt, wo mittlerweile ein ausufernder Handel mit digitalisierten wissenschaftlichen Aufsatztexten zu beobachten ist. Als Redaktionsmitglied der *Österreichischen Zeitschrift für Soziologie*, also dem Sprachrohr der österreichischen Soziologie, kann ich exemplarisch darauf hinweisen, dass der gesamte Entstehungsprozess jedes einzelnen ÖZS-Heftes von der unentgeltlichen Mitarbeit einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Expert_innen abhängt, aber am Ende des Prozesses einige tausend Euro Jahr für Jahr an den Springer-Verlag überwiesen werden für den Druck der Zeitschrift und die digitale Veröffentlichung der darin enthaltenen Aufsätze. Springers Open-Choice-Politik sieht vor, dass Texte für wohlfeile 2.200 Euro (+ VAT) einer breiten Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können – zu bezahlen vom Autor oder von der Autorin. Es sei denn, unterstützende Institutionen wie Forschungsinstitute oder Universitäten springen ein und subventionieren damit nicht nur den Forschungsprozess, sondern private Verlage gleich mit. Wird keine *open access publication fee* entrichtet, lässt sich der unentgeltlich entstandene Aufsatz in weiterer Folge für 34,95 Euro von der Homepage des Springer-Verlags downloaden.

Wir haben es in solchen Fällen also mit einer künstlichen, den kapitalistischen Verwertungsinteressen dienenden Verknappung des Zu-

☞ Otto Penz ist
Principal Investigator
des Forschungsprojekts
„Affektive Arbeit in der
Arbeitsvermittlung“
am Institut für
Politikwissenschaft der
Universität Wien. Seine
Forschungsschwerpunkte
sind Soziologie des
Körpers, der Emotionen
und der Schönheit,
Arbeitssoziologie und
politische Soziologie.

gangs zu Wissen zu tun, indem ökonomische Barrieren errichtet werden, die entweder die Veröffentlichung oder die öffentliche Distribution von Erkenntnissen erschweren. Die Gewinner in dieser Vermarktlichung der Wissensproduktion sind mit Sicherheit die großen Verlagshäuser, Verlierer all jene Wissenschaftler_innen, die von einem freien, kooperativen Austausch von Wissen, unabhängig von der ökonomischen Verwertungslogik, profitieren könnten.

Insistierende Einverleibung

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: onbehalfof+tcs+sagepub.co.uk@manuscriptcentral.com

[mailto:onbehalfof+tcs+sagepub.co.uk@manuscriptcentral.com]

Im Auftrag von tcs@sagepub.co.uk

Gesendet: Montag, 2. Juli 2012 17:18

An: Raunig Gerald

Betreff: Theory Culture & Society - Reviewer Request

Dear Gerald Raunig

Your name was recently suggested at one of our editorial board meetings as someone we should invite to become a peer-reviewer for our journal. This should involve only a minimum amount of commitment from you, and we will endeavour to invite you to review on an occasional basis only those manuscripts we receive that fall within your area of expertise. Each invitation will, of course, come with an option to agree or decline to review the relevant manuscript, so there will be no expectation of you agreeing each time.

With this in mind, we have added your name to the Theory, Culture & Society database in the hope that you will become one of our referees.

In recognition of the support of our anonymous referees, we have arranged with our publisher SAGE to offer free access to all 600+ SAGE journals for 30 days upon receipt of completed reviews and a 25% book discount on all SAGE books ordered online.

If you do not wish to review for the journal, please let us know and we will remove your details from our database with immediate effect.

Best wishes

Simon Dawes

Editorial Assistant

on behalf of Couze Venn, Managing Editor

From: gerald.raunig@zhdk.ch [gerald.raunig@zhdk.ch]

Sent: 03 July 2012 00:53

To: Theory, Culture & Society

Subject: AW: Theory Culture & Society - Reviewer Request

dear simon dawes, dear couze venn, dear mike featherstone,

thank you for your suggestion, but i have to say, i would prefer not to ...

some time ago i decided to strike against peer reviews, as long as they do not try to overcome their standardized formats. i agree with this quote from a leftist intellectual:

“15. The chief means for taming wild writing are academic journals, particularly in the form

of the peer-reviewed journal. Originally introduced as a way of enhancing objectivity, the peer review has long since become an instrument of (self-)government, and as such bolsters existing structures and encourages their system of inclusion and exclusion.”

so it would be nice if you could remove my personal belongings from the sage-database.

sincerely,

g.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Theory, Culture & Society [mailto:tcs@sagepub.co.uk]

Gesendet: Mittwoch, 4. Juli 2012 12:22

An: Raunig Gerald

Betreff: RE: Theory Culture & Society - Reviewer Request

Dear Gerald - many thanks for your email; it's one we'll discuss!

I'll remove your name from our database so we harrass you no further.

Kind regards

Simon

Simon Dawes

Editorial Assistant: Theory, Culture & Society and Body & Society

Editor: TCS Website

<http://www.sagepub.net/tcs/>

<http://theoryculturesociety.blogspot.com/>

SAGE, the Independent Publishers Guild Academic and Professional Publisher of the Year
2012

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: onbehalfof+tcs+sagepub.co.uk@manuscriptcentral.com

[mailto:onbehalfof+tcs+sagepub.co.uk@manuscriptcentral.com]

Im Auftrag von tcs@sagepub.co.uk

Gesendet: Mittwoch, 27. März 2013 16:29

An: Raunig Gerald

Betreff: TCS Referee Request - 13-054-TCS

Dear Gerald Raunig

We would be very pleased if you would consider refereeing the following manuscript which has been submitted to Theory, Culture & Society:

[...]

Many thanks for your support for the journal.

Best wishes

Couze Venn

Managing Editor

for

Mike Featherstone

Editor



☞ Gerald Raunig ist
Philosoph und arbeitet an
der Zürcher Hochschule
der Künste sowie am
eipcp. Autor von *Kunst
und Revolution* (2005),
Tausend Maschinen (2008),
Fabriken des Wissens
(2012), *Industrien der
Kreativität* (2012).

Die Übersetzer_in als Mikroprozessor_in

1. Faktum

Affektive Kooperation

☞ Der Film *A, B, C ... Manhattan* (Amir Naderi, 1997) erzählt die Geschichte des gemeinsamen Lebens von drei jungen Frauen, die mit verschiedenen affektiven Situationen zu kämpfen haben. Als normale Frauen versuchen sie durch Kooperation zu verstehen, was sich zwischen ihnen und in ihrem Milieu abspielt: etwas Unwahrnehmbares, ein Element, das die Affekte und die Freundschaft zwischen ihnen verstärkt und aus der Tiefe der psycho-sozialen Zusammensetzungen und Zersetzungen heraus eine Fluchtlinie freisetzt, die später in einem authentischen Band mit der anti-kapitalistischen Kraft von *Manhattan by Numbers* (Naderi, 1993) in Occupy Wall Street (OWS) sichtbar wird. Als Immigrant spürt Naderi die Unterdrückung in den vielschichtigsten Momenten der Gesellschaft ebenso wie in ihren alltäglichen Beziehungen; und gleichzeitig gibt er den unterdrückten US-amerikanischen Bevölkerungsschichten eine Stimme, die fünfzehn Jahre später in OWS und seinem kooperativ-affektiven Klima vernehmbar werden wird – ein Klima, das man mit Kleist als *Klima des Kriegs* bezeichnen kann.¹ Mit diesen beiden Filmen über Manhattan lässt Naderi OWS tatsächlich vorausahnen, indem er auf ein durch und durch affektives Problem an den Rändern der Gesellschaft verweist, indem er *die Affekte der wirklichen Produktivkräfte und die Art und Weise ihrer Entwicklung übersetzt*. Kooperation ist auch für Marx die *Basis* von Klasse und Klassenkampf. Die Vorstellung von Kooperation entsteht ihm zufolge durch das physische Zusammentreffen der Arbeiter_innen um Maschinen herum, was indes bedeutet, dass zwischen den Beteiligten, zwischen den *Gemeinen* bzw. den gewöhnlichen Frauen und Männern neue politische Affekte entstehen. In diesem Sinn hat der Klassenkampf die Schaffung neuer politischer Affekte bzw. die Konstruktion von Gemeinsamkeiten zwischen singulären Kräften zur Voraussetzung (und nicht die Zirkulation von Information sowie das vermehrte Informieren durch die Reproduktion bereits bestehender Beziehungen). Es ist also der Bereich des Gemeinbegriffs, nach Spinoza die zweite Art von Wissen: die Schaffung eines konstruktivistischen Raums. So bewegten wir uns demnach von Marx zu Spinoza und über Deleuze von Spinoza zu Nietzsche: In unseren Ohren hallt eine entscheidende Frage nach, die der Unterscheidung zwischen Ethik und Moral, eine Frage der Begehrens- und Werteregime – eine Frage, die ihren Schatten auf die Anliegen wirft,

¹ Ronald Bogue, *Deleuze on Literature*, New York u. London: Routledge 2003, S. 120–121.

2 Pierre Klossowski,
*Nietzsche und der Circulus
vitiosus deus*, übers. v.
Ronald Vouillé, München:
Matthes & Seitz 1986,
S. 124–127.

die uns besonders am Herzen liegen, und uns dazu bringt, das Leben an sich, Kampf und Klasse, Organisierung, Denken und Freundschaft zu überdenken: Wie können wir unsere Kräfte so bündeln, dass sich unser Zusammenhang nicht in einen Zusammenschluss von Sklav_innen verwandelt, in einen homogenisierenden, hierarchischen und unterdrückenden Raum (*Subjektgruppen*), sondern dass daraus vielmehr ein gemeinsamer, singulärer, beweglicher und selbstkritischer Raum für und von freien Geistern (*Gruppensubjekte*) entsteht? Es war Klossowski, der uns den Weg bahnte: Das Singuläre steht nicht dem Universellen gegenüber, sondern dem Herdenhaften.² Das Singuläre und das Herdenhafte sind nicht nur theoretische Begriffe oder Worte in Büchern bzw. in den Köpfen der Wissenden. Sie verweisen vielmehr auf eine intensive, mit Fleisch und Blut empfundene Wirklichkeit: auf eine auf Affekt und Freundschaft basierende Kooperation, die einen gemeinsamen Raum schafft, weil sie für Prozesse der Singularisierung *und* der Produktion von Subjektivität ebenso offen bleibt wie für Selbstkritik, das heißt, für die Notwendigkeit, Verhältnisse anders zu gestalten und Situationen neu zu definieren.

Wir begannen daher – neben einigen anderen Aktivitäten – mit dem Übersetzen als kollektivem Erproben von Ideen, als Entwickeln von Affekten, als Intensivieren von Differenzen

Tödliche Einöde

Fünfunddreißig Jahre organisierte Repression und fast zweihundert Jahre historische Unterdrückung, Ausbeutung, Kapitalisierung, Zerstörung und politischer Betrug haben Iran in eine gewaltige Einöde verwandelt, deren schreckenerregende Weite auch schwer vorzustellen sein mag. Die Einflussnahme auf das Denken der Marginalisierten und die Unterdrückung, die ihren Körpern widerfuhr, ist kaum zu beschreiben: Militarisierung der Räume, Einschüchterung, allgemeine Inhaftierungen, immer mehr Vorteile für Staatsaktivist_innen, weitverbreitete Privatisierung zugunsten staatlicher Kräfte, zunehmende Kontrolle über städtische und ländliche Gebiete in Entsprechung mit institutionalisierten religiösen Kriterien, Stärkung der Kernfamilie, klerikalen Institutionen überlassene Schulen, Einschränkung der Universitäten, weitverbreitete systemische Gewalt während der ersten beiden Jahrzehnte nach der Revolution 1979, gewaltvolles Niederhalten linker Kräfte (insbesondere der Guerillas), der Verlust jeglichen Raums der Kritik, organisierte Unterdrückung der Arbeiter_innenklasse sowie in den letzten Jahren zudem die Einfärbung des Nationalismus mit einem institutionalisierten Islamismus – wir sprechen von einem Eindringen trauriger Affekte und reaktiver Kräfte, nicht nur auf einer molaren, sondern auch

auf einer molekularen Ebene. Wir beziehen uns nicht nur auf jene Probleme, die mit diesem seltsamen Leviathan zu tun haben, der sich aus Kapital, Religion, militärischer Macht und einer mit gouvernementalen Technologien und Techniken regierenden repräsentativen Demokratie zusammensetzt, sondern wir sprechen auch von den Mikrospannungen, die von den in diesem Territorium produzierten Subjektivitäten ausgehen. Denn schließlich bringt die Kunst der Gouvernementalität nicht nur ihre Subjekte und Objekte hervor, sondern auch die Welt, in der diese Subjekte und Objekte wohnen.³ Die Kräftezusammensetzungen in dieser Einöde haben Verfahren entstehen lassen, aus denen kaputte, kranke, machtlose, kastrierte und kastrierende Subjektivitäten hervorgehen – Subjektivitäten, die die Stärkung der formalen und etablierten Verhältnisse tatsächlich begehren und jedes alternative Aufkeimen von unten, jedes Aufkeimen von Alternativen in den *Gehirnen der Leute* unterdrücken und zu ihren Führern, zum falschen System der Repräsentation aufblicken. Diese Subjektivität ist im Grunde faschistisch. Und unter Faschismus verstehen wir den „Faschismus, der in uns allen ist, der unsere Gesinnungen und unsere alltäglichen Verhaltensweisen heimsucht, der Faschismus, der uns die Macht lieben und genau das begehren lässt, was uns beherrscht und uns ausbeutet.“⁴ Unsere Delirien sagen uns, dass der psycho-soziale Raum dieses Territoriums, besonders in den letzten Jahren nach den Geschehnissen im Jahr 2009 mit all dem damit verbundenen Scheitern und den entsprechenden Ängsten, strikt poliziert wurde: Nicht dass die Leute mit Knüppeln zuschlagen oder mit der Polizei kollaborieren; es wurden eine Reihe von Verfahren entwickelt, eine Reihe von Werten verteidigt sowie Verhältnisse produziert, die allesamt nur dazu dienen, die Regierung zu stärken, den aktuellen Stand der Dinge zu prolongieren und die Katastrophe zu reproduzieren.

In seinem Dialog mit Parnet weist Deleuze einen Weg aus dieser Einöde: „Es ist ein wenig wie Nietzsche so treffend sagt: Jemand schießt einen Pfeil ab, in den Raum, und das ist dann ein großer – oder auch eine Periode, eine Gemeinschaft schießt einen Pfeil ab, er fällt zu Boden, und jemand kommt, hebt ihn auf und schießt ihn anderswohin. So ist das mit allem Schöpferischen, mit der Literatur: Mitunter geht’s durch die Wüste.“⁵ Interessanterweise übersetzte sogar Khayyam im 11. und 12. Jahrhundert einige durchdachte arabische und griechische Texte ins Persische, trotz all der Angriffe und Vorwürfe, denen er sich ausgesetzt sah: Es wurde ihm vorgeworfen, Atheist zu sein, von Tradition und Glaube abzufallen und Religion sowie Theologie zu schwächen. Auch 1979, im Jahr der Revolution, soll eine enorm große Zahl von Büchern und Pam-

3 Vgl. Maurizio Lazzarato, „From Capital-Labour to Capital-Life“, übers. v. Valerie Fournier, Akseli Virtanen u. Jussi Vähämäki in: *Ephemera*, Jg. 4, Nr. 3, 2008, S. 187–208.

4 Michel Foucault, „Vorwort“, übers. v. Hans-Dieter Gondek, in: Ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Bd. III, 1976–1979, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2003, S. 178.

5 Gilles Deleuze mit Claire Parnet, *Abécédaire – Gilles Deleuze von A bis Z*, untertitelt v. Valeska Bertoncini, Regie: Pierre-André Boutang, ABSOLUT Medien u. Zweitausendeins Versand 2009, C wie Kultur.

phleten, zumeist Übersetzungen kritischer Texte, informell veröffentlicht worden sein. Mohammad Mokthari und Mohammad Ja'far Puyandeh, zwei radikale Forscher, Kritiker und Übersetzer soziologischer und marxistischer Texte wurden Ende 1998 brutal ermordet. Wir blicken also auf eine Geschichte von Kämpfen zurück, deren Donnerrollen uns noch immer stimuliert: Bücher ohne Übersetzer_innenangaben, Weißbücher aus der Revolutionszeit, Pamphlete, Affekte und Mahnmale. Doch vieles hat sich verändert, seit dieser Pfeil abgeschossen wurde.

Miteinander-Sein

6 Maurice Blanchot, „Nietzsche und die fragmentarische Schrift“, übers. v. Werner Hamacher, in: Werner Hamacher (Hg.), *Nietzsche aus Frankreich*, Berlin u. Wien: Philo 2003, S. 95.

7 Für einen detaillierten Kommentar zu einer Forschung ohne telos vgl. Colectivo Situaciones, *Über den forschenden Militanten*, übers. v. Uli Nicke u. Sebastian Touza, eicp.net/transversal/0406/colectivosituaciones/de

8 Friedrich Nietzsche, „Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Genealogie der Zukunft“, in: *Kritische Studienausgabe (KSA) Bd. 5*, hrsg. v. Giorgio Colli u. Mazzino

9 Gilles Deleuze, „Zwei Systeme von Verrückten“, in: ders., *Schizophrenie und Gesellschaft. Texte und Gespräche von 1975 bis 1995*, übers. v. Eva Moldenhauer, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2005, S. 12 f. Montinari, Berlin u. New York: de Gruyter 1999, S. 85.

Wie Blanchot glauben auch wir an Text als Welt⁶ und an die Welt als freie und kollektive Werkstatt für Selbstbildung, Spiel, Gelächter und Erfahrung. Wir fragten uns: Wenn der Text die Welt, ein Labor für eine Forschung ohne telos⁷ ist, bzw. wenn Text durch Kooperation neue politische Affekte hervorbringen vermag, dann müssten wir nur unsere (Anti-)Pädagogiken organisieren, unsere kollektive Intelligenz mehren, Konzepte anwenden und sie für unseren Gebrauch schmieden. Wir lernten von Nietzsche: „Wer von Grund aus Lehrer ist, nimmt alle Dinge nur in Bezug auf seine Schüler ernst, – sogar sich selbst.“⁸ Und in diesem Sinne haben wir uns darum bemüht, den Akt der Organisierung als eine Beziehung zwischen Mannigfaltigkeiten verstehen zu lernen, eine Beziehung zwischen Singularitäten in einer neuen kleinen Zusammensetzung: Lehren macht nur Sinn im Verhältnis zu einer Mannigfaltigkeit von Studierenden, neben ihnen, an ihrer Seite, und nicht jenseits von ihnen als überlegener Punkt – genauso wie der Puppenspieler (Tänzer) in Kleists Marionettentheater nur im Verhältnis zu den Puppen, neben ihren Beziehungen und ihren eigenen Mannigfaltigkeiten Sinn macht.⁹ Wir wollten nicht nur Texte ins Persische übersetzen (Übersetzen als *aktuelle* Leistung), sondern diese Texte auch im Prozess unseres Miteinander-Seins anwenden, um die Affekte selbst in einer neuen, auf Kooperation basierenden Organisierung zu übersetzen (Übersetzen als *virtuelle* Leistung); das heißt, der Prozess der Übersetzung sollte uns dazu dienen, das konkrete Leben zu rekonstruieren, die singuläre und lokale Situation zu überdenken und gleichzeitig die Affekte zu übersetzen: eine *affektive Übersetzung*. Wir können hier zwei Beispiele anführen: Erstens die Verwendung dieser Texte bei der Produktion von experimentellem Online-Radio: eine Neuzusammensetzung heterogener Textfragmente in einer Soundassemblage, um die Texte zuzuspitzen und ein pragmatisches Verständnis von Theorie zu präsentieren. Zweitens die Verwendung der Texte bei der Produktion von Gedankenbildern: ein Experimentieren mit Konzepten, Bildern,

Intensitäten, Ereignissen, Stimmungen sowie der Ausdruck einer Praxis der Theorie, die aus der Produktion von einigen kurzen experimentellen Low-Budget-Filmen hervorging. Und schließlich noch das Ausfalten des Textes in die Welt: von der Subjektivität ins Denken und ins Leben.

Die Pharmakologie des Sozios zeigte uns, dass unser soziales Milieu tatsächlich durch und durch in Verfahren eingebettet ist, die sich nur auf die reaktionärste Verinnerlichung hin öffnen können und die *Anderen* mit ihren durch und durch differenzierenden Wesen ausschließen, um so eine falsche Identität oder einen faschistischen Solipsismus herzustellen. Wir mussten also selektiv sein im Hinblick auf die Texte (Affekte) und für unsere Aktivitäten ein Kontinuum erzeugen: eine sanfte Bewegung des Dahintreibens in jenem spinozistisch-nietzscheanischen Strom, der unsere Leben aufhellte, unsere Affekte und Erfahrungen belebte und uns einander näher brachte; der uns das Problem des Gemeinschaftlichen aufwerfen und die Notwendigkeit des *Rufs nach* dem Anderen darstellen ließ. Wir untersuchten die Konzepte von Liebe und Freundschaft, indem wir sie aktiv in einen kritischen Gesellschaftskörper einbrachten. Wir widmeten uns der Möglichkeit einer Soziabilität sowie der Konstruktion einer gemeinsamen Ebene bzw. eines gemeinsamen Plans. Und schließlich war da noch die zunehmende (Un-)Möglichkeit des Denkens – denn die Philosoph_in ist in erster Linie eine Freund_in oder eine Liebhaber_in: nur eine Freund_in/Liebhaber_in schreibt, nur eine Freund_in/Liebhaber_in denkt, nur *philia-sophia* erlaubt es dem Denken, sich in sich selbst und unter Freund_innen aufzuteilen.¹⁰ *Philosophoi, jene affektiven Revolutionär_innen*. In diesem Sinne kann sich das Denken nur in der Konstruktion eines gemeinsamen und autonomen Raumes ereignen, nur so entsteht ein Raum des Kampfes. Deshalb sind für uns auch die post-nietzscheanischen französischen Philosoph_innen (Bataille, Blanchot, Klossowski), die sich dem Problem des Gemeinschaftlichen in all seinen Facetten gewidmet haben, besonders wichtig und fähig auf die intellektuelle Sphäre in Iran Einfluss zu nehmen. Dort erscheint eine neue Funktion des Konzepts der Kooperation: Es geht nicht nur um die Kooperation eines aktuellen Körpers mit einem anderen aktuellen Körper, sondern auch um eine virtuelle Kooperation im Denken selbst. Es geht also um ein Übersetzen als Prozess der Singularisierung, der Individuierung und der Dramatisierung, da dieser daran beteiligt sein kann, neue politische Affekte zwischen Singularitäten zu schaffen, zwischen ihnen und ohne sie Kooperation herzustellen, kollektive Lebens- und Kampfräume zu produzieren und mannigfaltige Prozesse in Gang zu setzen, die in der Lage sind, das Leben zu emanzipieren: Wir sprechen von der Entwicklung des Übersetzens, von der *Übersetzer_in als Mikroprozessor_in*.

10 Gilles Deleuze u. Félix Guattari, *Was ist Philosophie?*, übers. v. Bernhard Schwibs u. Joseph Vogl, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2000, S. 79.

2. Datum

Der Kontext: Eine kurze Geschichte der Schaffung des Chaoiden

„Ungefähr drei Millionen Menschen auf den Straßen.“ So lautete die Schlagzeile vieler Nachrichtenagenturen in der Nacht von Montag, dem 15. Juni 2009; aber es war nicht nur eine Nachricht, sondern ein Ereignis, das ein Vorher und Nachher in unseren Leben markierte. Eine gefälschte Wahl ließ Millionen für die Politik auf die Straßen gehen und wieder einmal wurden wir Zeug_innen davon, wie die traditionellen Diskurse der Linken zumindest herausgefordert und ihre diskursiven Grenzen zwischen Binaritäten wie z. B. reformistische vs. revolutionäre Praxis zu verschwimmen begannen. Wir traten in ein Chaos ein, in dem die semiotischen Ströme der Gesellschaft plötzlich vor der Absurdität jener Kluft standen, an der sie vormals fixiert waren – eine Kluft, die sich mit dem Verschwinden des Signifikanten eines wählbaren Staates auftat. Mit ihrer Entwurzelung aus dem Territorium der repräsentativen Ordnung begannen die semiotischen Ketten in alle Richtungen zu fließen, und es begann sich ein Feuerwerk sozialer Experimente abzuzeichnen. Wir begegneten einander inmitten dieses Prozesses von Experimenten. Über diverse Verbindungen zwischen hin und hergeworfenen Individuen entwickelte sich in unseren kollektiven Leben eine maschinische Assemblage *chaoiden* Funktionierens. Doch wenn ein Chaoid eine maschinische Assemblage ist, die das Chaos schneiden und eine architektonische Zusammensetzung schaffen kann, wenn es in der Lage ist, „das Chaos provisorisch zu organisieren“¹¹, was war dann eigentlich das Chaos?

11 Franco Berardi (Bifo), *Félix Guattari, Thought, Friendship and Visionary Cartography*, übers. u. hrsg. v. Giuseppina Mecchia u. Charles J. Stivale, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008, S. 11.

12 Franco Berardi (Bifo), *The Soul at Work: From Alienation to Autonomy*, übers. v. Francesca Cadel u. Giuseppina Mecchia, Los Angeles: Semiotext(e) 2009, S. 212.

Das Chaos ist ein „Grad an Komplexität jenseits des menschlichen Auffassungsvermögens.“¹² Nicht nur, dass sich der transzendente Signifikant einer rechtmäßigen repräsentativen Ordnung aufgelöst hatte, das Chaos, von dem wir hier sprechen, war auch Ergebnis der konsequenten Einführung des Neuen im Kontext der iranischen Politik nach der Revolution 1979: eine massive Verweigerung von Regierungsvorgaben an den Rändern und im Untergrund sowie ein Versuch, die nicht gehörten Stimmen der *Nicht-Repräsentierten* vernehmbar zu machen. Das Chaos, das auf das Neue folgte, war eine schöpferische Deterritorialisierung, die Performanz einer temporären kollektiven Subjektivität. Es war ein Grad an Komplexität, der sich jenseits der bereits etablierten kollektiven Intelligenz der iranischen Gesellschaft verortete und der nur als Hinweis darauf verstanden werden konnte, dass eine *neue Massenintellektualität im Entstehen begriffen war*. Unsere Gruppe

war Teil dieses Chaos, entschloss sich jedoch dazu, sich selbst zu organisieren und ein Chaoid zu schaffen, um das Chaos zu durchqueren, um mit dem Streifen zu beginnen und mit alternativen Verhältnissen zu experimentieren. Dies versorgte uns mit einer Reihe von neuen Formen der Militanz. Unser wichtigstes Betätigungsfeld war die Militanz der Wissensproduktion. Wir übersetzten Essays und Artikel einer bestimmten Denktradition, wie etwa Arbeiten von Bataille, Blanchot, Artaud, Ginsberg, Kerouac, Burroughs sowie Essays von Foucault, Deleuze, Guattari, Negri, Hardt und anderen. Wir schrieben Artikel über Politik, Ökonomie, Kunst und Kino und entwickelten eine Perspektive, die wir diesem Spektrum von Autor_innen entlehnten oder uns neu aneigneten. Nach kurzer Zeit begannen wir mit anderen Aktivist_innen in einem Projekt zu alternativer Wissensproduktion zusammenzuarbeiten. Es nannte sich Parallel Academia und deckte jene Diskurse ab, die von der iranischen Akademie absichtlich ignoriert bzw. in ein „unterworfenenes Wissen“ verwandelt worden waren, das den reproduktiven Zielen des Staatsapparats diene. Gleichzeitig experimentierten wir – inspiriert von Radio Alice und anderen freien Radios in den 1960ern und 1970ern einerseits, Allen S. Weiss' theoretischen Schriften zu Radio- und Schizophonie, Christof Migones und Gregory Whiteheads experimentellem Radio andererseits – mit der Form Radio als einem neuem Instrument der Vermittlung.

Nachdem die molare Repression zunahm, waren wir jedoch gezwungen, unsere Aktivitäten einzustellen. Wir entwickelten eine Art Online-Wissensproduktion in Form eines Publikationsprojekts. Diese Projekte waren so konzipiert, dass sie aktiv in bestehende Diskurse intervenierten, entweder um durch einen Angriff unterworfenenes Wissen zu befreien oder um einen alternativen Diskurs als Mittel der Konzeptualisierung und für einen Umgang mit den Problematiken einzuführen.

Experimente mit Formen der Organisation

Als Gruppe standen uns bestimmte Formen der Organisation zur Verfügung. Die meisten Gruppen engagierten sich in den wiederbelebten Aktivitäten der Linken aus den 2000er Jahren, selbst unter studentischen Aktivist_innen waren Partei- bzw. Identitätspolitiken mit den hierarchischen Organisationsformen, die mit dieser Art von Politik einhergehen, en vogue. Viele Aktivist_innen glaubten nach wie vor an eine Art avantgardistisches Schema, demzufolge Intellektuelle das Proletariat in den revolutionären Kämpfen anführen und bilden sollten. Die Revolution wurde selbstverständlich als spektakuläres, durch *den letzten Augenblick* bestimmtes Ereignis imaginiert, als eine molare

Revolution mit dem Ziel, die Macht zu übernehmen und die Interessen der Massen durchzusetzen. Es gab auch einige marginale bzw. selbst-marginalisierte linke Gruppen, die mit gegenwärtiger politischer Theorie und den entsprechenden Kampfformen vertraut waren. Doch diese erklärten ihr Lieblingsnarrativ vom Mai 68 und seine gegenkulturellen Aktivitäten zum Fetisch einer sehr geschlossenen Form der Organisation und verwandelten sich nach und nach in Sekten bzw. Kulte. Sie hatten Websites und Magazine und veröffentlichten ihre Übersetzungen und Artikel frei und jenseits des Publikationsmarkts, litten jedoch unter der selbst produzierten Schließung.

Wir als Gruppe waren gegenüber diesen Organisationsformen in gewisser Weise kritisch. Im ersten Fall der traditionellen linken Tendenzen konnten wir in ihren Aktivitäten Sexismus, Ageismus sowie eine hierarchische Bürokratie erkennen. Ihre Unfähigkeit, neue Formen zu schaffen, war der Hauptgrund für das Scheitern ihrer auf Gleichheit abzielenden Projekte. Diese Krankheit konnte, so glaubten wir, dadurch geheilt werden, dass man sich einerseits der Illusion eines Avantgardismus entledigte und sich andererseits in zeitintensiven und schwierigen Formen transversaler Organisation engagierte und neue Formen von Kampf, Kollektivität und alternativen Formen der Wissensproduktion zu schaffen und zu erfinden versuchte. Im Fall der marginalen Sekten betonten wir im Gegenzug die Offenheit einer netzwerkbasierten Organisation; anstatt nur „die Distributionsökonomie des Produkts“ zu berücksichtigen (in diesem Fall unserer Texte, Übersetzungen und Kunstwerke), konzentrierten wir uns auf „die innere Ökonomie unserer Gruppe“: Wie nicht hierarchisch sein; wie nicht die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse innerhalb unserer Gruppe reproduzieren und wie dafür sorgen, dass ungleiche Machtverhältnisse nicht durch Unterschiede in Erfahrung, Alter, Wissen, Geschlecht etc. Gestalt annehmen?

Diskursive Interventionen

In unseren Experimenten mit Formen der Organisation verspürten wir die Notwendigkeit einer diskursiven Praxis, die über das Schreiben Instrumente für eine neue linke Konzeptualisierung der Situation zu beschaffen vermag. Übersetzung als eine Praxis wurde zu einer Perspektive, was vielleicht eine unmittelbare Reaktion auf die früheren situativen Notwendigkeiten darstellte. Die Welle von Übersetzungen radikal linker Theorie, die schon mit der reformistischen Regierung (1997–2005) ihren Anfang genommen hatte, war hauptsächlich epistemologisch motiviert. Nach Jahren der Übersetzung begannen die in dieser Tradition übersetzten Texte, ein selbstgenügsames Bedeutungsnetz

ohne jede äußere Referenz in der konkreten Realität zu produzieren. Übersetzung als Praxis wurde damit zu einer Quelle für die Ausbildung der eigenen Identität. Und die Texte, die so gut wie nie in Situationen angewendet wurden, gingen in eine Kette von Signifikanten ein, die sich endlos aufeinander bezogen und ineinander verschoben. Dies war jedoch nur eine Seite der Geschichte. Als 2009 die Proteste losgingen, stellten viele dieser Diskurse ihre (Ohn-)Macht oder manchmal ihre Irrelevanz unter Beweis. Während wir uns fragten, welche Art von eine Identitätspolitik begünstigenden Machtverhältnissen unter ihnen wirksam war – Hierarchisierung oder marktbasierter (Bestseller-)Übersetzungen –, stießen wir auf ein neues Problem: dass es nämlich keine diskursive Intervention im sozialen Feld geben kann, wenn die Texte in unseren eigenen Leben nicht verwendet oder situiert werden. Wir sahen jedoch keinen Mangel an brauchbaren übersetzten Texten. Es gab mehr oder weniger viele radikale Texte, aber sie wurden nicht verwendet, niemals angewandt, niemals *situiert*. Nach 2009 war unser Antrieb nicht mehr rein epistemologisch; wir suchten nach einer Perspektive, die auf einer *Pragmatik* der Übersetzung basierte. Unsere wichtigsten Fragen waren nicht mehr die, was diese oder jene Philosoph_in genau sagte, was dieser oder jener Text tatsächlich bedeutete oder worauf sich dieses oder jenes Konzept genau bezog. Diese Fragen waren, so sie überhaupt wichtig waren, von sekundärer Bedeutung, wenn es darum ging, die Beschränkungen eines Diskurses zu bestimmen. In erster Linie war wichtig, was diese Texte tun, was sie können, was ihre Funktion ist.

Roland Barthes erklärt in seinen Vorlesungen *Wie zusammen leben?* seine Phantasien des Zusammenlebens. Dieses Zusammenleben besteht aus (weder individuellen noch kollektiven) Singularitäten, die zusammen da sind, aber zugleich ein ganz eigenes autonomes Wesen haben, das er *Idiorrhythmie* nennt: „Muster eines flüssigen Elements [...], improvisierte, wandelbare Form. In der Atomlehre die eigentümliche Bewegungsform der Atome; Konfiguration ohne Festigkeit oder Naturnotwendigkeit: ein ‚Fließen‘ [...] kurz, das Gegenteil eines starren, unerbittlich-gleichförmigen Takts.“¹³ Unsere Perspektive im Übersetzen war um eine ähnliche Phantasie herum entworfen: Wir haben diese *Idiorrhythmie* im Politischen gesucht – so konzeptualisieren wir die Idee –, und zwar durch die Texte, die wir unter diesem Namen produzierten.

Man kann schnell sehen, dass externe Faktoren für unsere Aktivitäten von großer Bedeutung waren. Einerseits war das allgegenwärtige System der Zensur, insbesondere im Feld der Veröffentlichung, auf beispiellose Weise intensiviert worden. Andererseits wurde die profitbasierte Entscheidungsfindung unter Verleger_innen ebenso

13 Roland Barthes, *Wie zusammen leben? Simulationen einiger alltäglicher Räume im Roman. Vorlesung am Collège de France 1976–1977*, übers. v. Horst Brühmann, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2007, S. 44–45.

untolerierbar wie die Schwierigkeiten im Zugang zur symbolischen Ordnung jener Intellektuellen, die regelmäßig Bücher publizieren, das heißt, die sozial-moralisch-ökonomischen Verhältnisse, denen wir uns selbst unterordnen mussten, um unsere Bücher regelmäßig zu publizieren. Wir verweigerten also diese Unterdrückungsverhältnisse und begannen, einige unserer Bücher online und über Sharing-Websites zu veröffentlichen. Schließlich wurde uns klar, dass das größte Problem, trotz all der Einschüchterung, Zensur, Repression und Polizierung von außen, im Innen zu suchen war: Wie kann eine Subjektgruppe, die ihre inneren affektiven Verhältnisse beständig revidiert und neu versorgt, rekonstituiert und neu bestimmt, ihre maximale Beweglichkeit und Kreativität erreichen, wo doch diese Verhältnisse ihrerseits nur in konkreter Beziehung zum Außen Sinn machen?

14 Dies ist ein zapatistischer Slogan. Er wird unter anderem hier zitiert: Notes from Nowhere (Hg.), *Wir sind überall. weltweit. unwiderstehlich. antikapitalistisch.*, übers. v. Sonja Hartwig, Dietlind Falk u. Eva-Maria Bach, Hamburg: Edition Nautilus, 2007, S. 515.

*Laufend stellen wir Fragen*¹⁴

Es bleibt offen, wie es mit diesem Prozess weitergeht – auch wenn die konkrete Kollektivität durch die Distanz zwischen den Körpern zerstreut ist (einige von uns haben vor etwa zwei Jahren Iran verlassen, während andere bleiben mussten). Aber es bleibt, dass wir laufend Fragen stellen. Und wir durchmessen die Geographie unserer Intensitäten. Wir schauen nicht zurück, wir bereuen nicht und wir wollen keine *Vergangenheit* herstellen, die wir dann betrachten können. Im Gegenteil, wir schlendern selektiv dahin, unser Gehen ist *parrhesiastisch*. Wir haben unsere „Selbstkritik“ niemals in eine Institution verwandelt und werden das auch nie tun. Wir wissen, dass dieser Begriff in seiner Geschichte als Mittel der Säuberung in Verruf gekommen ist.

Parrhesia, das Wahrsprechen, kennt zwei Richtungen zugleich: Einerseits richtet sie sich nach außen, um die konstituierte Macht in all ihren Formen in Frage zu stellen – auf einer molekularen und auf einer molaren Ebene. Andererseits geht sie nach innen, sie wird zur doppelten Bejahung des Lebens und ist darum selektiv in einem nietzscheanischen Sinn, um die Organisation von den molekularen Machtkristallisationen zu befreien und mit den konkreten reaktiven Kräften Schluss zu machen. Doch Foucault besteht darauf, dass die Parrhesia ein gefährliches Unterfangen ist. Wir fühlten diese Gefahr aufgrund des fortwährenden Schattens, der von der Verfolgung durch eine hochgradig disziplinäre Macht sowie von der Prekarität unseres eigenen Kollektivs ausging. Die Gefahr, unsere Maschinerisierung mit der Realität, unser Freund_innenkollektiv zu verlieren, ist ernst zu nehmen. Dennoch haben wir uns mit jedem Schritt und jedem Projekt selbst stets herausgefordert. Und es gab Missverhältnisse, manchmal allzu radikale

Differenzen, manchmal Missverständnisse und personalisierte Polemiken, die nicht tolerierbar waren. Es gab folglich auch Momente der Implosion und des Verlusts von Kollektivität: Scheitern selbstverständlich, Bereuen niemals.

So konnte man zum Beispiel bei der Organisierung in den verschiedenen Projekten die Ablagerungen einer ungesunden Kultur erkennen: die Hierarchien, die sich um Wissen oder Erfahrungen herausgebildet haben, die Schwierigkeiten die Restbestände von Ageismus oder Geschlechterungleichheiten anzugehen, die Personalisierung ethischer oder politischer Belange usw. Obwohl wir uns dessen bewusst waren, dass wir unsere Projekte für eine Intervention auf den unterschiedlichen Ebenen der Wissensproduktion mit Vorsicht auswählen mussten, gab es Momente, in denen uns dies unmöglich war. Auch wenn das Nicht-Einlassen auf einen Prozess bedeutet, nichts über seine Wirkungen zu lernen, hatten wir Ideen, wie wir diesem Problem aus dem Weg gehen konnten. Um den Bezug zur konkreten Situation nicht zu verlieren, schufen wir Projekte, die zwischen Übersetzungsprojekten und den besonderen Situationen vermittelten. Ob wir uns ausreichend dafür eingesetzt haben, ist eine Frage, die uns noch begleiten wird.

Die Tatsache, dass wir sehr darauf bedacht waren, keinen Identitätspolitikern auf den Leim zu gehen, sollte uns nicht davon abgehalten haben, uns unserer Situation umso bewusster zu sein. Während wir behaupteten, dass es *kein Innen gibt*, das das „Und“ am Funktionieren hält, stießen uns die äußeren passiven/reaktiven Kräfte, die verführerische Kraft der Identitätspolitik an den Rändern unaufhörlich auf uns selbst zurück.

Diese *Probleme aus dem Innen* brachten uns denn auch die Bedeutung eines doppelten Exodus bei. Blanchot hält in seinen Schriften über den biblischen Exodus der Ägypter_innen fest, dass der Exodus „aus den Sklaven Ägyptens ein Volk“ macht.¹⁵ Es reicht nicht, den Staatsapparat zu verlassen, aus den etablierten gesellschaftlichen Verhältnissen zu fliehen und das vorab abgesteckte Territorium deiner Arbeit zu deterritorialisieren. Vielmehr muss ein alternatives Verhältnis instituiert werden. Vielleicht teilen wir eine Frage mit Gini Müller, wenn er fragt: „[W]ie wird man/frau [...] ein ‚transversaler Bastard‘?“¹⁶ 🍷

15 Maurice Blanchot, „Jude Sein“ in: *Das Unzerstörbare. Ein unendliches Gespräch über Sprache, Literatur und Existenz*, übers. v. Hans-Joachim Metzger u. Bernd Wilczek, München: Hanser Verlag 2007, S. 184.

16 Gini Müller, „Transversal oder Terror? Bewegte Bilder der VolkTheaterKarawane“, in: *transversal 10/2002: hybrid?resistance*, eipcp.net/transversal/0902/mueller/de.

Kommt der Aufstand der Verlegten?

Zehn Gedanken zu Zecken & Genoss_innen

Aus dem Englischen
von Birgit Mennel

☞ 1. „Man publiziert, um Genossen zu finden!“ (1997:52). Diese Aussage von André Breton ist ein so passender Ausgangspunkt wie jeder andere, um eine Diskussion darüber zu beginnen, was ein Aufstand der Verlegten bedeutet oder bedeuten könnte. Denn was Breton hier sagt, ist keine lockere Ansage, sondern vielmehr etwas, worüber es sich tatsächlich nachzudenken lohnt, wenn man über die gegenwärtigen Verschiebungen im sich verändernden Verhältnis von Veröffentlichenden, Politik und Kulturarbeit im Allgemeineren nachdenken will. Denn Breton sagt hier *nicht*, dass veröffentlicht wird, um etwas zu propagieren oder zu streuen, das bereits vollständig begriffen worden wäre: Es geht nicht darum, eine Offenbarung publik zu machen oder einer imaginär bereits bekannten Leser_innenschaft etwas zu Bewusstsein zu bringen. Breton beschreibt vielmehr etwas, was man als das Öffentlich-Machen einer Resonanz bezeichnen könnte; das heißt, es geht nicht um eine Veröffentlichungspraxis, die notwendigerweise darauf aus ist, irgendwen von irgendetwas zu überzeugen, sondern vielmehr um eine Praxis, die die Bedingungen für eine Koproduktion von Bedeutung schaffen will. Veröffentlichen ist also nicht notwendig das, was am Ende eines Denkprozesses steht – das Vorbringen einer künstlerischen oder intellektuellen Arbeit –, sondern vielmehr soll damit ein sozialer Prozess eingeleitet werden, in dem sich diese Arbeit weiter entwickeln und entfalten kann.

2. In diesem Sinne wäre es möglich, dass die Organisation dieses produktiven Prozesses der Veröffentlichung ebenso wichtig ist wie das, was produziert wird. Wie das? Weil Veröffentlichen neue Formen sozialer Verhältnisse ins Leben rufen will, Verhältnisse, die durch die stetige Ausweitung und Entwicklung der Publikationstätigkeit möglich werden, dadurch, dass soziale Verhältnisse mit Leben gefüllt werden. Beim und durch das Veröffentlichen selbst werden demnach bestimmte Potenziale zur sozialen Kooperation wachgerufen, die kostbar und wertvoll sind, selbst wenn das, was als Endprodukt produziert wird, vielleicht im Ergebnis nicht herausragend ist. Vielleicht ist das letztlich gar nicht so wichtig. Kurz: Veröffentlichen bedeutet eher, einen Prozess einzuleiten, in dem verkörpertes Wissen und Verstehen produziert und reproduziert werden, als unveränderliche Objekte zu schaffen, in denen vollständiges Verstehen fixiert und eingeschlossen ist. Die Produktion eines Zusammenhangs geteilter Bedeutung und Zusammenarbeit, die Produktion einer Öffentlichkeit birgt oft einen größeren Reichtum in

sich als ein einzelner Text. Die Produktion eines Textes kann nur wertvoll werden aufgrund der sozialen Verhältnisse, in die sie eingelassen ist und durch die Bedeutung produziert wird.

3. Das ist auch der Grund, weshalb Formen sozialer Bewegung und Veränderungen in der Medienproduktion historisch eng miteinander verbunden waren. Deutlich wird das in Sean Stewarts exzellentem Buch *On the Ground* (2001), das die Verbindung zwischen der Entwicklung von Underground- und gegenkulturellen Szenen sowie dem Auftauchen alternativer Publikationsformen in den 1960ern untersucht. Eine vergleichbare Beziehung zeigt sich auch in der Entwicklung radikaler Politik in den 1970ern – insbesondere in Zusammenhang mit Punk, dem Auftauchen der Produktion von Fanzines und der Verwendung von Fotokopiermaschinen –, die schon oft Gegenstand von Untersuchungen war (Duncombe 2008). Ähnlich hat auch Jodi Dean nahegelegt, dass während der Formierung der Bolschewistischen Partei Notwendigkeiten eine große Rolle spielten, die sich aus dem Betrieb einer Tageszeitung mit den für ihre Aufrechterhaltung verbundenen intensiven Verpflichtungen und Organisationsformen ergaben (2012). Diese Einsicht bedeutet nicht, einem Techno-Determinismus in der Manier McLuhans zu verfallen, bei dem die Veränderungen in der Medienform sich unmittelbar in die Veränderungen der sozialen Zusammensetzung einschreiben und diese determinieren. Vielmehr bedeutet es, anzuerkennen, dass Medienproduktion und Kulturen sozialer Bewegungen eng miteinander verflochten sind und dass auch die Verschiebungen zwischen ihnen kompliziert und vielschichtig sind.

4. Man könnte vermutlich noch eine ganze Reihe anderer Beispiele anführen, um über das Verhältnis zwischen den Veränderungen in Print und Politik nachzudenken; man könnte eine vergleichende Analyse durchführen und zeigen, was diese Veränderungen für die darin Involvierten bedeutet haben. Dies könnte nützlich sein und vielleicht zu einer verfeinerten Grammatik politischer Subjektivierung in Zusammenhang mit den sich verändernden Printpolitiken führen.¹ Und danach könnte es um die Explosion der Begeisterung gehen, die mit den diversen Wellen und Veränderungen während des Entstehens der Netztechnologie einherging und die sich nach dem wiederholtem Platzen der unterschiedlichen Techno-Blasen stets wieder einstellte, um sich mit jeder neuen, nachfolgenden Form von technologischer Interaktion – von Blogs bis hin zu sozialen Medien – neuerlich auszubreiten (Henwood 2003). Doch so wichtig diese Lektionen auch wären, die Diskussion um einen Aufstand der Verlegten würde in jedem Fall bedeuten, zu diesen früheren Momenten zurückzukehren, um aus ihnen zu lernen,

¹ Es gibt zahlreiche Forschungszugänge über mehrere Felder hinweg, die sich dieser Frage ausführlich gewidmet haben, von der Arbeit von Habermas zum Aufstieg der Öffentlichkeit über Negt und Kluges Begriff einer proletarischen Öffentlichkeit (1972) bis hin zu Michael Warners und Nancy Fracers Aktualisierungen und Ausweitungen der Theorie der Öffentlichkeit.

wie die Dynamiken der Gegenwart adressiert werden können. Was sind die gegenwärtigen Bedingungen der Print-Politik als Wirkungen der sich verändernden Regime von Arbeit, Kultur und Medien?

5. Man mag versucht sein, über die gegenwärtigen Dynamiken der Printveröffentlichung so nachzudenken, wie dies David Batterham mit seiner klugen und nur so hingeworfenen Bemerkung tut, wenn er behauptet, dass die meisten Buchhändler_innen ziemlich eigenartig seien, was, wie er meint, überhaupt nicht überraschend sei, „weil wir es alle geschafft haben, regulärere Arbeitsformen zu vermeiden oder diesen zu entweichen“ (2001: 7). Das Problem mit dieser Beobachtung ist lediglich, dass – während es einst möglich gewesen sein mag, „regulärere Arbeitsformen“ dadurch zu vermeiden, dass man bestimmte Formen literarischer und Publikationstätigkeit verfolgte – es heute vielmehr so scheint, als sei es die Arbeit, die sich uns entzieht, weil es in den Verlags- und Medienindustrien ganz allgemein nur noch eine geringe Zahl von ordentlich bezahlten Jobs gibt. Letztens diskutierte ich mit einem Freund, der für einen einigermaßen großen Verlag arbeitet und davon sprach, dass er fast vierzig sei, etwas arbeite, das dem, was er als seinen Traumjob bezeichnen würde, sehr nahekomme, dass er aber immer noch mit drei anderen gemeinsam eine Wohnung teilen und mit einem Einkommen sein Auslangen finden müsse, das eher einer studentischen Existenz entspreche als jemandem, der seit mehr als zehn Jahren in einem professionellen Job arbeite. Man könnte versucht sein, dies, wie es etwa Jaron Lanier (2013) tut, als Teil einer allgemeineren Demontage von Mittelklassejobs, insbesondere bei bestimmten Formen von Kulturarbeit und Medienproduktion, zu beschreiben, die auf die Auswirkungen der Netzwerktechnologien und -Arbeit zurückzuführen ist.

6. Erleben wir nun also den Niedergang des Gedruckten? Alessandro Ludovico hat jüngst ein exzellentes Buch geschrieben, in dem die Geschichte dieser Behauptung von 1984, als sie zum ersten Mal aufgestellt wurde, bis heute nachzeichnet wird (2012). Es ist, angesichts dessen, dass es nunmehr möglich ist, diese Idee über mehr als ein Jahrhundert zu verfolgen, vielleicht nicht überraschend, dass der drohende Niedergang des Drucks aufs Neue ein wenig übertrieben scheint. Dass jedoch die gedruckte Form eher nicht untergehen wird, heißt nicht, dass sie sich nicht grundlegend verändert, zumal die permanenten technologischen Veränderungen und die Dynamiken der digitalen Welt sie auf drastischste Weise betreffen. Die gedruckte Veröffentlichung wird auch durch kollidierende Anforderungen und Rollen transformiert, ist in sich verändernde Erwartungen hinsichtlich der Rolle der unterschiedlichen Medien eingelassen und kann sich mit verschiedenen Medienplattformen

verbinden. Ludovico legt nahe, dass diese Veränderungen in Politik und Veröffentlichung paradoxerweise zum Wiederaufleben der Printform führen könnten. Ich persönlich würde diese Entwicklung sehr begrüßen, da trotz der explosionsartigen Zunahme von Materialien, die mit digitalen Medien geschaffen werden, eine gewisse Haptik verloren geht. Das Wiederaufleben der gedruckten Form hätte wohl kaum ein Massenmedium zur Folge, sondern würde vielleicht eher analog zur Rückkehr des Vinyl verlaufen, das als für seine ästhetischen Qualitäten gefeiertes Medium den Aufstieg der digitalen Medien in der Musik begleitet hat.

7. An diesem Kreuzungspunkt von sozialen und technologischen Dynamiken würde ich gerne das Projekt *Minor Compositions* verorten – eine Buchreihe, die ich seit 2009 im Auftrag von Autonomedia herausgebe und betreue. Der Zugang und die Orientierung von *Minor Compositions* stehen ganz allgemein in engem Zusammenhang mit der Geschichte von Autonomedia. Autonomedia veröffentlicht seit den frühen 1980er Jahren Werke anarchistischer und autonomer politischer Theorie, Kultur und Geschichte. *Minor Compositions* war zunächst ein Nebenprojekt von Autonomedia, insofern es Teil dieses Verlags war (und ist), jedoch mit einem hohen Maß an verlegerischer Unabhängigkeit arbeitet. Und da Autonomedia immer skeptisch war hinsichtlich des intellektuellen Eigentums und der Einschließung von Wissen durch Copyright, hat dies ganz generell bedeutet, dass wir zufrieden waren, wenn andere Leute die von uns verrichtete Arbeit aufgriffen und frei verteilten. Genau das geschah in einigen Fällen. Das hatte breiter gefächerte sowie avancierte Distributionsformen zur Folge, als dies sonst der Fall gewesen wäre, wie etwa bei der großflächigen Verbreitung der Schriften von Hakim Bey und Peter Lamborn Wilson. Zumeist bedeutete dies nicht, dass die fertigen Buchdateien ins Netz gestellt wurden. Dies geschah erst ist einem weiteren Schritt von *Minor Compositions*, durch den die fertig gestellten PDFs eines jeden produzierten Titels für den freien Download verfügbar wurden. So verfahren wir mit allen 19 bisher produzierten Titeln. Das Verhältnis zwischen dem freien Teilen von Information und der Fähigkeit des Projekts zur Selbsterhaltung ist jedoch komplex, insofern, als das freie Teilen zum Teil beachtliche Kosten verursachte, jedoch auch Nutzen brachte, was das Zirkulieren und Entwickeln von Ideen angeht.

8. Doch es bleibt die Frage, was dies für die Politik des Open-Source-Publishing bedeutet? Können wir sagen, dass es immer noch eine Politik gibt, die für Open Publishing eintritt, jetzt da es, wenn auch deformiert und verwässert, zur ausdrücklichen Politik unzähliger Regierungen wurde? Ich würde sagen, ja, Open Publishing birgt immer noch politische Potenziale in einem und für einen Aufstand der Verleg-

ten, aber sie sind undeutlicher und gleichzeitig vielschichtiger denn je. Schien es vor einigen Jahren noch vernünftig, den Akt des Open Publishing selbst als Grundlage einer Politik zu verstehen und darin eine Antwort auf das Argument von Konservativen wie Mark Helprin zu sehen, die denjenigen, die sich in Open-Source-Kulturproduktion involvierten, vorwarfen, sie seien die Vorboten einer neuen digitalen Barbarei (2009), so ist das heute nicht länger der Fall. Der Akt und auch der Prozess des Open-Source-Publishing bietet keine ausreichende politische Grundlage mehr. Vielmehr geht es, um auf Breton zurückzukommen, um die Frage, was der Prozess des Open Publishing ermöglicht. Das ist das Argument von Gary Hall, einem der Gründer der Open Humanities Press, der sagt, dass „die Ethik und Politik der Open-Access-Publikationen und -Archive nicht bereits fix und fertig zur Verfügung stehen, sondern von ihren Anwender_innen im Prozess der Verwendung selbst produziert und erfunden werden müssen“ (2008: 27).

9. Das hat zur Konsequenz, dass der ständige Rekurs auf den Begriff der Offenheit bzw. das ständige Beschwören derselben wohl eine Vorbedingung für den Aufstand der Verlegten sein mag, dies jedoch nicht sein einziges Charakteristikum ist. Vielmehr landen wir bei Fragen wie: Wie, wodurch und von wem wird diese Offenheit begründet? Oder vielleicht noch grundsätzlicher: Was ist das Offene beim Open Publishing? Welche Arten von sozialen Verhältnissen werden dadurch befördert? Und welche sozialen Verhältnisse werden tendenziell verhindert? Wie kann Open Publishing die Sozialität im Veröffentlichenden befördern, für die jemand wie Breton steht? Eine interessante, wenn auch etwas seltsame Weise, über diese Art von Fragen nachzudenken, wäre ein Rückgriff auf Agambens Kommentar zu Jakob Johann von Uexkülls Forschung zu Zecken (2004). Wie Uexküll zeigt, ist die Zecke vollkommen offen für die Welt. Aber er sagt auch, dass ihre Offenheit eher beschränkt bleibt: Sie spürt die Bewegung warmblütiger Säugetiere, die sich unter ihr befinden, sodass sie sich auf diese fallen lassen, die für sie notwendige Nahrung einsaugen und dann sterben kann. Diese Version des Offenen resultiert nicht in einer uneingeschränkten Fähigkeit zu werden und sich zu verändern. Vielmehr geht es um die Fähigkeit des Organismus, mit seiner besonderen Welt zu interagieren. Es ist nicht richtig, zu sagen, die Zecke sei nicht offen für die Welt. Sie ist so offen, wie sie es sein kann, und erhält sich selbst durch dieses Verhältnis zur Welt.

10. Der Aufstand der Verlegten muss von folgenden Fragen seinen Ausgang nehmen: Was ist Offenheit für die Welt, die durch die sozialen Verhältnisse des Veröffentlichens, in denen wir derzeit selbst stehen, produziert wird? Das ist keine Frage, die allein dadurch beant-

wortet werden kann, dass die Politiken der Medienproduktion für sich selbst oder die in die Medienproduktion gesteckte Arbeit betrachtet werden – egal wie unmittelbar politisch oder unpolitisch diese zu sein scheinen. Es ist vielmehr eine Frage der Medienökologien, wo Printpolitiken in größere Ökologien der Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumption von Medien eingebettet sind – in einer Zeit, in der die Differenz zwischen diesen ehemals gesonderten Tätigkeiten immer mehr ineinander zu verschwimmen begonnen hat. Es geht nicht nur darum, wie diese autonome Print- und Medienproduktion am besten zu organisieren ist – obwohl das eine wichtige Aufgabe darstellt –, sondern auch darum, wie Öffentlichkeiten und *undercommons* am besten organisiert werden können, die sich durch eine autonome Medienproduktion artikulieren, einen Beitrag leisten zur kontinuierlichen Entwicklung und Lebenswelt dieser autonomen Medienproduktion und sich in sie einspeisen. Wie Breton auch heute noch sagen würde, man publiziert, um Genoss_innen zu finden, aber nicht nur Genoss_innen als Konsument_innen von Information oder Medien, sondern vielmehr als Mitkonspirator_innen und Kompliz_innen. 🖤

Literatur

- Giorgio Agamben, *Das Offene. Der Mensch und das Tier*. Übers. v. Stefan Monhardt, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2003.
- David Batterham, *Among Booksellers: Tales Told in Letters to Howard Hodgkin*. York: Stone Trough Books 2011.
- André Breton, zitiert in Gareth Branwyn, *Jamming the Media: A Citizen's Guide Reclaiming the Tools of Communication*. Vancouver: Chronicle Books 1997.
- Jodi Dean, *The Communist Horizon*. London: Verso 2012.
- Stephen Duncombe, *Notes from the Underground*. Bloomington: Microcosm 2008.
- Gary Hall, *Digitize This Book! The Politics of New Media, or Why We Need Open Access Now*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2008.
- Mark Helprin, *Digital Barbarism: A Writer's Manifesto*. New York: Harper 2009.
- Doug Henwood, *After the New Economy*. New York: New Press 2003.
- Jaron Lanier, *Who Owns the Future?* London: Penguin 2013.
- Alessandro Ludovico, *Post-Digital Print – The Mutation of Publishing since 1894*. Eindhoven: Creating 010 2012.
- Sean Stewart, *On the Ground*. Oakland: PM Press 2011.
- Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1972.

🔗 **Stephen Shukaitis** lehrt an der University of Essex, Centre for Work and Organization, und ist Mitglied des Autonomedia-Kollektivs. Seit 2009 koordiniert er *Minor Compositions*, minorcompositions.info. Er ist Autor von *Imaginal Machines: Autonomy & Self-Organization in the Revolutions of Everyday Day* (2009, Autonomedia) und gemeinsam mit Erika Biddle und David Graeber Herausgeber von *Constituent Imagination: Militant Investigations // Collective Theorization* (AK Press, 2007).

Der Kampf um freie Lizenzen, ihr Alltag und ihre Zukunft

Aus dem Spanischen von
Birgit Menzel

Einleitung

☞ Traficantes de Sueños (TdS) ist ein politisches Produktions- und Kommunikationsprojekt, das sich um eine Vereinsbuchhandlung, einen kleinen Vertrieb, eine Design-Werkstatt, um das Selbstbildungsprojekt *Nociones Comunes* und den Verlag Traficantes de Sueños gruppiert. e35, der Sitz der Buchhandlung im Barrio Lavapiés in Madrid ist zudem ein stadtoffenes soziales Zentrum, in dem im Laufe des Jahres eine ganze Reihe von Präsentationen, Versammlungen und Debatten stattfinden. Darüber hinaus ist Traficantes de Sueños auch ein sozial-ökonomisches Projekt, ein selbstverwalteter Verein ohne Gewinnabsicht, der sich in Netzwerken zur Förderung alternativer Ökonomien engagiert.

TdS befürwortete von Anfang an Diskussionen und Praxen städtischer sozialer Bewegungen, wirkte an diesen mit, zehrte von ihnen und stimulierte sie seinerseits. TdS entstand 1997 als ein Raum, in dem Fanzines, Bücher und Materialien ausgetauscht und in Umlauf gebracht wurden, die sich mit Autonomie beschäftigen. Der Verlag TdS entstand im Jahr 2003, inspiriert durch die Bewegung für freie Software. Sein Markenzeichen ist die Verwendung von Lizenzen, genauer von Creative-Commons-Lizenzen, die die freie Vervielfältigung und inhaltliche Verbreitung erlauben. Alle Bücher von TdS können sowohl in Print- wie in digitaler Form kopiert und verteilt werden. Mit der Printpublikation eines Buches wird eine PDF-Kopie auf der Projektwebsite bereitgestellt. Der Verlag zählt derzeit über 90 Publikationen, das Verlagskollektiv setzt sich aus sechs Personen zusammen, von denen zwei bis drei für ihre Arbeit einen Lohn erhalten.

Der Kampf um die Kontrolle von Wissen und Kultur

Die Produktion von Wissen und künstlerischen Ausdrucksformen erfolgt dank der weitläufigen Netzwerke, an denen wir beteiligt sind, ausgehend von sowohl vorgängigen wie gegenwärtigen Elementen. Diese bestehen aus Fragmenten, Gemengelagen und kollektiven Erfahrungen; jede Person oder Gruppe setzt sie auf ihre Weise neu zusammen, kann sich jedoch nicht das ausschließliche Eigentum daran sichern und andere von ihrer Verwendung oder Vervielfältigung ausschließen. Das machen hingegen Patente, Copyright und Gesetze zur Verteidigung des intellektuellen Eigentums.

Wissen hat in der gegenwärtigen Ökonomie einen zentralen Stellenwert erlangt, bis zu dem Punkt, dass viele Autor_innen dieses Stadium des Kapitalismus als kognitiven Kapitalismus bezeichnen.¹

¹ VVAA, *Capitalismo cognitivo*, Madrid: Traficantes de Sueños 2004.

Einerseits sind die strategischen und führenden Sektoren, die den meisten Mehrwert produzieren, wie etwa die Biotechnologie (Saatgut, Medikamente, genetische Analysen, medizinische Erzeugnisse) oder die Software (die durch die Diversität von Marktdispositiven vervielfältigt wird), der Schaffung von Wissen und seiner industriellen und technologischen Anwendung verpflichtet. Andererseits werden der Mehrheit der Arbeiter_innen auf allen Ebenen und in den meisten zentralen Ländern – auch über diese strategischen Sektoren hinaus in den Dienstleistungssektoren – zunehmend kognitive (und affektive) Fähigkeiten abverlangt, und dies in dem Maße, wie sie sich sowohl mit Computerprogrammen als auch mit Personen beschäftigen müssen.² Letztlich ist es auch eine Frage von Sprache, Identität und Differenz, also kognitiven Elementen, die sich auf den Absatz vieler Firmen, nicht nur im Bereich der Dienstleistungen oder der Technologie, auswirken: Die Einnahmen von Schuhverkäufer_innen sind sowohl von den niedrigen Produktionskosten abhängig wie vom hohen Verkaufspreis, der durch eine bestimmte Art von Marketing möglich wird.³

2 Precarias a la deriva, *A la deriva. Por los circuitos de la precariedad femenina*, Madrid: Traficantes de Sueños 2004.

3 Andrea Fumagalli, *Bioeconomía y capitalismo cognitivo*, Madrid: Traficantes de Sueños 2010.

4 Yproductions, *Innovación en cultura*, Madrid: Traficantes de Sueños 2010.

5 VVAA, *Producción cultural y prácticas instituyentes*, Madrid: Traficantes de Sueños 2008.

6 Jaron Rowan, *Emprendizajes en cultura*, Madrid: Traficantes de Sueños 2010.

Auch die Kultur wurde zur ökonomischen Ressource⁴, zwar eine weniger zentrale, als es sich die postindustriellen Regierungen ersehnten, die all ihre Hoffnungen auf diesen Sektor gesetzt hatten, aber zweifellos eine wichtige. Neben den klassischen Industrien dieses Sektors (Kino, Verlage, Theater, Museen) spielt die Kultur mittlerweile in der Tourismusbranche ebenso eine wichtige Rolle wie auch dabei, Arbeiter_innen und Kapitalien in bestimmte Städte und Regionen zu locken. Wir beziehen uns hier auf den Diskurs der kreativen Stadt und der neuen Nische sozialer Innovation.⁵ Die gouvernementalen Versuche, kleine Vereine oder Initiativen in Kulturunternehmen umzuwandeln, wurden in verschiedenen Untersuchungen bereits hinreichend analysiert.⁶

Das wirkliche Ziel der Gesetze zur Verteidigung des intellektuellen Eigentums ist es, den Gewinn dieser Unternehmen und Körperschaften in strategischen und auf Wissen sowie kultureller Produktion basierenden Sektoren zu gewährleisten, indem zeitlich begrenzte Monopole zugelassen werden, die, wie in so vielen anderen Bereichen auch, einen künstlichen Mangel erzeugen. Auch wenn dies mit der Entwicklung der technischen Vervielfältigungsmöglichkeiten, die ihre Produktion billiger werden lassen (bis dahin, dass eine digitale Kopie genau gar nichts kostet), von Anfang an die Grundlage intellektuellen Eigentums bildete, erscheint das Verbot, gewisse Produkte, Artikulationen oder Erfindungen zu vervielfältigen, immer deutlicher als ein Instrument zur Kontrolle der Verteilung der generierten Gewinne. Das wiederholte Argument lautet, dass dieses von den Staaten gesicherte, künstliche Monopol die Forschung und kul-

turelle Produktion belebe und dass sich die Produzent_innen, wenn diese Gewinne nicht sichergestellt würden, diesen für die Gesellschaft insgesamt so wichtigen Sektoren nicht länger widmen würden. Angesichts der Tatsache, dass diese Unternehmen und Industrien Milliardengewinne lukrieren und in vielen Fällen Bereiche abdecken, die für die Bevölkerung von vitaler Bedeutung sind (Medikamente sind ein deutliches Beispiel dafür), muss man sich jedoch fragen, in welchem Verhältnis die notwendigen Anreize und das Allgemeininteresse zueinander stehen. Die erlassenen Gesetze dienen vermehrt den Produzent_innen, und Rechtsbrüche werden, ohne Rücksichtnahme auf die eigentliche Verwendung der Kopie oder die Größe der Produzent_in und Anwender_in, immer strenger geahndet.

Sicher ist, dass diese Verbote im kulturellen Feld kaum Effekte zeitigen. Die Leichtigkeit, mit der digitale Kopien erstellt werden, sowie vergleichbare Erfahrungen mit vielen Medien (CDs im Bereich der Musik, Filme in der Filmkunst, Bücher im Verlagswesen) haben die Industrie in einen Alarmzustand versetzt. Die Verlagsindustrie zeichnet sich durch große Unternehmen aus, die den Markt nach einer Reihe von Fusionen und dank ihrer Kapazität, in Produktion und Marketing zu investieren, beherrschen. Diese Megaverlage reagieren lediglich auf Kriterien der Rentabilität, was dazu führt, dass sie häufig auf Autor_innen, Themen und Formate setzen, die ihre Absätze sichern: Die Reichhaltigkeit des kulturellen Feldes ist ihnen kein Anliegen. Unbekannte Autor_innen verfügen nur über sehr wenige Möglichkeiten zur Publikation ihrer Bücher, und die Autor_innenrechte derjenigen, die keine mächtige Werbemaschinerie im Rücken haben, werfen nur wenig ab. Das sich ergebende Bild ist also das folgende: Es gibt nur einige wenige Unternehmen mit großen Gewinnen und vielen Autor_innenrechten gegenüber vielen Unternehmen und Autor_innen, die kaum Möglichkeiten haben, Bekanntheit zu erlangen und folglich ihre Arbeit fortzusetzen.

Diese großen Unternehmen befürworten ausdrücklich den Erlass von immer restriktiveren Gesetzen, während sie gleichzeitig die Entwicklung digitaler Buchformate blockieren. Es ist ihnen klar, dass eine digitale Kopie, wenn sie erst im Internet zirkuliert, kaum zu kontrollieren ist. Daher erfinden sie einerseits Anti-Kopier-Vorrichtungen, um die Ausbreitung digitaler Formate zu verhindern. Andererseits minimieren sie das Angebot von Ebook-Plattformen soweit als möglich und halten die Preise hoch, damit der Konsum gering bleibt. Wir befinden uns in einem Moment, in dem die Kosten für die Vervielfältigung digitaler kultureller Produkte gegen Null gehen. Doch anstatt sich diesen neuen und für die kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft auf jeden Fall

vorteilhaften Umstand zunutze zu machen, wird diese Möglichkeit von den Unternehmen des Sektors boykottiert. Es wird immer schwieriger, diese Gesetze mit dem Argument zu verteidigen, dass sie dem Allgemeininteresse dienen und dass diese Unternehmen Anreize und Monopole bräuchten, damit sie einen Beitrag für die Gesellschaft leisten könnten.

Die Bewegung für eine freie Kultur setzt sich einerseits für ein dezentraleres Modell ein, das vielleicht weder für Produzent_innen noch für Autor_innen Milliardengewinne abwirft, dafür aber die Verbreitung einer größeren Vielfalt kultureller Produkte ermöglicht, sowie einen besseren Zugang zu ihnen, der nicht von der ökonomischen Größe ihrer Verleger_innen abhängig ist. Die Grundlage dafür ist das Internet, das in seiner gegenwärtigen Form neutral ist, weil es den Produzent_innen eine größere Verbreitung und den Rezipient_innen einen besseren Zugang ermöglicht als die Printform. Das Netz und die freien Lizenzen stehen im Mittelpunkt des gegenwärtigen Kampfs um die Kontrolle von Wissen und die kulturelle Produktion. Sie gewährleisten die freie Verwendung künstlerischer Artikulationen und generierten Wissens. Am Ende dieses Artikels werden wir auf alternative Formen der Nachhaltigkeit dieser Art von Projekten zurückkommen, die eine freie Verbreitung und Vervielfältigung erlauben. Zunächst aber möchten wir noch von den Schwierigkeiten sprechen, Bücher als Creative Commons lizenzieren.

Der Alltag der Creative Commons

Creative-Commons-Lizenzen sichern auf legalem Weg einige der Freiheiten in Zusammenhang mit der Verwendung eines kulturellen Produkts, sei dies nun ein Buch, ein Lied, eine Partitur etc. Sie geben den Autor_innen, und in unserem Fall dem Verlag, die Möglichkeit zu entscheiden, ob eine Vervielfältigung in jedem Fall erlaubt wird oder nur, wenn es keine Gewinnabsicht gibt oder wenn die Integrität des Werks respektiert wird. Die Persönlichkeitsrechte der Autor_innen werden dadurch nicht beeinträchtigt, und die Autor_innenschaft muss korrekt zitiert werden.

Unserer Erfahrung nach ist es nicht immer einfach, für ein Werk mit Creative Commons einen Vertrag abzuschließen.

Was die Autor_innen angeht, so glauben viele, dass sie mit einer Creative-Commons-Lizenz ihre Autor_innenrechte verlören. Doch das stimmt nicht. Die Autor_innen bekommen die für ihre Arbeit übliche Vergütung (einen Vorschuss sowie Prozente für den Verkauf), und zwar unabhängig davon, welche Lizenz ihre Werke haben. Eines der zentralen Probleme besteht dann, wenn die Autor_innen die Verwertungsrechte für Übersetzungen ihres Werks in allen Sprachen an den ersten Verlag, der

es publiziert, abtreten. Damit verlieren sie die Möglichkeit, die Lizenzen für die Veröffentlichung ihrer Bücher in anderen Ländern jeweils neu zu verhandeln. Die Verlage begreifen Autor_innenrechte als Aktivposten und versuchen, die Gewinne, die sie aus dem Verkauf an andere Verlage erzielen, entsprechend unternehmerischer Kriterien zu maximieren, anstatt darauf hinzuwirken, dass der Text verbreitet oder die Bekanntheit der Autor_innen in anderen Ländern gefördert wird. So haben wir schon versucht, Veröffentlichungsrechte für ausländische Texte zu erwerben, und auch wenn es kein anderes Angebot gab und die Autor_innen uns unterstützt haben, ist uns das manchmal nicht gelungen. So verliert die Autor_in und das Werk. Wir können also sagen, dass wir alle verlieren.

Was die ausländischen Verlage angeht, so sagen viele, dass Creative Commons nicht Teil ihrer Publikations- und Verkaufsausancen sind. Wie wir bereits festgehalten haben, weigern sie sich, ein Werk zu verkaufen, wenn es unter dieser Lizenz veröffentlicht werden soll. In manchen Verhandlungen endet die Diskussion hier: bei der Frage nach „Prinzipien“. Diese Prinzipien laufen darauf hinaus, die Existenz und Ausweitung dieser Lizenzen einzuschränken, die sie als Gefahr für ihr Geschäft wahrnehmen.

Viele glauben, dass Creative Commons ihr eigenes Copyright, das des ursprünglichen Werks gefährden, obwohl dem überhaupt nicht so ist. Was ihr Copyright gefährdet, ist das Begehren, all jene zu identifizieren, die ihren Text einscannen und eine Raubkopie ins Netz stellen. Dass die Übersetzung dieses Werks mit Creative Commons lizenziert wird, ändert nichts an der Lizenz des Originalwerks.

Ausländische Verlage lukrieren Gewinne aus dem Verkauf von übersetzten Printpublikationen. Sie erhalten von Verlags wegen neben dem Vorschuss auch Prozente auf den Verkauf. Einige glauben, dass eine Creative-Commons-Lizenz, weil sie die Vervielfältigung und in unserem Fall ein frei zugängliches PDF zulässt, zu weniger verkauften Printpublikationen führt, was geringere Einnahmen zur Folge hätte. Es gibt allerdings keine überzeugenden Studien dazu, dass die freie Verbreitung eines Textes, die immer ein breiteres Publikum mit sich bringt, eine mögliche Verringerung der Verkäufe nicht wettmachen würde. Tatsächlich sorgen allgemeine Prekarität und Konsumzwang dafür, dass es sich die Leute gut überlegen, welche Texte sie kaufen. Ein verfügbares PDF kann bedeuten, dass sich Personen, wenn sie den genauen Inhalt eines Textes kennen, für eine Investition entscheiden: manche Bücher durchzusehen kann Interesse an weiteren wecken und zur Entscheidung führen, einige davon zu kaufen oder zu verschenken. Einem kleinen Verlag wie dem unseren verleiht die Tatsache, dass ein Buch im Internet verfügbar ist,

eine Sichtbarkeit, die mit traditionellen Marketinginstrumenten niemals erreicht werden könnte. Wir glauben, dass ein Verlag, der uns ein Buch mit Copyright verkaufen würde, weniger Gewinne erzielte, als wenn er es uns mit einer Creative-Commons-Lizenz abtritt. Die größere Verbreitung eines Textes erhöht den Absatz von Printpublikationen und führt damit zu mehr Einnahmen. Wir können dies als in Wirklichkeit unbezahlbaren Preis für die Verkaufsförderung begreifen. Im letzten Teil werden wir nochmals darauf zurückkommen, was es bedeutet, Texte im Hinblick auf die Leser_innenschaft zu befreien und welche möglichen und üblicherweise unterschätzten Rückflüsse dies generiert.

Was die spanischen Verlage angeht, so publizieren zwar einige unter Creative Commons, aber sie stellen den Text nicht in digitaler Form ins Netz. Uns scheint dies eine eingeschränkte Verwendung dieser Art von Lizenz darzustellen. Die Vervielfältigung auf Papier, die Fotokopie zu erlauben, ist eine Freiheit, die kaum Wirkungen zeitigt: Nur wenige Leute kopieren ein ganzes Buch. Selbstverständlich erleichtert dies den Einsatz zu Bildungszwecken (durch die Fotokopie eines Kapitels, zum Beispiel) und wirkt sich in dem Sinne positiv aus, als die Präsenz dieser Lizenzen selbstverständlicher wird. Aber es bedeutet sicherlich keinen vollen Einsatz für die Möglichkeiten dieser Produktionsform. Man muss in Betracht ziehen, dass diese Verlage versuchen, gemeinsam mit dem kulturellen Establishment die Unterstützung gewisser kritischer Sektoren für sich zu gewinnen, jedoch ohne sich entschieden für dieses Modell einzusetzen. Wir setzen darauf, dass diese Verlage nicht nur unter Creative Commons lizenzieren, sondern dass sie ihre Texte ins Netz stellen, damit sie sich ohne Einschränkung verbreiten können.

Was das Ebook angeht, so gibt es auch hier Probleme mit den Creative-Commons-Lizenzen. Ihr Auftauchen und ihre Ausbreitung haben die Verhandlungen komplizierter werden lassen, weil die Verlage jetzt versuchen, zusätzlich zu den Printrechten auch die digitalen Rechte zu verkaufen. Für beides verlangen sie Vorschüsse und Prozente auf den Verkauf, manchmal in ähnlicher Höhe. Gelegentlich schreiben sie den Minimalverkaufspreis der digitalen Formate in den Vertrag, um sich auf diese Weise einen Prozentsatz auf einen höheren Preis zu sichern. Allerdings machen sie in diesem Feld Gewinne, ohne viel investieren zu müssen, weil die Produktionskosten für ein digitales Buch sehr gering sind: Kosten entstehen eigentlich nur für die Umwandlung des Formats (wenn wir außer Acht lassen, was für Anti-Kopier-Systeme, Digital Rights Management oder dafür bezahlt werden muss, dass Bücher auf kopiersicheren Plattformen stehen). Wenn ein digitales Buch zu nahezu demselben Preis wie die Printpublikation verkauft wird und damit die Produktionskosten für aus-

ländische Verlage höher werden, ist das ein deutliches Beispiel für einen Boykott digitaler Bücher. In unserem Fall kommt es vor, dass es uns untersagt wird, ein PDF hochzuladen, weil es frei erhältlich ist und wir selbst nichts für den Verkauf verlangen und sie daher keine Prozente erhalten. Sollten wir das dennoch tun wollen, verlangen sie von uns eine Gebühr für die digitalen Rechte, obwohl wir selbst keinen Gewinn machen.

7 Wie im Fall einer US-amerikanischen Zeitschrift, die es uns erlaubte, das PDF eines Artikels online zu stellen, nicht jedoch, ihn unter Creative Commons zu lizenzieren.

In der Verlagswelt herrscht Unkenntnis und Furcht in Zusammenhang mit diesen freien Lizenzen.⁷ Wir mussten bereits von der Publikation von Texten absehen, die uns sehr interessant schienen, weil sich die Verlage weigerten, uns diese zu verkaufen, weil wir sie unter Creative Commons publizieren. Ein Ausweg aus diesem Problem ist darauf zu insistieren, dass die Autor_innen ihre Rechte für andere Sprachen nicht verkaufen, um so in jedem einzelnen Fall über die Verwendung ihrer Werke zu entscheiden.

Die Nachhaltigkeit von freien Kulturprojekten in der digitalen Welt

Bis heute stammen die Einnahmen unseres Verlags aus dem Verkauf von Printpublikationen. Wir laden eine PDF-Kopie ins Netz, glauben jedoch, dass uns das mehr Sichtbarkeit verleiht, sich positiv auf die Verkäufe niederschlägt und darüber hinaus die Verbreitung von Kritik und Kultur begünstigt. Wir verkaufen keine digitalen Formate (mobi, epub), weil wir einerseits die digitalen Rechte für viele Werke nicht haben, andererseits aber weil wir unter Creative Commons lizenzieren und Vervielfältigungen zulassen, sodass jemand sofort und legal eine Kopie dieses Archivs auf eine andere Seite stellen könnte, wo sie dann kostenlos zum Download bereit stünde. Unser Projekt ist ein politisches Projekt, das eine nachhaltige materielle Grundlage braucht, um weiterhin Politik machen zu können; der Download unserer Texte von einer anderen Seite würde bedeuten, dass die Möglichkeit schwindet, beim Download einer unserer Texte auf andere Diskussionsinhalte oder auf Termine für Präsentationen, Diskussionen, Projektionen usw. zu stoßen.

Was wäre also die Konsequenz, wenn sich das digitale Modell durchsetzte und die Verkäufe von Printpublikationen deutlich zurückgingen? Dies ist die am meisten gefürchtete Frage in diesem Sektor: Was, wenn die Leute aufhören, Printpublikationen zu lesen und ein Ebook genauso einfach kopiert werden kann wie etwa Musik?

Wir glauben, dass es nichts bringt, die Vervielfältigungsmöglichkeiten immer mehr kontrollieren zu wollen (das erweist sich nahezu immer als unnütz, weil „die Kultur frei sein will und wird“). Vielmehr müssen das Verlagswesen und die Rolle der Verleger_innen in diesem neuen Kontext überdacht werden.

Es war immer die Rolle der Verleger_innen, eine Auswahl zu treffen und Inhalte zu produzieren. Der Verkauf dieser Inhalte in Printform ermöglichte es, dass sich die Produktionsstruktur längerfristig halten konnte.

Wir glauben, dass die Rolle derjenigen, die die Inhalte auswählen, auch bei anderen Formaten beibehalten werden kann. So wie zum Beispiel Musiker_innen heute größtenteils auf Konzerte angewiesen sind, wäre auch vorstellbar, dass sich Verleger_innen mehr auf Präsentationen, Seminare und Diskussionen konzentrieren müssen, die sie selbst in Gang setzen. Das Bündnis zwischen dem Verlag, der Buchhandlung mit ihren hunderten im Haus stattfindenden Aktivitäten und der Selbstbildungsinitiative *Nociones Comunes* ist für uns in dieser Frage entscheidend.

Es müssen auch neue Formen von Mehrwert erdacht werden, die aus dem Kauf eines Buchs oder eines Ebooks mehr machen als den bloßen Download eines Textes. Beispielsweise können Leser_innen dadurch gebunden werden, dass diejenigen, die ein Buch oder Ebook kaufen, über einen bestimmten Zeitraum weitergehende Informationen (über die Autor_in, benachbarte Themen etc.) erhalten.

Andererseits lässt sich mit dem Wissen der Verleger_innen über die Buchproduktion auch dadurch Ertrag erwirtschaften, dass verlegerische Dienstleistungen erbracht werden: Der Gedanke ist nicht abwegig, dass ein Teil der Einnahmen eines Verlags aus Aufgaben wie Editieren, Korrigieren, Layoutieren und Abwickeln des Drucks von Büchern, Handbüchern und Berichten anderer Unternehmen und Gruppen stammt, die sich nicht in diesem Bereich spezialisiert haben.

Auch über die *Finanzierungsansätze* kann man weiter nachdenken. Im Fall jener Verlage, die sich für die freie Kultur einsetzen, hat das auch mit der Mitverantwortung der Leser_innen (und der Autor_innen) zu tun. Ebenso wie man sich dafür entscheidet, in einem Geschäft einzukaufen, das Fairtrade-Produkte oder Gemüse aus ökologischer Landwirtschaft anbietet, weil damit eine bestimmte Form von ökonomischer Produktion und Distribution unterstützt wird, können diejenigen, die glauben, dass die Kultur frei sein muss, einen Beitrag zur Tragfähigkeit solcher Projekte leisten. Die Entscheidung, in einer bestimmten Buchhandlung einzukaufen oder bei einem bestimmten Verlag und nicht bei den Großen des Sektors zu publizieren, ist eine ethische und politische Frage, die auf der Hand liegt.

In diesem Zusammenhang gibt es zwei Finanzierungsansätze, die zu funktionieren scheinen: das Abonnement und das Crowdfunding. Das Abonnement von Büchern eines Verlags ist die Möglichkeit für einen stabilen wirtschaftlichen Ertrag, der der Produktionsstruktur

8 Vgl. Hardins berühmten Artikel „The tragedy of the commons“, in: *Science*, Nr. 162, 1968, S. 1243–1248.

zugutekommt. Die Gesellschafter_innen sind Personen, die auf die freie Kultur setzen und dafür einen wirtschaftlichen Beitrag leisten; überdies erhalten sie von diesen befreiten Strukturen Printpublikationen und andere Leistungen. Der Verlag Traficantes de Sueños hat dieses System vor drei Jahren umzusetzen begonnen und bisher gute Erfahrungen damit gemacht. Entgegen der Aussage „Was allen gehört, gehört niemandem“ von Garrett Hardin⁸ und so vielen anderen, die alternative Formen der Commons disqualifizieren, haben wir den Nachweis erbracht, dass es Menschen gibt, die sich durch die Befreiung der Inhalte zum Wohle aller angesprochen fühlen und sich ökonomisch verpflichten, damit der Fortbestand dieser Projekte gesichert bleibt.

Crowdfunding ist ein Mikrofinanzierungsmodell für kollektive Projekte. Wenn viele ein wenig Geld spenden, kann Großes gemacht werden. Traficantes de Sueños und die Autor_innen von *Cojos y precarias haciendo vidas que importan* haben für die Publikation des Buches ein Crowdfunding in Gang gesetzt. So wurde kollektiv das für den Druck notwendige Geld zusammengetragen. Oftmals handelt es sich bei Crowdfunding eigentlich um ein System des Vorabkaufs: interessierte Leser_innen strecken Geld vor, damit ein Buch publiziert werden kann. Durch diesen Beitrag der Leser_innenschaft werden die Produktionskosten gesenkt und die Publikation von Texten ermöglicht, die sich nicht unbedingt rentieren.

In diesem Zusammenhang muss die Bedeutung von Netzwerken sozialer Ökonomie, wie es sie in vielen Ländern gibt, betont werden. Diese Netzwerke, aus Produzent_innen, Vertriebspartner_innen und Konsument_innen setzen auf eine andere Art von Ökonomie und verpflichten sich, Güter und Dienstleistungen innerhalb dieser Ökonomien zu konsumieren. Es handelt sich hier um eine Produktionsweise, die auf dem Prinzip der Gerechtigkeit basiert und nicht nach Gewinn strebt, sondern die Produktionsstrukturen erhalten will. TdS hat versucht, sich in REAS, dem wichtigsten spanischen Netzwerk alternativer und solidarischer Ökonomie, für die Verbreitung der Prinzipien der freien Kultur einzusetzen, damit diese von den involvierten Einrichtungen ebenso berücksichtigt werden wie Prinzipien der Ökologie oder des Geschlechts. Einige dieser Unternehmen und Vereine entscheiden sich für den Ankauf von Büchern oder Leistungen von TdS, weil sie auf ein alternatives ökonomisches Modell setzen.

Schließlich sollten – neben der für das Erfinden neuer Verlagsmodelle notwendigen Einbildungskraft und der Wichtigkeit von Gruppen zu deren Unterstützung – auch strukturelle Fragen berücksichtigt werden. Die Prekarität ist eine Konstante bei kleinen Kulturprojekten

(und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt), und es müssen allgemeine Alternativen sowohl für die Arbeiter_innen wie auch für die Institutionen entwickelt werden.

In den zu Beginn dieses Textes ausgeführten Überlegungen wurde gezeigt, dass die kapitalistische Akkumulation auf Basis der kognitiven, affektiven, relationalen und linguistischen Fähigkeiten der ganzen Bevölkerung erfolgt, und zwar ausgehend von ihrer Kreativität und ihren Lebensstilen. Da Anstellungsverhältnisse immer rarer werden und wir alle ein Recht auf ein Leben in Würde haben, wurde der Vorschlag des *Grund-einkommens* lanciert. Dieses universelle und bedingungslose Einkommen als etwas, worauf alle Recht haben, würde zweifellos einen enormen kulturellen Wachstum der Gesellschaften mit sich bringen, weil es die notwendige materielle Grundlage für alle Gestaltenden und Denkenden darstellt, die ihre durch Lohnabhängigkeit und existenzielle Prekarität ausgelöste Beunruhigung heute nicht darlegen können.

Zudem muss von den öffentlichen Institutionen gefordert werden, dass sie sich für freie Kulturprojekte einsetzen; einerseits, indem die gesamte und mit öffentlichen Mitteln umgesetzte Produktion mit freien Lizenzen versehen wird. Diese ermöglichen einen uneingeschränkten Zugang zu Wissensformen und Artikulationen, die mit dem Geld aller entstehen. Das würde sowohl Universitäten wie auch Museen und andere öffentliche Kulturinstitutionen betreffen. Andererseits könnte bei jeder Externalisierung von Leistungen, beim Kauf von kulturellen Gütern, bei Ausschreibungen und Anboten die Vorgabe zur Verwendung freier Lizenzen einbezogen werden. Es wäre auch möglich, bei Auswahlverfahren jene Vorschläge bevorzugt zu behandeln, die mit dieser Art von Lizenz arbeiten. Wir können uns auch öffentliche Strukturen vorstellen, durch die bestimmte Kosten gesenkt würden, wie etwa öffentliche Arbeitsräume, die für freie Kulturprojekte geringere Mietkosten bedeuten, oder öffentliche Druckereien, die die Publikationskosten reduzieren würden.

Zweifellos müssen freie Kulturprojekte – neben dem Umstand, dass sie im gegenwärtigen Kampf um die Kontrolle von Wissen und Kultur die Praxis von freien Lizenzen weiter vorantreiben wollen – in der Lage sein, sich neue Lösungen auszudenken, damit sie im neuen digitalen Kontext bestehen können, ohne die Verbreitung von Inhalten zu verhindern. Dies ist eine Herausforderung für alle jene, die wie wir wollen, dass der Zugang zur Kultur nicht von Geld oder von der Herkunft abhängig ist. 🍄

Die Mitte der transversalen Texte

Programm eines Werdens, das nie zum Verlag werden will

„Die Mitte ist eben kein Mittelwert, sondern im Gegenteil der Ort, an dem die Dinge beschleunigt werden. *Zwischen* den Dingen bezeichnet keine lokalisierbare Beziehung, die vom einen zum anderen geht und umgekehrt, sondern eine Pendelbewegung, eine transversale Bewegung, die in die eine *und* die andere Richtung geht, ein Strom ohne Anfang oder Ende, der seine beiden Ufer unterspült und in der Mitte immer schneller fließt.“
(Gilles Deleuze, Félix Guattari)

„Die Herausforderung besteht darin, einen virtuosen Prozess zu eröffnen, in dem die Erkenntnisproduktion, die Produktion von Subjektivität und das Gewebe affektiv-sprachlicher Territorialitäten keine getrennten Momente sind, sondern vielmehr Teil einer einzigen Abfolge, die von einem durch und durch materiellen Begehren nach dem Gemeinsamen angetrieben wird, angesichts einer Situation, in der das Gemeinsame in Stücken liegt.“
(Precarias a la deriva)

„Bücher drucken, verbreiten, vertreiben. Nie zu einem Verlag werden“ (Tiqqun)

📖 Die Publikationsindustrie ist in einer fundamentalen Krise. In ihren letzten Stunden beginnt sie, um sich zu schlagen, und trifft mit ihren Schlägen nur sich selbst. Jedes Stück der potenziell verkäuflichen Ware wird vertraglich mit Copyrights belegt, filetiert und stückweise in Wert gesetzt. Die klassischen Formate der Wissensproduktion und -distribution geraten ins Trudeln, und mit ihnen auch die traditionellen Rituale der Kompetenzbewertung. Die radikale Infragestellung der Autor_innenschaft, massive Angriffe auf die Standards zur Vermessung des Wissens, ausufernde Diskussionen um Plagiarismus verunsichern das Management. So sehr die akademischen Apparate und Kulturindustrien um Anpassungen ringen: mit den neuen medialen Bedingungen bleiben die traditionellen Formen der Wissensproduktion ebenso inkompatibel wie mit zukünftigen emanzipatorischen Verkettungen des Schreibens, Übersetzens und öffentlichen Verhandeln von Publikationen. Und das, was an Ausschlussmechanismen hegemonial geworden ist – Peer Reviews, Impact Factors, Rankings, rigide Copyright-Regime – bringt einen zunehmenden Druck der Domestizierung von Stilen, Formen und Formaten, der Inwertsetzung und Selbstinwertsetzung – und damit die Auslöschung der Erfindungskraft.

Die Effekte dieser selbstzerstörerischen Krise der Publikationsindustrie lassen zugleich Fragen nach neuen Formen der Zugänglichkeit, der dezentralen Kollektivität, der Entwicklung alternativer Veröffentlichungsformate aufkommen. Die *Mitte* gewinnt hier eine ganz andere Bedeutung als jene der Sphäre des Übergangs zwischen Produktion und Rezeption, wie sie sich über Jahrhunderte hindurch

in der klassischen Form des Verlags manifestierte. Sie wird zum Ort, an dem die Dinge nicht nur entstehen, sondern an dem sie Geschwindigkeit aufnehmen: die Mitte als Strom, in dem die Mannigfaltigkeiten schreiben, gegen/lesen, übersetzen, vervielfältigen, verbreiten. Wir erleben einen Paradigmenwechsel von der linear-vertikalen Vermittlung zur Transversalität. Die gerade Linie von der Produktion zur Rezeption entspricht nicht mehr den heutigen Möglichkeiten von Wissens-, Text- und Kunstproduktion. Transversale Produktion beruht auf Formen des Austausches, die quer zur Hierarchie von Wissenspyramiden stehen. Dieser Paradigmenwechsel ist allerdings keineswegs eindeutig. Ob die Chancen der gegenwärtigen Transformation in Richtung einer emanzipatorischen Wende ausgebaut werden oder als Partizipationsimperativ eher die Totalisierung der Inwertsetzung von nun unübersehbar kooperativ gewordener Wissensproduktion mit sich bringen, bleibt offen. Vor diesem ambivalenten Hintergrund gewinnt die Mitte jedenfalls andere und zahlreichere Bedeutungen als die alte „Mitte“ der „Vermittlung“.

1. Die Mitte entsteht im Zwischen der Sprachen. Multilingualität und Heterolingualität prägen die aktuellen Formen der Auseinandersetzung und des Austausches in der Wissensproduktion, und zwar weit über die duale Logik eines Originaltextes und seiner Übersetzung in die hegemoniale(n) Sprache(n). Für die Vielheit minoritärer Sprachen sind Praxen der Übersetzung die alltäglichen, oft viel zu wenig sichtbaren Begleiterscheinungen von Publikation und Diskussion in virtuellen und realen Räumen. Unsere eigene Praxis in der Mitte der Heterolingualität baut auf den Erfahrungen des eicpc-Webjournals *transversal* auf. Das multilinguale Webjournal ist unsere Basis für eine erweiterte Praxis der vernetzten Übersetzung in mehrere Richtungen, der Arbeit zwischen den Sprachen sowie der synchronen, mehrsprachigen Veröffentlichung.

2. Verbunden mit dieser Praxis der Vielsprachigkeit und Übersetzung ist die Mitte der Translokalität. Gerade in der Mehrfach-Krise, die sich seit sechs Jahren auch über Europa ausbreitet, ist es notwendig, Lokalismen zu überwinden und gegen die grassierende Renationalisierung anzukämpfen. Andererseits ist der globalen Glättung von Raum und Zeit eine Praxis der translokalen Kerbungen entgegenzuhalten, die nicht einfach rückwärtsgewandt die lokale Wissensinstitution beschwört, sondern aus einer Vielzahl an lokalen Produktionsknoten entsteht und diese bewegt. Die Arbeit zwischen den Sprachen macht nur Sinn, wenn sie in mehrere Richtungen gedacht wird, nicht als Verlag in einem begrenzten Sprachraum, nicht als Einbahn und in reinem Bezug auf einen bestimmten geografischen Raum, sondern als translokale Kooperation des Schreibens und Sichverteilens. Von ihr aus entstehen die abstrakten Maschinen, die der In-

wertsetzung zu entgehen suchen, die die Nationalsprachen und Kontinente durchqueren, die sich der Lokalität weder unterwerfen noch überordnen.

3. Die Transformationen der Wissensproduktion tendieren zur Verschiebung und Auflösung der Trennung von Schreiben, Verlegen, Rezipieren. Diese Mitte der Produktion impliziert allerdings nicht einfach neue Versionen von Autorenverlagen oder simple Vorstellungen von schnell verwertbarer Interaktivität. Es geht hier um radikale Veränderungen des Produktionsapparates, die den neuen Produktionsweisen in der Kooperation entsprechen. Das betrifft vor allem die Verschiebung der Positionen auf dem früher als linear verstandenen Kontinuum von Produktion zur Rezeption. Diese Verschiebung bedeutet weder die völlige Auflösung der Funktionen von Produktion, Verlag, Rezeption, noch die Übernahme all dieser Funktionen durch eine Figur, die alles umfasst. Dem vielbeschworenen „Tod des Autors“ entspricht viel eher ein Mannigfaltig-Werden von Autor_innen- und Produzent_innen-Positionen. Das betrifft das Schreiben ebenso wie das Teilen, Verhandeln, Gegen/Lesen, Übersetzen, Diskutieren, Abwägen, Weiterschreiben, kollektive Prozessieren, Präsentieren und Verbreiten von entstehenden wie fertigen Texten. Für diese Mannigfaltigkeit braucht es kein anonymes System von Autoritäten (wie etwa jenes gescheiterte der Peer Reviews), das zwanghaft die Gesetze der In- und Exklusion behütet, sondern eine dichte Verwebung von Singularitäten, deren Wunschproduktion die Texte mit sich fortreißt.

4. Derselbe Vorgang kann aus anderer Perspektive als ebenso reißende Mitte der Publikation gefasst werden. E- und Print-Publishing etwa erscheinen hier nicht als getrennte oder konkurrierende Möglichkeiten, sondern als kombinierter Prozess. Komplementäre Formate der Veröffentlichung umfassen neben den nur scheinbar konkurrierenden traditionellen Büchern und gedruckten Zeitschriften auf der einen, e-Books und -journals auf der anderen Seite, auch eine Palette von kleineren Formen im Web, von kommentierenden oder flankierenden Blogs bis zu alternativen Formen der Social-Media-Kommunikation. Die Mitte der Publikation bedeutet insofern eine Bewegung von der Distribution und Kommunikation getrennt produzierter Medien hin zu vernetzten Unternehmungen auf unterschiedlichen Skalierungsniveaus.

5. Diese ausdifferenzierten Formate der Veröffentlichung schaffen zugleich auch eine neue Mitte der Präsentation. Die neuen Vertriebswege im Netz neigen dazu, Vorstellungen einer getrennten Realität zwischen alten Buchläden und neuen Web-Shops zu begünstigen. Insofern es nicht abzusehen ist, ob die zukünftigen Lesegewohnheiten das klassische Buch weiter zurückdrängen oder gar obsolet machen (sowohl als Medium als

auch in seiner tendenziell linearen Struktur), besteht keine Gewichtung zwischen gedrucktem und elektronischem Buch. Doch für eine Situierung in realen Räumen besteht auch in Zeiten der zunehmenden Virtualisierung Notwendigkeit. Die Öffentlichkeiten, die im Web und im realen Raum generiert werden, stehen nicht unbedingt in Konkurrenz oder einem hierarchischen Verhältnis mit-/untereinander. Situiertes Wissen braucht Situationen und konkrete Sites jenseits des Web, reale Räume, in denen dichte Diskussionen und Austausch entstehen. Die Präsentation im spezialisierten Buchladen, im Kunstfeld oder im universitären Kontext steht allerdings in engem Zusammenhang mit der Web-Performance und webbasierten Präsentationsformen.

6. Mit Praxen wie Open Access und Creative Commons entfaltet sich in den letzten Jahrzehnten auch eine neue Mitte in Bezug auf (urheber)rechtliche Fragen. Auch hier zeigt sich die Situation grundlegend ambivalent. Einerseits eröffnen sich technologische Möglichkeiten des Teilens, Formen des offenen Zugangs, neue Praxen der Rekomposition, andererseits verstärkt sich der Verwertungsdruck der Publikationsindustrie. Hier geht es darum, die Kämpfe gegen restriktive und autoritäre Copyright-Regime voranzutreiben, die uns zunehmend zu enteignen drohen: In schlimmeren Fällen werden die Autor_innen zur Zahlung für die Verwendung eigener Werke verurteilt oder in rechtliche Prozesse darüber verwickelt, die Nutzer_innen werden kriminalisiert, das Bearbeiten, Verfremden und Remixen soll möglichst unterbunden werden. Die Befreiung der Texte vom Copyright muss einhergehen mit neuen Formen der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Wenn Urheber_innenschaft immer schon auf einer kollektiven Basis steht, seien es die Schultern von Riesen oder die Vielheit postfordistischer Kooperation, müssen zugleich für diese kollektive Basis auch rechtliche und ökonomische Grundlagen geschaffen werden, als vielfältige existenzielle Basis für die Vielen.

Unsere Praxis der Commons, des Anti-Copyright, des Copyleft soll modellhaft technische und organisatorische Lösungen entwickeln und zum Kopieren, zur Adaption, zur viralen Verbreitung bereitstellen. *transversal texts* ist Textmaschine und abstrakte Maschine zugleich, Territorium und Strom der Veröffentlichung, Produktionsort und Plattform – die Mitte eines Werdens, das niemals zum Verlag werden will. 🖤

Pfusch is loud. Fuš ist irgendwie.

Aus dem Englischen
von Niki Kubaczek

Text bearbeitet
von Ivana Marjanović

✚ **Ivana Marjanović:** Das ist ja unsere erste gemeinsame Reflexion über Pfusch, vielleicht könnten wir also den Text gleich als *Werkzeug des fortlaufenden Denkens und Forschens* verwenden, darüber reden, was fuš ist, bzw. was es sein könnte und was wir wollen, dass es wird.

Anna Knapp: Pfusch arbeitet mit den minimal möglichen Ressourcen; nicht in erster Linie, weil das Teil des Konzepts ist, sondern weil das die vorgefundenen Bedingungen sind; nichtsdestotrotz mit dem Ziel ein gutes oder sogar sehr gutes Resultat zu erhalten. Aber es bedeutet auch: nicht auf einen unbestimmten Moment der perfekten Bedingungen zu warten, sondern in der gegebenen und verfügbaren Realität zu handeln, auch wenn das heißt, sich mit dem Manko des Defizites auseinanderzusetzen. Pfusch ist ... es trotzdem tun.

B/au/stelle//

Bau, au!, stelle, Sau, lese, blau, stell, Bus, Stau, belle, Elle, Stulle, Bulle, baut, Stall, All, Ball, alle, Tau, Laub, Lust; Was verdient ein_e Bauarbeiter_in? Was verdient ein_e Künstler_in?

Barbi Marković: Ich habe eine wahre Geschichte aus dem Hamsterrad zu erzählen. Alles in mir wehrt sich gegen Pfusch und ich möchte nicht unter „Pfusch“ gezählt werden. Ich möchte keine nachlässigen Pfusch-Produkte in die Welt setzen und ich will nicht unter Arbeitsbedingungen leiden müssen, die durch Pfuscherei hergestellt werden. Pfusch ist ein schreckliches, negatives Wort, das jedes Mal mit dem abschätzigen Pff anfängt. Von mir (Mrs. Propper) soll nur gute Qualität kommen, ich will ein sorgfältig optimiertes, ordentliches Fünf-Sterne-Leben führen. ***** – Und da liegt schon der Haken. Wenn man ihn der sauberen uniformen Effizienz gegenüberstellt, die keine Regelverstöße duldet, steht Pfusch plötzlich wieder gut da, als das kreativere, witzigere und freiere Prinzip. Weil Pfusch in all seiner radioaktiven Klebrigkeit doch dem Menschen näher ist als dem System.



* **pfusch** *Interj.* vulg. 'zumichte', *pfutsch Adj.* *halt.* Offensichtlich eine Lautgebilde wie in *witsch* u.ä. Also zuerst 'weg', dann 'zumichte'. Zu beachten ist die lautliche Nähe von *fre, faust* 'futsch' (Partizip von *faute*, vermutlich in der ursprünglichen Bedeutung 'beschlafen').

pfuschen *zu V. stil.* 'schlecht arbeiten' (< 16. Jh.). Am ehesten zu der lautmalenden Interjektion (*pfutsch* 'kaputt' (s. unter *futsch*), die etwa das Abbrechen einer Rakete oder das Zerreißen von schlechtem Stoff wiedergibt. Präfigierung: *verpfusch*-schon. Nomen agentis: *Pfüscher*, Abstraktum: *Pfuscherei*.

C. Walther: *ZDW* 8 (1906), 194–199; Böhrich 2 (1992), 117f.

Kluge, Friedrich:
Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache / Kluge.
Bearb. von Elmar Seebold. – 23., erw. Aufl. (Jubiläums-Sonderausg.) – Berlin / New York: de Gruyter, 1999
ISBN 3-11-016392-6

einigen eine konstruierte Angst existiert, davor, zu verschwinden, und das wegen anderen – also davor, dass einige *Futsch* sind. Weil das Wort *Pfusch* wahrscheinlich von *Futsch* kommt, beinhaltet es die Idee, dass etwas kaputt und nicht mehr vorhanden ist. Insofern *Futsch* dir passiert, passiert *Pfusch* wegen jemand anderem. Das kann eine Bedrohung, oder eben eine Möglichkeit darstellen. Auch mit *Futsch* oder *Pfusch* passiert etwas, das irgendwie „gegen die Regeln“ verstößt oder nicht in der Art und Weise passiert, wie wir es wollen (im Falle, dass etwas kaputt geht). Gleichzeitig kann es auch Glück bedeuten, wenn etwas kaputt geht. Ein Sprung in der Schüssel kann sie hübscher machen. Ich möchte diese Idee bei Gender anwenden. Das *Pfusch-Gender* ist jenes Gender, bei dem das „normale“ Gender *Futsch* ist. Ich habe versucht diese Idee mit einem Comic zu erklären – vielleicht kann das etwas beim Verstehen helfen.

Ivana: Das heisst, dein Vorschlag ist es also, Gender, welches als „Nicht-Standard“ gesehen wird, anzuerkennen (wobei Standard problematisch ist, weil er der Effekt des Normativen ist, das heißt, Standards sind das Produkt von Normen)?

Nino: Ich verbinde *Futsch* mit *Pfusch-Gender* und Gender Baustelle. Ich verweise also auf Hermaphroditismus, welcher in Verbindung zu Transsexualität steht. Der Körper des/der Hermaphroditen hat unterschiedliche Gender, es geht dabei nicht um ein Geschlecht und Transsexuelles birgt in sich die ganzen hermaphroditischen Ideen. Sobald du etwas an deinem Körper änderst, dann wirst du eigentlich Hermaphrodit. Sogar wenn du als perfekt durchgehst, wenn Menschen denken, du seist ein perfekter Mann oder eine perfekte Frau, weißt du, dass dein Körper eine Synthese aus deinem ursprünglichen Körper und dem, was du hinzugefügt hast, ist. Das ist für mich das Verhältnis von Baustelle und dem Verschwinden (*futsch*) von Gender.

Ivana: Du hast gesagt der Begriff *Pfusch* kommt aus dem 16. Jahrhundert?

Nino: Ja, von vor dem 16. Jahrhundert, darauf verweise ich auch am Ende meines Kartoons mit einem Zitat aus Friedrich Kluges *Etymologischem Wörterbuch der deutschen Sprache*¹.

Ivana: Heute hab ich eine alte Wienerin zu *Pfusch* interviewt. Ich hab ihr erzählt, dass dieses Projekt als Reaktion auf die rassistische Verwendung von *Pfusch* im Kontext der negativen Bewertung der Arbeit von polnischen/migrantischen Arbeiter_innen („Polnische = *Pfusch* Baustelle“²) entstanden ist und als Vorschlag, dieses Wort zu erforschen und zu rekonzeptualisieren. Ich habe ihr erzählt, dass im Serbischen das Wort für schlecht gemachte Arbeit oder ein Produkt, eine schlechte Kopie eines Originals, für fehlende Qualität steht. Wir haben dann auch die

¹ Friedrich Kluge, *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, Berlin/New York: de Gruyter, 1999.

² Das Konzept der *Pfusch* Baustelle beginnt mit der folgenden Geschichte: Vor einiger Zeit verursachte ein Gespräch zwischen zwei perfekt Deutsch Sprechenden darüber, wie eine zu vermietende Wohnung zu renovieren sei, eine Diskussion mit einer Passantin: „Polnische Baustelle!“ „Entschuldigung Sie, was bedeutet Polnische Baustelle?“, fragte die Passantin genervt. „Es bedeutet *Pfusch*“. Siehe: pfuschbaustelleproject.wordpress.com/home/

Bedeutung im Deutschen diskutiert, wo es achtlos oder schlampig ausgeführte Arbeit bzw. illegalisierte Arbeit und informelle Arbeit (auch um Steuerzahlungen und Anmeldung zu umgehen) meint. Sie sagte, dass die Reise dieses Wortes durch die unterschiedlichen Sprachen wahrscheinlich mit der Gastarbeit in Österreich oder mit der „Kaiserzeit“ zu tun hat. Sie bezog sich also auf die Zeit des österreichischen Imperialismus, in dem Teile Ex-Jugoslawiens Teil des österreichisch-ungarischen imperialen Territoriums waren; eine Zeit die in Wien voller Stolz repräsentiert wird, sichtbar ist im öffentlichen Raum, z. B. durch die folgenden touristischen Labels, die alle ohne Zögern öffentlich beworben werden: *Café Imperial*, *Hotel Imperial*, *Imperial Torte* und so weiter.

Nataša: Um auf Ninos Vorschlag zurückzukommen, konstruieren wir doch eine Geschichte: *Pfusch* ist ein deutsches Wort, das aus der *Keiserzeit*, also aus der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Invasion und des Raubes an großen Teilen Süd-Ost-Europas stammt. Die ursprüngliche Bedeutung kommt vom Wort *Puč* (das Geräusch, wenn etwas bricht) und bezieht sich auf legendäre mündlich Überlieferungen in Bosnien über antiimperialistische Rebell_innen der *Keiserzeit*. Am bekanntesten ist eine von bosnischen Hermaphroditen, die am tapfersten von allen waren und das Imperium zum Zerschlagen brachten mit einem großen *futsch!*

Ivana: Das finde ich super!

Nataša: Was ich interessant finde, ist, wie, wenn wir Pusch analysieren, Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien oder besser gesagt zwischen dem Westen und Osten sichtbar wird. Es ist spannend zu schauen, wie in welchem historischen Moment, und warum das Wort Pusch migriert, sich bewegt, Orte durchläuft, von einem Land zu einem anderen, die Grenzen kreuzend, die immer die vorherrschende Weltordnung und Macht symbolisierten, egal in welcher Zeit der menschlichen Geschichte.

Im Kampf gegen Chaos kannst du nur verlieren.

Ivana: Wir könnten also sagen, dass Pusch ein sehr ambivalentes Phänomen ist. Er zeigt unterschiedliche Geschichten: von Eroberung, von Rebellion, Regulierung, Deregulierung, Einordnung, Ausbruch und Dingen, die im Dazwischen dieser Prozesse passieren.

Nataša: Ich habe Pusch gegoogelt, ich habe *Fuš* mit š geschrieben, weil ich gespannt war, was dieses Wort alles in unserer Sprache heißt. Ich dachte, es käme ohnehin aus dem Deutschen. Tatsächlich aber habe ich es in der Klatschpresse mehrfach in Zusammenhang mit illegaler Arbeit gefunden. Aber ich weiß nicht, wie sehr wir diesen Zei-

tungen vertrauen können. Wie auch immer war das sehr interessant zu sehen, weil ich diese Verwendung des Wortes nicht kannte.

Anna: Eben, wir machen nämlich sowieso unsere eigenen Definitionen.

Nataša: In kroatischen Zeitungen z. B. wird Fuš als etwas negatives gesehen, da es illegal ist, denn nach dem Gesetz muss alle Arbeit innerhalb des Systems geleistet werden, in diesem Sinne muss freie Arbeit verboten und bestraft werden. Wie die *Večerni list* in einer Überschrift schreibt: „Strafen von bis zu 50.000 Kuna (6.500 Euro) für Fuš, kostenlose Nachbarschaftshilfe nur innerhalb 500 Metern Umkreis möglich. Regierung regt bei Parlament einen Gesetzesentwurf an, um unregistrierte Arbeit zu verbieten und ihr vorzubeugen“³. Du kannst also deinen Nachbar_innen nur helfen, wenn sie nicht mehr als 500 Meter weit weg wohnen! Hier wird die Auswirkung des global expandierten Kapitalismus offensichtlich. fuš ist nicht möglich! Ich muss sagen, ich hoffe, dass die Leute weiter fußen, einander helfen, ihren Nachbar_innen; egal, wie viele Meter sie von einander entfernt sind. Was für eine befremdliche Absurdität!

3 vecernji.hr/hrvatska/za-fus-kazna-i-50000-kn-besplatna-pomoc-susjedusamo-unutar-500m-266141

No straight lines.

Anna: Pfusch ist illegal; es ist intuitiv, es ist eine Überlebensstrategie.

Nataša: Einen anderen sehr interessanten Input habe ich auch in der *Vukajlija* gefunden, einem Online-Umgangssprache-Wörterbuch, das eine Parodie ist auf ein älteres Fremdwörter-Lexikon, das *Vujaklija*⁴ (sehr bekannt in Ex-Jugoslawien). Dort habe ich den folgenden Eintrag gefunden: *Fuš Fetiš*⁵ (Pfusch Fetisch). Er wird erklärt als der Fetiš für Fuš, wobei Fuš hier für Menschen steht, die nicht auf ihr Äußeres achten. Es gibt also die, die auf Fuš Fetišismus stehen. Aber ich muss auch sagen, was ich gelesen habe, war sehr sexistisch.

4 Milan Vujaklija, *Leksikon stranih reči i izraza* [Fremdwörterlexikon]. Prosveta, Beograd, 1980 [1937].
5 vukajlija.com/fus-fetis

Aleksandra Aleksić: Warum sexistisch?

Nataša: Weil, so wie es dort stand, sind es hauptsächlich Männer, die Fuš Fetišisten gegenüber Frauen sind, die sich vernachlässigen, kein Makeup verwenden, Frauen, die „nicht sauber“ sind etc. Aber später habe ich gesehen, dass es dazu viele Foren gibt, also wurde das vielleicht nur in der *Vukajlija* so dargestellt. Wie auch immer, es eröffnet Möglichkeiten der Aneignung. Es kann ein Anfang sein darüber nachzudenken, was Fuš für uns ist und warum wir Fuš Fetišist_innen sind, wenn wir welche sind. Es kann eine Idee davon geben, dass das Wort Fuš unterschiedlichste Bedeutungen haben kann.

Ivana: Ich glaub wir sind Fuš Fetišist_innen.

No standard practices.

Nataša: Ja, irgendwie stehen wir dazu in Verbindung; irgendeine Art Anziehung zu Fuß existiert offensichtlich. Ich finde es interessant, dass schon unterschiedliche Verwendungen dieses Wortes existieren ebenso wie Möglichkeiten der Resignifikation. Je genauer wir da hinschauen, und je mehr wir darüber nachdenken, desto mehr finden wir heraus.

Ivana: Ich habe auch gedacht, dass Pfusuch, im Kontext informeller Arbeit auch mit Vertrauen der Menschen untereinander zu tun hat, ohne auf einen bestimmtem Rahmen zu vertrauen, der uns vom Staat oder von der kapitalistischen Gesellschaft in Form der kapitalistischen Ideologie der Sicherheit angeboten wird.

Aleksandra: Aber wenn du wen beauftragst, Pfusuch Arbeit zu machen? Das machst du, wenn du kein Geld hast, wenn du dazu gezwungen bist.

Nino: Aber, ich glaube, Pfusuch ist auch Teil des Staates. Er wird immer gebraucht. Offiziell müssen Staatsrepräsentant_innen natürlich sagen, dass sie ihn nicht wollen, den Pfusuch, aber er ist sehr wichtig, weil sonst ein großer Teil der Arbeit nicht getan werden würde. Pfusuch ist also auch wichtig für die Wirtschaft.

The pfuscher never looks backward.

Aleksandra: Ich denke, dass einer der größten Vorteile von Pfusuch Arbeit in der Widerständigkeit gegenüber der staatlichen Wirtschaft liegt. Weil, wenn du Pfusuch machst, dann machst du etwas gegen den Staat, der uns das Geld an jedem Eck wegnimmt. Du zahlst zehnmal Steuern für ein und dasselbe Produkt. Aber natürlich ist es etwas anderes in die Illegalität gezwungen zu werden, wenn ein Mensch illegalisiert ist. Du brauchst die, aber die machen Pfusuch (Vielleicht hast du sie nicht entsprechend bezahlt?). Ich glaube ja eigentlich, dass das mit einem ambivalenten Verhältnis zu Arbeit, zur Ausbeutung der Menschen zu tun hat: „Wir brauchen sie, aber wir wollen sie nicht, weil sie nicht zu unseren Standards passen, in unsere Kultur, sie ruinieren sie.“ Aber ich würde sagen, dass für mich Pfusuch Widerstand gegen die Norm und die Perfektion ist und damit gegen Expert_innentum, die Regel also, die besagt, dass jede_r ausgebildet sein und einen Titel haben muss für eine bestimmte Arbeit. Er ist eine Überlebensstrategie, die etwas positives für die Leute ist, die sie einsetzen. Er ist Widerstand gegen Gesetze; du fragst nicht danach, ob du die Erlaubnis zum arbeiten hast, du arbeitest einfach. Und er ist Ungehorsam gegen finanzielle Strukturen und Gesetze, die ganz und gar nicht zweckmäßig sind. Er ist eigentlich Widerstand gegen

alles, was verboten ist, in jedem Feld, in dem eine soziale, ökonomische, juristische Norm vorliegt. Und schließlich gibt es auch ein Moment, wo es Spaß macht, nicht geformt zu sein von rigorosen Grenzen.

Zeynep Sarikartal: Aber manchmal kann nicht einfach romantisiert werden: Was zum Beispiel in den letzten Wochen in Soma passiert ist (der landesweit schlimmste Industrieunfall aller Zeiten, bei dem mehr als 300 Bergleute nach einer Explosion in der Mine gestorben sind) ist ein drastisches Beispiel für eine massive Pfusch Situation. Der Bergbau dort ist kompletter Pfusch.

Armut und Pfusch-Traumata.

Zeynep: Anders betrachtet: Pfusch ist wie eine klebrige Sauce, in der von allem etwas drinnen ist. Am meisten fühle ich es in Istanbul; in Wien scheint es, als wäre die Sauce nur in bestimmten Bereichen der Gesellschaft bzw. bestimmten Orten der Stadt, insofern die Grenzen leicht erkennbar sind zwischen den Klassen und deren Territorien in der Stadt. Wenn ich an New York oder Istanbul denke, wo du mehr Mannigfaltigkeit in der Stadt siehst – ich meine das bezüglich sozialer Klassen als auch ethnischer Mannigfaltigkeit – dann sehe ich so etwas wie eine heterogene Masse, die sich mit der selben Sauce vermischt; und diese Sauce ist der gemeinsame oder elementarste Grund der Gesellschaft, der sie am Leben erhält. Oder es ist nur eine Frage von Zahlen, weil Wien ja auch voll von Mannigfaltigkeit ist, und trotzdem ist die Sauce irgendwie unsichtbar, vielleicht musst du ja in einer Masse sein, um sie zu sehen.

Ivana: Ich muss zugeben, Wien ist manchmal unaushaltbar, du kannst nicht atmen vor lauter unterschiedlicher Regeln und Verbote. Sitz nicht auf dieser Wiese; sitz nicht auf jener Wiese; die Leute rufen die Polizei wegen der kleinsten „Probleme“. Deswegen interessiert es mich, Wien zu pfuschen.

Oh lord ... pfusch blues in suburbia.

Zeynep: Da gibt es noch ein anderes schönes Beispiel, das Musikgenre *Arabesk*, das in den 1990ern in der Türkei entstand, als neues populäres Genre. Es tauchte ziemlich plötzlich nach dem Beginn des Bürgerkriegs in der Ost-Türkei auf, der hauptsächlich zwischen dem Staat und den Kurd_innen und den Streitkräften beider Seiten ausgetragen wurde. Als Resultat migrierten Menschen vom Osten in die großen Städte wie Istanbul, wo sie wussten, dass sie Jobs als Arbeiter_innen finden würden. So wie die Arbeiter_innen, die in der 1970ern nach Deutschland gegangen sind. Aber als sie ankamen, sah es anders

aus, weil manche von ihnen (z.B. Ibrahim Tatlıses) berühmte *Arabesk* Stars wurden; in den Städten, in die sie ursprünglich als Arbeiter_innen kamen. Das hat total geboomt und plötzlich hatten wir eine neue Art populärer Musik, die überall hinreichte. Die Verbindung zum Widerstand ist nicht klar, weil sie ausgestoßen wurden von den „höheren“, „modernerer“ oder „nationalen“ Klassen der Gesellschaft, aber auf der anderen Seite war es deren größter Traum ein Star zu sein und „wie sie“ zu leben. Aber das hat die Gesellschaft beeinflusst. Es wurde als etwas „Pfusches“ gesehen, aber es war sehr wahrscheinlich eine der interessantesten Konsequenzen dieser massiven Pfusch-Situation. Darüber hinaus muss ich sagen, dass ich großen Respekt für viele der *Arabesk* Musiker_innen habe, für jene, die eine Fülle an ernsthafter und professioneller Musik geschaffen haben, wie etwa Orhan Gencebay, Müslüm Gürses oder Mine Koşan, Gülden Karaböcek ...

Ivana: Ich habe zu *Fuś* auch im *Vujaklija* nachgesehen, dem serbo-kroatischen Fremwörterlexikon, von dem auch schon kurz Nataša erzählt hat⁶: *Fuś* ist scheinbar ein deutsches Wort, das die gleiche Bedeutung wie im Deutschen hat plus jener der informellen Arbeit (arbeiten ohne Vertrag). Ich glaube, diese Bedeutung ist nicht mehr so präsent. Aber eines ist interessant: Ich habe gelesen, dass es auch die Figur des *Fuśer* (Pfuscher_in) gibt, welche neben diesen negativen Bedeutungen auch für „majstor_ka kvariša“ steht, was im Deutschen in einer direkten Übersetzung sowas wie Handwerker, der Dinge zerstört, sie am funktionieren hindert, wäre – wörtlich: „Meister_in Kaputtmacher_in“. Da sehe ich ein Potenzial für uns, wenn wir Pfusch Subjekte als jene denken, die auf Mikroebene Brüche im hegemonialen System verursachen, es daran hindern, perfekt zu arbeiten, daran, Subjekte ohne Problem anzurufen. In diesem Sinne hat er eine bestimmte Kraft. Um mit einer der Zeilen des Konzepts zu enden, mit denen ich versucht habe, Pfusch und Subjektivität ins Verhältnis zu setzen, es also darum geht, sich Fuś-Subjekte vorzustellen: Wer könnten also diese fuś Subjekte sein? Wir würden sagen, es könnten die sein, die daran scheitern eine „perfekt gemachte Arbeit“ der Ideologie zu performen; jene, die daran scheitern die Produktionsverhältnisse, also die Verhältnisse der Ausbeutung, zu reproduzieren; jene, die daran scheitern die Imperative von Nation, race, Gender, Klasse gänzlich zu inkorporieren und sich viel eher mit diesen disidentifizieren.

Wenn es nicht weiter geht, geht es vielleicht doch weiter. 🍷

6 Milan Vujaklija, *ebda*.

🌀 **Pfusch Baustelle** ist ein Performanz-Projekt, das im Verhältnis zu unseren eigenen (individuellen und kollektiven) *Fuś* Geschichten und Erfahrungen steht. Es begann im April 2014 mit einem offenen Call (wirklich offen) nach Teilnehmer_innen. Ohne Vorsprechen oder Auswahl nehmen alle interessierten Personen seit dem an dem Projekt teil. Das Projekt wurde von Nataša Mackuljak and Ivana Marjanović im Rahmen ihrer *kültür gemma* und *diverCitylab* Stipendendien initiiert. Projektteilnehmer_innen: Aleksandra Aleksić, Vinko Nino Jaeger, Georg Junger, Anna Knapp, Barbi Marković, Zeynep Sankartal, Claudia Tomasetti and Amina Hassan Wiedeschitz. Mehr zu Konzept, Teilnehmer_innen und Unterstützer_innen-netzwerk auf: pfuschbaustelleproject.wordpress.com/.

Totes Recht als neuer Schnüffelparagraf?

Wiener Polizei macht gegen AntifaschistInnen mobil

Die Kriminalisierung sozialer Proteste ist integraler Bestandteil des bürgerlichen Rechtsstaats – auch in Österreich. Aktuell sind in Wien vor allem AntifaschistInnen betroffen, beginnend mit den NoWKR-Demos und -Blockaden gegen den rechten „Akademikerball“ (früher WKR-Ball) im Januar 2014 – zu einem Zeitpunkt, als Refugee-AktivistInnen aus Votivkirche/Servitenkloster noch wegen Schlepperei-Vorwürfen in Untersuchungshaft saßen (auch sie brauchen nach wie vor Unterstützung) und als noch nicht klar war, dass auch die Neuauflage des so genannten Tierrechts-Prozesses mit Freisprüchen enden würde. Die aktuelle Kriminialisierungswelle findet ihren eindeutigsten Ausdruck in der monatelangen U-Haft für Josef S. aus Jena. Dem seit 24. Januar inhaftierten AktivistIn wird neben der Beteiligung an Einzeldelikten vorgeworfen, Dirigent der Ausschreitungen im Rahmen der NoWKR-Demos, „Rädelsführer des Landfriedensbruchs“ gewesen zu sein. Laut jüngster Verschärfung der Anklage drohen bis zu fünf Jahren Haft.

Landfriedensbruch ist nicht nur dem Wording nach ein historisches Relikt im Strafgesetzbuch (StGb). Es gab auch tatsächlich – AktivistInnen in den Rechtshilfegruppen haben dies recherchiert – bis vor kurzem keinerlei Anklagen nach diesem Paragraphen. Im Grunde begehen das Delikt alle, die sich auf einer Demonstration aufhalten, die in Verdacht steht schwere Sachbeschädigung oder Körperverletzung oder schlimmeres zum Ziel zu haben. „Schwer“ ist allerdings relativ, weil es gesetzlich so ist, dass jedwede Sachbeschädigung an Polizeieigentum oder Verletzung von PolizistInnen automatisch als schweres Delikt im Sinne des StGb gilt. Eigentlich also klare Notstandsgesetzgebung, die sich gegen eine Gesamtheit richtet und in der es nicht mehr darum geht, Einzelnen begangene Delikte nachzuweisen. Nicht zu vergessen sind in dem Zusammenhang die vielen hundert Verwaltungsstrafen, die seitens der Polizei fast schon wie Beiträge zur Teilnahme am Demonstrieren verteilt werden.

Ebenso zentral ist aber der zweite Effekt solcher Paragraphen: Wenn es zur Strafverfolgung einer Person ausreichend ist, dass die Person anwesend war, sind der polizeilichen Ermittlung Tür und Tor geöffnet. Schließlich geht es dann zunächst darum, zu ermitteln, wer da war, wer wo einer Identitätskontrolle unterzogen wurde, wer mit wem telefoniert hat usw. Die so generierten Informationen sind für die Polizei interessant und lassen sich auch retrospektiv einsetzen: So wurde am Rande der Demo gegen den Burschenschaftler-Aufmarsch am 4. Juni in

Wien eine Person (vorübergehend) aufgrund des Vorwurfs inhaftiert, am 24. Januar eine Straftat begangen zu haben. Am 6. Juni erwischte es am Rande der Solikundgebung zum Prozessauftakt gegen Josef S. mit Matthias Cremer einen Fotojournalisten des *Standard*, der immerhin 15 Minuten Anhaltung wegen desselben Vorwurfs über sich ergehen lassen musste. Noch steht zudem die Drohung im Raum, dass gegen insgesamt 500 weitere „unbekannte“ AktivistInnen wegen Landfriedensbruchs ermittelt wird. Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung sind es nur noch neun, was immer noch zehn zuviel wären.

Doch zurück zu Josef S.: Nach „Erkenntnissen“ des bisherigen Prozessverlaufs haben ihn zwei ZivilpolizistInnen bereits am Demostartpunkt als „Rädelsführer“ ausgemacht („auserkoren“ wäre ein anderes Wort). Vorgeworfen werden ihm darüber hinaus Ausschreitungen am Stephansplatz (Mülleimer werfen), Beteiligung und Anstoß zum Angriff auf die Glasscheibe der Polizeistation Am Hof sowie auf ein Polizeiauto eben dort. Fast schon müßig zu sagen, dass es keinen Sachbeweis gibt, der hält, und keine Video- bzw. Audioaufzeichnung, die den Angeklagten konkret belasten würde. Festgenommen wurde er später hinter dem Burgtheater. Zu dem Zeitpunkt war einer der ihn observierenden ZivilpolizistInnen selbst schon vorübergehend in Gewahrsam genommen worden.

Die Rechten feixen einstweilen. Einer der Höhepunkte der rechten Inszenierung: Nach der Identitären-Demo machen sie ein Gruppenfoto mit dem bei der Gegendemo von der Polizei beschlagnahmten Transparent. Wie letzteres den Weg zu ihnen gefunden hat, ist bis heute ungeklärt. Die Polizei ermittelt intern.

What to do? Es gilt, Nazi-Demos auch weiterhin in den Weg zu treten sowie Basics des Aktivismus zu verinnerlichen und anzuwenden: keine Aussage vor der Polizei, grundsätzlich solidarisch bleiben, usw. Wichtig wird auch bleiben, den polizeilichen Umgang mit DemonstrantInnen öffentlich zu kritisieren. Problematisch bleibt, dass es viele gibt, die mangels Papieren nicht dabei sein können; dass es sich viele (auch körperlich) nicht leisten können, auf Demos zu gehen, die potenziell niedergeknüppelt werden, oder schlicht zu viel Angst haben. Eine alte Doppelmühle, die umso aktueller ist, wenn – wie am 24. Januar – ausgerechnet jene Gegenkundgebung untersagt wird, die am sichersten Schutz für DemonstrantInnen geboten hätte.

Was bleibt: Paragraphen wie der zum Landfriedensbruch müssen ebenso aus dem StGb gestrichen werden, wie diejenigen zur kriminellen Vereinigung. Und nicht zuletzt: Josef S. muss raus aus dem Gefängnis, so schnell wie möglich. Letzteres sieht im Übrigen auch der Bürgermeister aus Jena so. 🍌

Links

Solikollektiv für die Repressionsbetroffenen vom 24. Jänner: <http://soli2401.blogspot.eu>

Rote Hilfe Ortsgruppe Jena (koordiniert u.a. Post für Josef): <http://rotehilfejena.blogspot.de>

Rechtsinfokollektiv Wien: <http://at.rechtsinfokollektiv.org>

Offensive gegen rechts: <http://www.offensivegegenrechts.net>

Autonome Antifa [w]: <http://antifaw.blogspot.de>
Rosa Antifa Wien: <http://raw.at>

☞ **Paul Huah** lebt und arbeitet in Wien

Weltweit-Werden?

Fragmente eines Diskurses über Ausschluss an der Kunsthochschule.
Oder: Was heißt hier Internationalisierung?

- ✚ „Weltweit-Werden“ – in dieses von Jacques Derrida entlehnte Motto kleidete sich der Hochschultag 2014 der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Zu diesem Repräsentationsanlass der größten Schweizer Kunsthochschule zelebriert die ZHdK ihre internationalen Niederlassungen und präsentiert der Öffentlichkeit die neusten Etappen einer fortschreitenden und expandierenden „Internationalisierung“. Von globalen Netzwerken und Partnerschaften mit Kunsthochschulen auf der ganzen Welt ist die Rede, „connecting spaces“ und „building bridges“ sind die Stichworte, die die neuen internationalen Verkehrswege rhetorisch balsamieren.

Im Februar 2014, weniger als ein Monat zuvor, haben sich die Abstimmungsberechtigten in der Schweiz für die Annahme der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative ausgesprochen. Mit der Annahme der Initiative soll unter anderem die Personenfreizügigkeit abgeschafft, also faktisch ein Einwanderungsstopp eingeleitet werden.

Hier die Politik der Abschottung, da die Rhetorik der internationalen Öffnung. Thomas D. Meier, Rektor der ZHdK, weiß das politische Ereignis, das in unbequemer zeitlicher Nähe zu seiner Eröffnungsrede *Weltweit-Werden* zu liegen kam, nur unbeholfen zu kommentieren, wenn er davon spricht, dass das Volksbegehren „den wohl wirkungsmächtigsten Veränderungsprozess“ – gemeint ist die Globalisierung – „nicht schmälern“ könne. Doch was wir hier vorfinden, ist nicht etwa das zeitliche und räumliche Aufeinandertreffen zweier Diskurse, die sich widersprechen und sich säuberlich voneinander abgrenzen. Das Gegenteil ist der Fall: Der eine Diskurs stülpt sich über den anderen und umgekehrt.

- ✚ „Weltweit-Werden“ bildlich dargestellt: Auf dem Einladungsplakat des Hochschultags sind auf einer Weltkarte farbige Punkte mit Linien über einen zentralen Punkt – die Schweiz, Nabel der Welt – verbunden. Aus dem Herzen Europas dehnt sich das internationale Netzwerk der ZHdK wie ein Oktopus in alle Himmelsrichtungen aus. Die farbigen Punkte stehen für die zahlreichen internationalen Kooperationen, Partnerschaften und Beziehungen der ZHdK „auf der ganzen Welt“. Genauer gesagt sind auf der Weltkarte fünfunddreißig farbige Punkte gesetzt: zweiundzwanzig auf Europa, sechs auf Asien, drei auf Nordamerika, drei auf Lateinamerika, einer auf Australien und keiner auf Afrika.

✚ Aus Liebe zur Mathematik. Ein wenig Mengenlehre:
Internationalisierung = „Weltweit-Werden“ (Afrika+Russland)
Thomas D. Meier spricht davon, dass Hongkong gerade deshalb als Austauschpartner ausgewählt worden ist, „weil die Korruption vergleichsweise tief und die Meinungsfreiheit intakt ist“. Vermutlich steht das für die Differenz der Schweiz, Europas, des Westens zum Außer-europäischen, „Kommunistischen“ und „Fremden“. Vielleicht daher Afrika und Russland als weiße Flecken.

✚ Nach dem Abstimmungssonntag zur Masseneinwanderungsinitiative hüllten sich die ZHdK und andere Schweizer Hochschulen in Schweigen. Gebrochen wurde es erst, als die Programme *Erasmus+* und *Horizon 2020* durch die EU gekündigt wurden. Erst an diesem Punkt gerät eine neoliberale Bildungspolitik unter Druck. Solange nicht ihr spezifischer Warenverkehr, der Import und Export von Wissen, von Kreativität und Kunst, von Künstler_innen und *Incomings* und *Outgoings* – so die offizielle Terminologie für Austauschstudent_innen – gefährdet werden, geht dieses eurozentrische und elitäre Verständnis einer zur „Hochschulwelt gehörigen Internationalität“, wie der Appell *Not without Switzerland* gegen die Streichung der EU-Bildungsprogramme für diese proklamiert, mit einer rassistischen nationalen Grenz- und Migrationspolitik problemlos einher.

Die vom Stimmvolk angenommenen Initiativen *Gegen den Bau von Minaretten* (2009), *Für die Ausschaffung krimineller Ausländer* (2010) und *Gegen Masseneinwanderung* (2014), wie auch die Beteiligung der Schweiz an Frontex, Schengen/Dublin und die Internierung von Flüchtlingen in Bundeslagern stören eine international ausgerichtete Hochschulpolitik nur dann, wenn dadurch (supra-)staatliche Forschungsabkommen tangiert werden.

✚ Drei Monate nach der Abstimmung schließt ein Schreiben des Rektors „zur Abstimmung vom 9. Februar 2014“ an alle ZHdK-Angehörigen mit einem Dank an die Dozierenden und Mitarbeitenden, deren Kompetenz und Engagement zu einer lebendigen Hochschule beitragen. „Bei deren Selektion geht es darum, die besten Kräfte zu gewinnen. Ihre Herkunft darf keine Rolle spielen.“ Die Ironie dieser Rhetorik zeigt sich in Anbetracht dessen, dass die Initiant_innen der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative entlang desselben sozialdarwinistischen Vokabulars ihre „antirassistische“ Argumentation aufbauen: „Ein grosser Vorteil dieser Regelung liegt darin, dass kein Unterschied gemacht wird, ob ein Ausländer aus Europa oder aus einem anderen

Teil der Welt kommt. Wenn ein Spezialist aus den USA die Kriterien für die Zuwanderung erfüllt, hat er die gleichen Chancen wie sein Kollege aus Osteuropa. Dies ist heute nicht der Fall. Die Unternehmen erhalten dadurch den dringend nötigen Spielraum, die besten Kräfte aus der ganzen Welt zu rekrutieren.“

- ✈ Derrida gegen das Leitmotiv der ZHdK zitieren: Derridas Begriff *mondialisation* (dt.: Weltweit-Werden) anstelle des angelsächsischen oder deutschen Begriffs Globalisierung unterstreicht die Konzeption der Welt als *mundus* und nicht als *globus*. Während das Wort *globus* auf eine sphärenförmige Inklusivität – die Welt als Ganzes – hinweist, bietet *mundus* und dementsprechend *mondialisation* eine viel offenere beziehungsweise nicht teleologische Wahrnehmung der Welt. Derrida interveniert mit seinen Gedanken zur *mondialisation* in die kohärente Logik der Vollständigkeit der Welt – in das Ganze, das für alle gilt. Gegen die linguistische wie kulturelle Hegemonie der Globalisierung, der eine integrale Homogenisierung innewohnt, übersetzt Derrida mit *mondialisation* – in ihrer Paradoxie wie Unmöglichkeit – die Notwendigkeit, mit der Logik der Vollständigkeit der Welt und einer umfassenden Globalität zu brechen.

Im Prozess des Weltweit-Werdens räumt Derrida der Dekonstruktion einer umfassenden Globalität einen zentralen Stellenwert ein. Die Dekonstruktion erfolgt zugleich auf mehreren Ebenen: in der Analyse von geopolitischen Axiomen und genealogischen Merkmalen, die in die Konzeption der Welt zurückführen; in der Kritik des Eurozentrismus; in Prozessen der Deterritorialisierung und Enthistorisierung. In diesen Prozessen sind alle Potenziale und Möglichkeiten enthalten, die das Weltweit-Werden mit Blick auf nicht-hegemoniale Zuschreibungen austesten sollen.

Das Weltweit-Werden plädiert also für die Auseinandersetzung mit der eigenen eurozentrischen Sichtweise und die Konfrontation mit Formen der Unterwerfung (Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus). Folgen wir Derrida, so können wir – im Prozess des Weltweit-Werdens – nie mit der Invention, Wiederentdeckung, Dekonstruktion wie Auto-Dekonstruktion dieser Logik aufhören.

- ✈ Markt, Interkulturalität, Mobilität und Globalisierung sind die Stichworte nach denen sich die *Policy Internationalisierung* (2012) der ZHdK ausrichtet, um die Schule als „regional verankerte, international ausgerichtete Ausbildungs- und Forschungsstätte“ zu definieren. Ausgangspunkt für die Internationalisierungsstrategie ist der „Erfahrungs- und

Interessenaustausch der Kulturen“. Hierbei wird durchgehend mit einem Kulturbegriff gearbeitet, der Kulturen in ihren vermeintlichen Eigenheiten für sich entdeckt. Interkulturalität wird als „Motor der Erneuerung und der Veränderung der Ungleichgewichte in der Welt“ gesehen und soll innerhalb eines positiv konnotierten Diskurses für die Kreativindustrie verwertbar gemacht werden. Wenn aber Interkulturalität zum „Motor der Geschichte“ erklärt wird, dann findet eine Kulturalisierung sozialer Ungleichheit statt, die Klassengegensätze und globale Verteilungskämpfe in die gefährliche Terminologie von Erneuerung und in das ökologische Bild des Gleichgewichts übersetzt. Dabei werden Kulturen unterschiedliche Interessen zugeschrieben, wird *othering* reproduziert und das „Andere“, das „Exotische“ und „Fremde“ als verwertbare Ressource für die künstlerische Produktion entdeckt.

Auch wenn von „der Veränderung der Ungleichgewichte in der Welt“ gesprochen wird, bleibt doch fraglich, ob überhaupt auf eine konkrete Situation, in der die Ungleichgewichte Gewicht bekämen, Bezug genommen wird. In der Folge werden Ungleichgewichte einfach als Gegebenes akzeptiert und es wird nicht weiter über die Ursachen nachgedacht. Dagegen verfolgt das Förderungsprogramm von Interkulturalität auf Hochschulebene ganz klar ein übergeordnetes Ziel: den Ausbau einer „gemeinsamen“ Repräsentanz auf dem internationalen Markt. Dies soll durch eine qualitative Verbesserung von Interkulturalität, das heißt durch Professionalisierung erreicht werden. Das Verständnis von Interkulturalität als Kompetenz oder Wissenserwerb zielt darauf ab, interkulturelle Angelegenheiten zukünftig von ausgebildeten Kulturberater_innen abhandeln zu lassen.

- ✚ Es ist uns, in der Betrachtung von ZHdK-internen Strukturen aufgefallen, in welcher Form eine Verknüpfung und auch ein „Austauschen“ der Begriffe von ökonomischen und kulturellen Prozessen in vielen Bereichen stattfindet. „Weltweit-Werden“ kann – aus dieser Perspektive gegen die Konnotation des Begriffs bei Derrida – nur über Ausschluss funktionieren: Über eine neokoloniale Gleichschaltung der Kunst, die vermeintlich Diversität produziert.

- ✚ Als Reaktion auf den öffentlichen Aufruf der ZHdK, den Appell *Not without Switzerland* zu unterzeichnen, haben wir uns als Gruppe an dem offenen Brief *Not without taking responsibility* beteiligt. Ad hoc verfassten wir ein hochschulinternes Schreiben, in dem wir eine Kunst-hochschule fordern, die sich gegen nationalistische und rassistische Diskurse und Praktiken der Exotisierung positioniert. Diese Forderung

wurde in der Reaktion des Rektors als „alte Sehnsucht einer kritischen Intelligenz“ dargestellt. Es wurde ihr lediglich eine Daseinsberechtigung zugesprochen.

Aber wir wollen nicht umarmt werden. Es geht uns um „Kritik im Handgemenge“.

Wir möchten die Kunsthochschule als einen Ort der kritischen Auseinandersetzungen verstanden haben und uns dabei weder an der Kulturmission der ZHdK in der (halb)ganzen Welt beteiligen, noch die Arbeit der Kritikleistenden für die anderen übernehmen. Es geht uns um die Belästigung beschränkter Sichtweisen und eine Positionierung gegen eine Logik in der Kunsthochschule, die – neuerdings mit einer Rhetorik des „Weltweit-Werdens“ – kapitalistische und neokoloniale Wertssysteme reproduziert und restabilisiert. Das ist keine Nostalgie, sondern ein Denken und Handeln in geteilter Gegenwart. 🖤

<http://blog.zhdk.ch/observer/2014/03/18/hochschultag-17-3-2014/>

<http://www.not-without-switzerland.org/>

<http://campus.nzz.ch/das-grosse-ganze/appell-europa-unter-beschuss>

Jacques Derrida, „Globalization, Peace, and Cosmopolitanism“, in: *Negotiations: Interventions and Interviews 1971–2001*, E. Rottenberg (Hg.), Stanford, CA: Stanford University Press, 371–86, 2002.

🌀 **Mittelbände:** selbstorganisierte Gruppe des Mittelbaus an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK).

Chronik einer angekündigten Schließung

☞ Bildung ist der Schauplatz einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Besitz von Wissen, die Reproduktion von Arbeitskraft und die Herstellung von sozialen und kulturellen Stratifizierungen. Bildungsinstitutionen wie Schule, Hochschule oder Universität sind zugleich Instrumente der gouvernementalen Kontrolle und umkämpfte Orte, an denen Konflikte um die Ausrichtung und Zugänglichkeit von gesellschaftlichen Institutionen gewonnen oder verloren werden. Am Zustand der Bildungslandschaft lassen sich die Verhältnisse diagnostizieren, von denen die Wissensgesellschaften der Gegenwart markiert sind: Im Falle Österreichs etwa führt die mangelnde soziale Durchlässigkeit des bestehenden Bildungssystems dazu, dass nur einige wenige je ein Bildungsniveau erreichen werden, das über dem ihrer Eltern liegt. Die über Jahre hinweg köchelnde Debatte über Zugangsbeschränkungen zur Bildung in diesem Land, das im europäischen Vergleich eine geringe Zahl an AkademikerInnen hervorbringt, markiert einen mangelnden Sinn für soziale Gerechtigkeit und eine latente Intellektuellenfeindlichkeit. Im europäischen Kontext zeigt der fortgesetzte Ausbau kostenpflichtiger Bildungsangebote die trotz Finanz- und Schuldenkrise weiterbestehende Dominanz neoliberaler Vorstellungen von Wissen und Macht, deren immanente Rassismen an der zunehmenden institutionellen Diskriminierung von Studierenden aus Nicht-EU-Ländern sichtbar werden.

Der seit einiger Zeit in Angriff genommene Umbau des Bildungssystems basiert auf Konzepten von individueller Freiheit, in denen das Recht auf Innovation und Kreativität auf Kosten der kollektiven Anliegen eines *general intellect* durchgesetzt werden soll. Das vorherrschende Ideal neoliberaler Produktivität findet in der Idee eines autonom agierenden, kreativen und sozial völlig ungebundenen KünstlerInnensubjekts ein ideales role model. Dementsprechend tendieren die gegenwärtigen Bildungsinstitutionen dazu, ihre Ausbildungsstrukturen mit Hilfe von Markt- und Marketingmechanismen der Creative Industries umzubauen. Die bestehenden künstlerischen Ausbildungsformen sind zum bevorzugten Experimentierfeld dieser Tendenzen geworden: In Kunstschulen werden jene Paradigmen als erstes installiert, innerhalb derer die künftigen Kunst- und KulturproduzentInnen für einen umfassend flexibilisierten und prekarisierten Kreativmarkt fit gemacht werden sollen. Kunstschulen und Kunsthochschulen sind Bildungseinrichtungen, in denen Produktionsweisen eingeübt werden, die hohe

kommunikative und kognitive Fähigkeiten voraussetzen, nahezu unbegrenzte Flexibilität im Einsatz der Arbeitskräfte verlangen und ein ebenso permanentes wie kreatives Reagieren auf Unvorhergesehenes erfordern. Hier sollen die Studierenden darauf vorbereitet werden, nicht einfach „nur“ Arbeitskraft, sondern darüber hinaus auch Persönlichkeit, Intellekt, Ausdrucksvermögen und Affekt in den Produktionsprozess einzubringen. Dieser Umbau des Bildungssystems ist ökonomisch von der Vorstellung getragen, Schulen und Hochschulen müssten funktionieren wie korporative Betriebe; ein Effekt der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise besteht darin, dass immer mehr Schulen nun direkt von korporativen Betrieben geführt werden.

Allerdings rentiert sich Bildung vor allem auf Kosten der Auszubildenden: Das Geheimnis der erhöhten ökonomischen Rendite, die Bildung neuerdings abwerfen soll, versteckt sich in harmlosen und allgemeinverständlichen Schlagworten wie „lebenslanges Lernen“ und „permanente Weiterbildung“. Gemeint sind damit aber durchaus nicht jene aufklärerischen und emanzipatorischen Ideen, die historisch in den Nachbarschaftszonen der Institution Universität artikuliert wurden. Diese Gemeinplätze artikulieren nunmehr eine lebenslange Verpflichtung zur Investition ins eigene kulturelle und symbolische Kapital, um am Jahrmarkt der kognitiven Fähigkeiten dem tendenziellen Fall des eigenen Marktwerts entgegenzuwirken. So wird mit einer Vielzahl von Postgraduate Programmen ein Getriebe geschmiert, dessen Funktion letztlich in einer konstanten Neubewertung von bereits erreichten Bildungsqualifikationen besteht. Die stets wiederholten Evaluierungsprozesse sind ein integraler Bestandteil von längst in Gang befindlichen gesellschaftspolitischen Verschiebungen. Gilles Deleuze hielt dazu in seinem Postskriptum über die Kontrollgesellschaften fest: „Denn wie das Unternehmen die Fabrik ablöst, löst die permanente Weiterbildung tendenziell die Schule ab, und die kontinuierliche Kontrolle das Examen.“¹

¹ Gilles Deleuze: *Postskriptum über die Kontrollgesellschaften*, in: *Unterhandlungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993, S. 257.

Bildungsinstitutionen, die den Kriterien der permanenten Evaluation und der kontinuierlich zu erhöhenden Rendite nicht genügen, wird die öffentliche Grundsicherung kurzerhand entzogen: Entweder werden sie im Sinne des zeitgenössischen Bildungsmarktes adaptiert, oder sie müssen zusperren. Vor dieser Alternative steht derzeit eine kleine Einrichtung für bildende und angewandte Kunst in Wien, die Wiener Kunstschule, eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht, die 1954 von der Antifaschistin und Volksbildnerin Gerda Matejka-Felden gegründet wurde. Matejka-Felden hatte bereits in der Zwischenkriegszeit Kunstkurse an Volkshochschulen angeboten, die von der Presse spöttisch als „Arbeitslosenakademien“ bezeichnet wurden. Während der NS-Zeit

war ein vollständiges Arbeitsverbot über sie verhängt worden, und als die Akademie der Bildenden Künste in Wien nach dem 2. Weltkrieg erneut ihren Betrieb aufnahm, erhielt sie einen Lehrauftrag für Bildnerische Erziehung. Es ist davon auszugehen, dass nicht zuletzt ihr Wissen um die belastete Vergangenheit zahlreicher Akademiemitglieder es Gerda Matejka-Felden ermöglichte, ab 1947 eine Professur in demselben Fachbereich auch gegen den zum Teil erbitterten Widerstand einiger Kollegen auszuüben, und zur Empörung der akademischen Elite hielt sie am Standort der Akademie am Schillerplatz außerdem Kurse für zwei von ihr gegründeten Institutionen ab, die Künstlerische Volkshochschule und die Wiener Kunstschule.²

² Vgl.: Wiener Kunstschule (Hg.): An Gerda Matejka-Felden, Wien: Sonderzahl 2014.

Die zuletzt genannte Schule bietet seit nunmehr sechzig Jahren eine vierjährige künstlerische Ausbildung mit einigen Besonderheiten: Zur Inskription bedarf es weder einer Matura, noch einer Aufnahmeprüfung; das erste Studienjahr ist eine Art Propädeutikum, das eine Orientierung über sämtliche angebotenen Fachbereiche liefert. Die Studierenden müssen sich erst am Ende des ersten Jahres für einen (oder mehrere) Fachbereiche entscheiden und durch eine Übertrittsprüfung qualifizieren. Das trägt dazu bei, dass auch Menschen, die noch keine (familiären oder schulischen) Erfahrungen mit Kunst gemacht haben, eine Chance geboten wird, künstlerisch tätig zu werden. In pädagogischer Hinsicht hat sich ein Vier-Augen-Prinzip bewährt: Die Lehre in den Fachbereichen wird von jeweils zwei KünstlerInnen gestaltet, die sich durch eigenständige und unterschiedliche Zugangsweisen charakterisieren. Das verhindert einerseits Rückfälle in längst überwunden geglaubte „Meisterklassenprinzipien“ und macht andererseits die Frage nach der Kommunikation verschiedener künstlerischer Sichtweisen und Praktiken zum integralen Bestandteil aller Ausbildungsbereiche. In dieser überschaubaren Institution betreuen rund vierzig Lehrbeauftragte etwa hundertsechzig Studierende, von denen alljährlich etwa dreißig mit einem staatlich anerkannten Diplom abschließen. Sie haben dann eine der preiswertesten und effizientesten Kunstausbildungen dieses Landes hinter sich gebracht – ein Ausbildungsplatz kostet weniger als die Hälfte eines Studienplatzes an einer Fachhochschule. Dennoch soll diese Schule nach einer Übereinkunft des schulerhaltenden Vereins mit der Stadt Wien zugesperrt werden. Warum? Weshalb soll die Basisförderung der öffentlichen Hand nach sechs erfolgreichen Jahrzehnten eingespart werden?

³ Brigitte Bauer-Sebek, Abteilungsleiterin der MA 13 im Wiener Rathaus in einem Pressestatement im November 2013.

Die Kunstschule passe in keine der bestehenden Schulformen, hieß es von Seiten der Verantwortlichen im Wiener Rathaus, damit wären ihre Abschlüsse nicht vergleichbar und dementsprechend wertlos.³

4 Vgl. BGBl. 1980, 55. Verordnung.

5 Solidaritätserklärung der IG Bildende Kunst, <http://www.igbildendekunst.at/politik/brennpunkte/wienerkunstschule2014.htm>

6 Pressegespräch der Wiener Kunstschule im Jänner 2014, <http://www.kunstschule.at/?p=1908>

An dieser Einschätzung erstaunt zunächst, dass sie in offensichtlichem Widerspruch zu den Gesetzesbeschlüssen der Republik steht, in denen die Diplome der Wiener Kunstschule bereits 1980 in sozialrechtlicher Hinsicht den Zeugnissen von Kunsthochschulen, Kunstakademien und zahlreichen Höheren Technischen Lehranstalten gleichgestellt wurden.⁴ Offenbar wird legistische Kohärenz vernachlässigbar, wenn es darum geht, eine europaweite Homogenisierung im Bildungsbereich durchzusetzen. In diesem Sinne wurde der Schulleitung nahegelegt, die Ausbildungsstätte kurzerhand in eine Fachhochschule oder ein Kolleg umzuwandeln, und damit der Eindruck erweckt, dass nur die Schulform geändert werden müsse, um eine öffentlichen Finanzierung zu sichern. Dabei blieb völlig unberücksichtigt, dass die vorgeschlagenen Schulformen den an der Kunstschule praktizierten Prinzipien des freien Zugangs und der interdisziplinären Lehre widersprechen. Die IG Bildende Kunst hielt in einer Solidaritätserklärung mit den Studierenden und Lehrenden der Wiener Kunstschule fest: „Dass ausgerechnet eine Ausbildung dem Rotstift zum Opfer fallen soll, die konzeptuell quer zu den immer stärker dominierenden Bachelor- und Master-Systemen liegt, verwundert gleichzeitig wenig angesichts dem vorherrschenden Verständnis von Bildungspolitik.“⁵ Die beabsichtigte Schließung der Schule verweist damit auf ein verbreitetes Symptom der gegenwärtigen bildungspolitischen Krise: Es ist – insbesondere für die Vermittlung künstlerischer Zugänge – fatal, sich einem transnationalen Uniformierungsprozess von Bildung zu unterwerfen, denn wie könnte künstlerischer Ausdruck ohne Alternativen, Ausnahmen und Besonderheiten denk- oder vermittelbar bleiben? Die Studierenden und Lehrenden artikulierten ihren Widerstand gegen die voranschreitende Ökonomisierung und Elitisierung im Bildungsbereich mit einem fröhlichen „Ja, die Kunstschule passt in keine Schultüte und das soll auch so bleiben. Gerade weil diese Schule einzigartig ist, wird sie auch dringend gebraucht!“⁶

Selbstverständlich sind an dieser „einzigartigen“ Schule auch eine Reihe von Fehlern gemacht worden, die der öffentlichen Hand manches Argument geliefert hätten, um sich aus der Finanzierung zurückzuziehen. Die Schulleitungen der letzten zehn Jahre hatten es allesamt systematisch verabsäumt, die curricularen Aktualisierungen, mit denen die Lehrenden auf die sich verändernden Gegebenheiten im Kunstfeld reagierten, an die zuständigen staatlichen Stellen weiterzuleiten. Der Vorstand des Trägervereins ist wiederholt daran gescheitert, zusätzliche Projekte oder Kooperationen in die Wege zu leiten, die das Weiterbestehen der Schule ermöglicht hätten. Und zu allem Überfluss

7 Evaluation Dorninger,
et.al., BMUKK 2011.

ist der Vereinsvorstand bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer irrationalen Angst vor der selbstbestimmten Beteiligung der Lehrenden an Fragen der Schulorganisation geplagt. Doch die offiziellen Begründungen der angekündigten Schließung kommen noch nicht mal in die Nähe solcher künstlerisch-pädagogischer Fragestellungen. In einer Evaluation aus dem Jahr 2011 durch eine Kommission unklarer Zuständigkeit, die sich aus Mitgliedern der Höheren Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt und BeamtInnen des damaligen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zusammensetzte, wurde gegen die Relevanz der Kunsthochschule in dieser Weise argumentiert: „Es ist uns keine Studie bekannt, die den Bedarf an freischaffenden Künstlern in Bezug auf unsere Gesellschaft darlegt.“⁷ Es erscheint lächerlich, dass ein derartiger Satz in einer institutionellen Einschätzung vorkommen kann, denn er besagt letztlich nichts anderes, als dies: Da keine Studien im Hinblick auf die Bedeutung freier Kunst finanziert wurden, müssen Bildungsinstitutionen für freie Kunst mangels nachweisbarer Bedeutung geschlossen werden.

Die politischen Versuche zur Nivellierung und Normierung von (künstlerischer) Bildung beschränken sich, wie gesagt, nicht auf die hier exemplarisch vorgestellte Kunsthochschule. Allerorten haben Bildungsinstitutionen, von freien Initiativen angefangen bis hin zu Akademien und Kunstuniversitäten mit Restrukturierungen und Gesetzesvorgaben zur Einführung des Bologna-Systems zu kämpfen. Dagegen bedarf es einer entschiedenen Parteinahme für Vielfalt, Selbstbestimmung und ausreichende öffentliche Finanzierung im Bildungsbereich, denn welche Perspektiven stehen Gesellschaften offen, die ihre Institutionen für (künstlerische) Bildung zuerst schubladisieren, dann aushungern und zuletzt ganz einsparen? Wenn die Möglichkeit zu wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeit aufs Spiel gesetzt wird, steht auch die Fähigkeit, die eigene Freiheit zu behaupten auf dem Spiel und damit das Zentrum kritischer Öffentlichkeit und partizipativer Demokratie. ■

☞ Tom Waibel ist Philosoph und Lehrbeauftragter an der Wiener Kunsthochschule.

Félix Guattari
und Antonio Negri

Aus dem Französischen
von Adrian Hummel,
Gerald Raunig, Alan Roth,
Linda Semadeni
und Aline Weber

Was wir Kommunismus nennen

☞ Das Wort Kommunismus trägt ein Schandmal. Weshalb? Wiewohl es die Befreiung der Arbeit als Möglichkeit kollektiven Schaffens andeutet, wurde es zum Synonym der Erdrückung des Menschen unter der Last des Kollektivismus gemacht. Wir für unseren Teil begreifen es als Weg der *Befreiung von individuellen und kollektiven Singularitäten*, das heißt, als das genaue Gegenteil einer Gleichschaltung von Gedanken und Begehren.

Die kollektivistischen Regime, die sich auf den Sozialismus berufen, sind offensichtlich gescheitert. *Die Frage des Kapitalismus jedoch bleibt bestehen*. Die Versprechungen von Freiheit, Gleichheit, Fortschritt und Aufklärung wurden von der einen wie der anderen Seite verraten. Die kapitalistischen und sozialistischen Organisationen sind Komplizinnen geworden; sie haben ihre Kräfte vereint, um auf dem Planeten eine immense Maschine zur Versklavung des menschlichen Lebens in all seinen Erscheinungsformen auszurollen, der Arbeit wie auch der Kindheit, der Liebe, des Lebens, der Vernunft wie auch des Traums und der Kunst. Der Mensch, der einst durch seine Arbeit und seine Erfahrung Würde gewann, findet sich, was auch immer seine Stellung sein mag, ständig bedroht von sozialem Abstieg – arbeitslos, verarmt, zugrunde gepflegt.

Statt sich für die Bereicherung der Beziehungen zwischen der Menschheit und ihrer materiellen Umwelt einzusetzen, arbeitet er ohne Unterlass am eigenen Ausschluss aus den maschinischen Prozessen.

Die Arbeit und ihre kapitalistische und/oder sozialistische Organisation sind zum Brennpunkt aller Irrationalitäten geworden, in dem sich alle Zwänge verknüpfen, und damit alle Systeme der Reproduktion und Verstärkung dieser Zwänge. Sie schaffen es damit, sich in das Bewusstsein einzuschleusen und in allen Lebenslagen der kollektiven Subjektivität auszubreiten. Der oberste Imperativ dieser gigantischen Maschine kapitalistischer Unterwerfung ist der Aufbau eines unerbittlichen Netzes der kollektiven Überwachung und Selbstüberwachung, das jedes Entrinnen aus diesem System zu unterbinden und jeden Versuch der Infragestellung seiner politischen, juristischen und „moralischen“ Legitimation einzudämmen vermag. Nichts entzieht sich dem kapitalistischen Gesetz, das zum Gesetz der Verblendung und zum Gesetz der absurden Zwecke schlechthin geworden ist. Jeder Arbeitsablauf, ganz gleich welcher Art, ist durch diesen Imperativ der Reproduktion von Verwertungsweisen und kapitalistischen Hierarchien überdeterminiert.

Warum wird die kommunistische Losung just von jenen ver-

Im Jahr 1983 flieht Antonio Negri nach Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität vor der Verfolgung durch den italienischen Staat nach Paris. Es beginnt damit ein 14-jähriges Exil, in dem der marxistische Philosoph sich stärker als zuvor mit der poststrukturalen französischen Theorie von Deleuze, Foucault und anderen auseinandersetzt. Mit Félix Guattari, in dessen Haus er auch in Paris wohnt, beginnt er das Buch Les nouveaux espaces de liberté. Kamion veröffentlicht im Folgenden einen Vorabdruck des ersten Kapitels der deutschen Übersetzung, die im kommenden September bei transversal texts erscheinen wird.

leumdet und verfolgt, denen sie Befreiung von ihren Ketten versprach? Liegt es daran, dass sie sich vom „Fortschrittsgeist“ des Kapitals und den Imperativen der Rationalität der Arbeit verseuchen ließ?

Die kapitalistischen Gefüge haben sich den kommunistischen Diskurs angeeignet, um ihn seines Analysevermögens und seiner befreienden Kraft zu berauben. Auch die unterschiedlichen Varianten des Sozialismus sind durch die Epidemien der „Vereinnahmung“ vergiftet. Die einen wie die anderen gaben vor, die „Ethik“ der sozialen Revolution durch eine neue Transzendenz der Richtwerte zu ersetzen, die einer rein instrumentellen Logik folgt. Der Traum der Befreiung ist zum Albtraum geworden. Alle Revolutionen sind verraten worden, und es scheint, als sei unsere Zukunft mit dem Ballast einer unüberwindbaren historischen Trägheit versehen.

Es gab eine Zeit, in der die Kritik aus gutem Grund das Konzept des Marktes angriff. Heute unterwerfen sich traumatisierte Seelen passiv seinem Joch und sehen in der Reinvestition das angeblich am wenigsten unterdrückerische Verhältnis der kapitalistischen und/oder sozialistischen Planung.

Alles gilt es neu zu erfinden: den Zweck der Arbeit wie die Anordnung des Sozios, die Rechte und die Freiheiten. Kommunismus werden wir von neuem den kollektiven Kampf für die Befreiung der Arbeit nennen, und das heißt in erster Linie die Beendigung des gegenwärtigen Stands der Dinge.

Hohlköpfige Ökonomen haben auf allen Kontinenten das Sagen. Der Planet wird unerbittlich verwüstet. Es gilt zunächst zu bekräftigen, dass es nicht nur einen Weg gibt, nämlich jenen der obersten Gewalt kapitalistischer und sozialistischer Formen der Arbeit. Ihr Fortbestehen und ihre relative Vitalität sind weitgehend auf unsere Unfähigkeit zurückzuführen, ein Projekt und Praktiken der Befreiung neu zu definieren. *Als Kommunismus bezeichnen wollen wir die Gesamtheit sozialer Praktiken zur Veränderung des Bewusstseins und der Realitäten auf der politischen und sozialen, historischen und alltäglichen, kollektiven und individuellen, bewussten und unbewussten Ebene.* Der Diskurs ist ein Akt. Einen neuen Diskurs über diesen Modus zu prägen vermag dessen Zerstörung in Gang zu setzen. Unser Kommunismus wird trotzdem kein Hirngespinnst sein, das im alten Europa umherirrt. Wir wollen ihn als eine Imagination, die in gleichzeitig kollektiven und singulären Prozessen ausschwärmt und die Welt mit einer gewaltigen Welle der Verweigerung und der Hoffnung überspült. Der Kommunismus ist nichts anderes als ein Appell des Lebens, die Einkreisung durch die kapitalistische und/oder sozialistische Organisation der Arbeit zu durchbrechen,

die heutzutage die Welt steuert – nicht mehr nur in Richtung eines Zuwachses der Zwänge und der Ausbeutung, sondern zur Ausrottung der Menschheit hin.

Die Ausbeutung wurde zur *Exekutionsdrohung* aufgrund des nuklearen Wettrüstens und der *Zerstörungsgefahr* und Kriegsgefahr, die sie nach sich zieht.

Wir sind keine Deterministen. Aber heutzutage braucht man das nicht zu sein, um zu erkennen, dass die Katastrophe gegenwärtig und nahe ist, falls wir die Macht der kapitalistischen und/oder sozialistischen Organisation der Arbeit überlassen. Die Katastrophe vereiteln heißt, eine kollektive Freiheitsaktion zu vollführen. Das alltägliche Leben schaudert mittlerweile vor Angst; nicht mehr jener Angst, die Hobbes beschrieb als permanenten Krieg des Einen gegen den Anderen, als rasende Segmentarität der Interessen und des Machtwillens. Es handelt sich nunmehr um eine transzendente Angst, die den Tod in das individuelle Bewusstsein einschleust und die gesamte Menschheit auf einen Punkt der Katastrophe ausrichtet. Zum grundsätzlichen Verbot erkoren, ist die Hoffnung aus diesem düsteren Universum verbannt. Das alltägliche Leben ist nichts außer Traurigkeit, Verdruss, Eintönigkeit, wenn es sich nicht mehr im Bedeutungsbruch mit diesem entsetzlichen Sumpf des Aberwitzes zu organisieren vermag. Das kollektive Sprechen – Palaver, Fest des Logos oder heimliche Absprache – wurde durch den Diskurs der Massenmedien enteignet. Die Beziehungen zwischen den Menschen sind gekennzeichnet durch *In-Differenz*, durch das simulierte Verkennen der Wahrheit des Anderen und, folglich, der eigenen, die jeder am Ende verabscheut. Was ihn jedoch nicht hindert, daran zu leiden!

Das Gefüge der grundlegendsten Gefühle zersetzt sich in dem Masse, als es nicht mehr an Linien des Begehrens und der Hoffnung anzuknüpfen vermag. Seit 30 Jahren durchzieht ein unterschwelliger Krieg die Welt, ohne dass das kollektive Bewusstsein ihn als Schlüsselereignis der Geschichte wahrnehme, als massive, zähe, hartnäckige Unternehmung der Zerstörung. Insofern gibt es für das pulverisierend-pulverisierte Bewusstsein keinen anderen Ausweg, als sich einer *Individuation der Verzweiflung* anheim zu geben, einer persönlichen Implosion der Gesamtheit der Werte Universen. Alle einzelnen Formen der Ohnmacht finden ihre Verankerung in dieser Angst und dieser massiven Lähmung des Lebens. Einzig die Schranke des betäubenden Nonsens des Daseins verzögert womöglich noch für einige Zeit die brutale Verwandlung der Verzweiflung in eine Leidenschaft des kollektiven Selbstmords. Die Ausbeutung hat das Antlitz der Angst angenommen: einer universellen, physischen und metaphysischen Angst vor den Singulari-

tätslinien des Begehrens sowie den Versuchungen, für die Welt andere Zukunftslinien zu flechten.

Und dennoch hat die Entwicklung der Wissenschaften und der Produktivkraft der Arbeit die Schwelle zu einer *Alternative zwischen Ausrottung und Kommunismus* erreicht, verstanden als Befreiung der Arbeit, als Wiederaneignung nicht des produzierten Reichtums (diesen Mist, der nicht mal mehr als Dünger zu gebrauchen ist), sondern als Inwertsetzung der Potenzialitäten der kollektiven Produktion.

Der Kommunismus besteht darin, durch die Entfaltung von Prozessen der Singularisierung, der Selbstorganisation und der Selbstaufwertung Bedingungen für das Einsetzen einer permanenten Erneuerung der menschlichen Aktivität und der sozialen Produktion zu schaffen. Einzig eine gewaltige Bewegung der Wiederaneignung der Arbeit, in ihrer Eigenschaft als freier und gestalterischer Aktivität sowie als Transformation der Beziehungen zwischen den Subjekten, einzig eine Offenbarung der individuellen und/oder kollektiven Singularitäten, die durch die Rhythmik des Zwangs erdrückt, blockiert und dialektisiert sind, schafft neue Verhältnisse des Begehrens, die dazu geeignet sind, die gegenwärtige Situation „umzukehren“.

Die Arbeit kann befreit werden, denn sie ist ihrem Wesen nach eine tendenziell kollektive, rationale und solidarische Seinsweise des Menschen. Der Kapitalismus und der Sozialismus unterwerfen sie einer logozentrischen, autoritären, potenziell zerstörerischen Maschine. Die Minderung des Ausmaßes direkter und tödlicher Ausbeutung, welche die Arbeiter_innen in den industriell hochentwickelten Ländern durch ihre progressiven Bewegungen erfolgreich durchsetzten, wurde durch eine Akzentuierung und eine Veränderung des Wesens der Herrschaft bezahlt, durch die Einschränkung der Freiheitsgrade, durch eine Prekarisierung des Friedens in den angrenzenden, marginalen oder industriell schwach entwickelten Zonen, wo die Ausbeutung der Arbeit darüber hinaus mit der Ausrottung durch Hunger verflochten ist. Der relative Rückgang der Ausbeutung in den metropolitanen Zonen wurde durch Ausrottung in der „Dritten“ und „Vierten Welt“ bezahlt. Es ist kein Zufall, wenn sich all diese Phänomene zugleich zu einer Zeit ereignen, in der eine Befreiung der Arbeit in der *Wiederaneignung durch die neuen Proletariate der weitest entwickelten Wissenschaften und Techniken* möglich wird. Was grundsätzlich auf dem Spiel steht ist die Fähigkeit der Gemeinschaften, der ethnischen und sozialen Gruppen, der Minderheiten aller Art, einen autonomen Ausdruck zu erobern. Kein historischer Kausalzusammenhang, kein Schicksal gebietet, dass die befreiende Kraft der Arbeit, in dem Masse wie sie ansteigt, dazu verdammt wäre, immer stärker manipuliert und

unterdrückt zu werden. Wie schafft es das Kapital, die kollektive Kraft der Arbeit in ihren unendlichen Variationen als abhängige Variable zu nutzen, während diese sich selbst in den Besonderheiten und Variationen, die sie ausmachen, als unausweichliche Invariante darstellt? Es ist diese Aporie in ihren stets erneuerten Formen, der sich die neuen Bewegungen der sozialen Transformation stellen müssen.

Die Arbeitsverweigerung tendiert als Perspektive des Kampfes und als spontane Praxis zur Zerstörung der traditionellen Strukturen, die einer wahrhaften Befreiung der Arbeit im Wege stehen. Es gilt, bereits jetzt schon ein *anderes Kapital zu akkumulieren*; ein Kapital der kollektiven Intelligenz der Freiheit, das fähig ist, die Singularitäten aus der seriellen und eindimensionalen Ordnung des Kapitalismus heraus zu lotsen. Es gilt, die Prozesse des Auftauchens und Verstärkens von Projekten der Befreiung zu stützen. Mit anderen Worten: Es geht um eine Rückeroberung der Herrschaft über die Produktionszeit, die das Wesentliche der *Lebenszeit* ausmacht. Die Produktion neuer Formen von kollektiver Subjektivität, die fähig sind, im Umgang mit den Revolutionen der Informatik, der Kommunikation, der Robotik und der verstreuten Produktion nicht-kapitalistischen Zielsetzungen zu folgen, liegt keinesfalls im Bereich der Utopie. Der gegenwärtigen Weggabelung der Geschichte schreibt sie sich ein als entscheidende Fragen. Es geht um die Fähigkeit der Menschheit, von ihren alten Trägheitsfeldern abzuheben und „die Mauer“ der an die alten sozialen Schichtungen angrenzenden Wissensformen und Mächte zu durchbrechen.

Von diesem Blickpunkt aus betrachtet ist der Kommunismus Fundament und Anerkennung der neuen gemeinschaftlichen Lebensweisen und Befreiung der Singularität. *Gemeinschaftlichkeit und Singularität stehen nicht im Widerspruch zueinander*. Die Errichtung der neuen Welt widerspricht nicht den Singularisierungsprozessen und der Bereicherung der kollektiven Potentialitäten. Diese zwei Dimensionen sind integraler Bestandteil der Befreiung der Arbeit. Die Ausbeutung der Arbeit generiert als allgemeine Essenz die Allgemeinheit; aber in ihrer Eigenschaft als befreiender und kreativer Prozess schafft die Arbeit singuläre Seinsweisen, einen Wildwuchs neuer Möglichen. Das Rhizom autonomer und singulärer Prozesse, das sie schaffen kann, wird sich auf dem Terrain einer neuen Kollektivität unendlich stärker anreichern als unter dem Joch der kapitalistischen Übercodierung.

Der Kommunismus ist nicht blinder, reduktiver, repressiver Kollektivismus. Er ist der singuläre Ausdruck des Produktivwerdens von Kollektivitäten, die nicht aufeinander reduzierbar sind, nicht zueinander „in Bezug“ gebracht werden können. Und dieses Werden impliziert

an sich ein immer wiederholtes Umsetzen in die Tat, eine Verteidigung, eine Verstärkung, eine Ausweitung, eine permanente Bekräftigung dieses Singularitätscharakters. Das ist auch der Grund, weshalb wir ihn als *Prozess der Singularisierung* bezeichnen wollen. Der Kommunismus kann keinesfalls auf ein ideologisches Bekenntnis, auf einen simplen rechtlichen Vertrag oder einen abstrakten Egalitarismus reduziert werden. Er schreibt sich ein in die Fortführung einer Auseinandersetzung, die entlang immer neuer Linien die Geschichte durchzieht, sobald die kollektiven Zwecke der Arbeit in Frage gestellt werden.

Unzählige *Allianzen neuen Typs* sind auf diesem Terrain bereits gereift. Sie haben sich in der spontanen und kreativen Phase voranzutasten begonnen, die sich parallel zum großen Zerfall/Wiederaufbau entwickelte, den wir seit den letzten 30 Jahren erfahren haben. Um sie besser ausfindig zu machen und ihre Bedeutung zu ermessen, wollen wir unterscheiden zwischen:

– *den molaren Antagonismen*, die sich auf der Ebene der Kämpfe gegen die Ausbeutung ausdrücken; durch die Kritik der Organisation der Arbeit; durch die Perspektive ihrer Befreiung;

– und *der molekularen Ausbreitung* singulärer Prozesse, die unumkehrbar die Beziehung des Individuums und der Kollektivitäten zur materiellen Welt und zur Welt der Zeichen verändert.

Auf dem Gebiet der molaren Antagonismen gegen die Formationen der kapitalistischen und/oder sozialistischen Macht vorzurücken kann in entscheidender Weise zur Reifung der auf die produktiven Gefüge bezogenen Mutationen beitragen. Und umgekehrt! Aber die Herausforderung der Strukturierung und der Subjektivierungsweisen der kollektiven Arbeitskraft bleibt entscheidend: es ist das Terrain, auf dem sich in letzter Instanz die Zerstörung des Kapitalismus und/oder des Sozialismus und die Einsetzung einer auf die Befreiung der neuen Singularitäten zielenden Gesellschaft einschreibt, die so in der Lage sind, zugleich Inhalt und Mittel der Revolution zu sein. Entreißen wir den glorreichen Traum des Kommunismus den jakobinischen Mystifizierungen und den stalinistischen Albträumen; geben wir ihm seine Ausdruckskraft und die Macht zur Allianz zwischen der Befreiung der Arbeit und der Erzeugung neuer Subjektivitätsweisen zurück.

Singularität, Autonomie und Freiheit sind die drei Linien der Allianz, die sich an die aufs Neue gegen die kapitalistische und/oder sozialistische Ordnung erhobene Faust knüpfen werden. Von ihnen ausgehend können ab sofort die geeigneten Organisationsformen für die Emanzipation der Arbeit und der Freiheit erfunden werden. 🖤

Künstlerische Strategien in der Politik und politische Strategien in der Kunst

Aus dem Englischen
von Niki Kubaczek

☞ Wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Kunst und Politik zu fassen und um die Frage nach künstlerischen Strategien in der Politik und politischen Strategien in der Kunst, halte ich das Konzept der Hegemonie für besonders erkenntnisreich. Durch das Hervorheben des diskursiven Charakters des Sozialen wird sichtbar, wie „unsere Welt“ durch eine Mannigfaltigkeit von diskursiven Praxen konstruiert ist; und diese Konstruktion ist immer das Resultat einer ganz bestimmten Hegemonie. Wenn hegemoniale Konfrontationen nicht auf traditionelle politische Institutionen beschränkt sind, dann verweist dies auf den Umstand, dass diese an einer Mannigfaltigkeit von Orten stattfinden, an denen Hegemonie konstruiert wird, z.B. in dem Feld, das normalerweise als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet wird. Das ist der Ort, an dem – wie Gramsci gezeigt hat – eine bestimmte Idee von Welt etabliert und eine spezifische Realität definiert wird (das, was Gramsci als Alltagsverstand, *senso comune*, bezeichnet) und so das Terrain hergestellt wird, auf dem bestimmte Formen der Subjektivität konstruiert werden. Er betont in diesem Zusammenhang immer wieder die Zentralität von kulturellen und künstlerischen Praktiken in der Formierung und Verbreitung dieses Alltagsverstands.

Die Zentralität des kulturellen Feldes anzuerkennen, die es für die Konstruktion von Hegemonie besitzt, erlaubt uns zu untersuchen, wie kulturelle und künstlerische Praktiken zu einer gegenhegemonialen Herausforderung gegenüber der neoliberalen Hegemonie beitragen können. Bevor ich jedoch dieser Frage nachgehe, möchte ich festhalten, dass der Hegemonie-Ansatz das Verhältnis zwischen Kunst und Politik nicht als zwei von einander getrennte Bereiche begreift, mit Kunst auf der einen Seite und Politik auf der andern, zwischen denen erst ein Verhältnis hergestellt werden müsste. Vielmehr hat das Politische immer auch eine ästhetische und die Kunst immer auch eine politische Dimension. Natürlich spielen Kunstpraxen aus der Perspektive der Hegemonietheorie eine Rolle in der Konstitution und Aufrechterhaltung einer vorhandenen symbolischen Ordnung, oder eben darin, diese herauszufordern; und genau hier liegt ihre politische Dimension. Das Politische seinerseits betrifft die symbolische Ordnung sozialer Beziehungen, und hier kommt seine ästhetische Dimension zum Tragen. Deswegen ist es nicht sehr sinnvoll, eine Unterscheidung zwischen „politischer“ Kunst

und scheinbar „nicht-politischer“ Kunst zu machen. Viel eher sollte die Frage nach möglichen Formen kritischer Kunst gestellt werden.

Kritische Kunstpraxen sind also jene, die in unterschiedlicher Art und Weise dazu beitragen, die dominante Hegemonie zu stören, und im Prozess der Desartikulation/Reartikulation, welcher eine gegenhegemoniale Politik ausmacht, eine Rolle spielen. Diese gegenhegemoniale Politik zielt auf die Institutionen ab, die die dominante Hegemonie sichern, indem sie tiefgreifende Transformationen von deren Funktionsweisen bewirkt. Diese „Stellungskriegs“-Strategie setzt sich zusammen aus einer Vielfalt von Praxen und Interventionen, die in einer Mannigfaltigkeit von ökonomischen, rechtlichen, politischen und kulturellen Räumen operieren. Das kulturelle Feld spielt eine entscheidende Rolle, weil es eines der Bereiche ist, in der Alltagsverstand hergestellt und Subjektivitäten konstruiert werden. Unter den gegenwärtigen Umständen, in denen die Kulturindustrien eine entscheidende Rolle für den kapitalistischen Prozess der Reproduktion spielen, hat das kulturelle und künstlerische Feld eine noch größere strategische Wichtigkeit angenommen. Künstlerische und kulturelle Produktion sind in der Tat lebenswichtig für den Prozess der Kapitalverwertung. Dies beruht auf dem zunehmenden Vertrauen des postfordistischen Kapitalismus in semiotische Techniken, die jene Subjektivierungsweisen erschaffen, die für seine Reproduktion nötig sind. Wie schon Foucault betont hat, ist in der modernen Produktionsweise die Kontrolle über die Seelen zentral für die Regierung der Affekte und der Leidenschaften. Die Formen der Ausbeutung, die in den Tagen manueller Arbeit charakteristisch waren, wurden von neuen ersetzt, die ständig neue Bedürfnisse und fortwährend Begehren nach dem Erwerb von immer mehr Waren hervorriefen. Im Prozess der Verfestigung der Hegemonie ist es daher wesentlich, dass das kapitalistische System permanent die Begehren der Menschen mobilisiert und deren Identitäten und kulturelle Terrains formt, inklusive ihrer unterschiedlichen Institutionen.

Entsprechend solch einer Perspektive besteht der Beitrag eines gegenhegemonialen Kampfes nicht darin, das institutionelle Terrain zu verlassen, sondern sich mit ihm auseinanderzusetzen – mit dem Ziel, den Dissens zu stärken. Das kann durch die Schaffung einer Mannigfaltigkeit von, wie ich es nenne, agonistischen Räumen passieren, in denen der dominante Konsens herausgefordert wird und neue Weisen der Identifizierung zugänglich gemacht werden.

Besonders wichtig für die Analyse des Verhältnisses von Kunst und Politik erscheint mir eine pluralistische Perspektive: Denn es existieren unterschiedlichste Weisen, agonistische Räume zu schaffen, und

sie können sowohl innerhalb wie außerhalb der Institutionen entstehen. Konkret im Feld der Kunstpraxen hat solch ein Zugang eine Vielfalt an Interventionen ermöglicht, sowohl im Bereich der traditionellen Kunstwelt als auch jenseits davon. Kritische Kunstpraxen können sehr unterschiedliche Formen annehmen und existieren in einer Mannigfaltigkeit von Feldern. Museen können zum Beispiel unter bestimmten Umständen einen Raum für agonistische Konfrontationen bilden. Es ist daher ein Fehler zu glauben, dass Künstler_innen, die sich dafür entscheiden, mit ihnen zu arbeiten, keine kritische Rolle mehr spielen können, weil sie automatisch vom System vereinnahmt werden würden.

Gleichzeitig ist es auch notwendig, über die Kunst hinaus zu blicken und die Wichtigkeit der unterschiedlichen Formen von künstlerischem Aktivismus anzuerkennen, die sich in den letzten Jahren herausbilden konnten. Indem wir ästhetische Mittel als Möglichkeiten politischen Aktivismus verstehen, kann dieser Artivismus als gegenhegemoniale Antwort gegen ebenjene kapitalistische Vereinnahmung der Ästhetik verstanden werden, die den Prozess der Inwertsetzung absichern soll. In seinen unterschiedlichen Formen kann Artivismus sicherlich dazu beitragen, den postpolitischen Alltagsverstand zu untergraben und so potenziell neue Subjektivitäten kreieren.

Künstlerische Strategien in der Politik und politische Strategien in der Kunst sind in meinen Augen beide legitim und wichtig. Sie können eine wesentliche Rolle dabei spielen, innerhalb der gegenhegemonialen Kämpfe einen agonistischen Streit anzufachen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass kritische Kunstpraxen – in welcher Form auch immer – nie zum Ersatz für politische Praxen werden können und niemals im Stande sein werden, alleine eine neue hegemoniale Ordnung hervorzubringen. In der Schaffung dieser neuen Ordnung kann das strikt politische Moment nicht vermieden werden. Der Erfolg radikaler Politik braucht zwar neue politische Subjektivitäten, aber das ist nur ein – zugegeben wichtiger – Aspekt im Stellungskrieg. Für die Etablierung einer neuen Hegemonie sind viele weitere Schritte notwendig: Wir können den langen Weg durch die Institutionen also nicht vermeiden.

Was die Natur und die Bedeutung dieses „Stellungskriegs“ betrifft, kann eine interessante Parallele zwischen den Debatten um kritische Kunstpraxen und um das Potenzial der neuesten Protestbewegungen gezogen werden. Theoretiker_innen des Exodus-Konzepts sehen in diesen Bewegungen den Ausdruck neuer „horizontaler“ oder „präsentischer“ demokratischer Praxen. Sie beanspruchen, dass sie eine Manifestation der Macht der Multitude sind, welche neue Formen sozialer Beziehungen außerhalb der traditionellen Institutionen schaf-

fen. Sie sehen die unterschiedlichen Besetzungen öffentlicher Plätze als Prototyp „absoluter Demokratie“ und feiern sie als Verwirklichung des Gemeinsamen (*common*). Ich denke, dass gerade jene Strategie, die sich ausschließlich auf das Horizontale konzentriert, die größte Einschränkung auf der Ebene der Mobilisierung ausmacht, was etwa die Indignados oder Occupy betrifft. In ihrem Aufruf *¡Democracia Real Ya!* weisen die Indignados des 15M die repräsentative Demokratie zu Gunsten einer „realen“ Demokratie zurück und setzen sich für „Assemblismus“ statt „Parlamentarismus“ ein. Sie bestehen darauf, ohne Führung zu bleiben und weisen alles zurück, was nur irgendwie mit traditionellen politischen Institutionen zu tun haben könnte, wie etwa Wahlen, Parteien oder Gewerkschaften. Eine ähnlich negative Einstellung gegenüber repräsentativen Autoritäten kann auch bei den Occupy-Bewegungen in Europa und Nord-Amerika gefunden werden, die wie die Indignados als Netzwerke ohne Führung, als Plattformen ohne Zentrum funktionieren. Sie haben sicherlich eine wesentliche Debatte über die Schwächen gegenwärtiger repräsentativer Formen losgetreten, doch ohne institutionelle Vermittlung war diese Art von Protest zu einem kurzen Leben verurteilt; und tatsächlich sind sie fast verschwunden. In Ländern wie Griechenland, wo eine anhaltende populäre Mobilisierung stattfindet, liegt das an der Artikulation verschiedener Formen von Protest unter der Führung von Syriza, einer Koalition linker Parteien. Ihre Veranlassung ist es, durch Wahlen an die Macht zu kommen, um so eine Reihe von radikalen Reformen zu implementieren. Ihr Ziel ist nicht der Untergang repräsentativer Institutionen, sondern deren grundlegende Transformation, um sie repräsentativer für populäre Forderungen zu machen. Es ist eine Strategie der „Auseinandersetzung mit den Institutionen“, nicht des Rückzugs aus ihnen.

In Abgrenzung zur Leseweise der Protestbewegungen im Sinne des Exodus möchte ich eine vorschlagen, die von der Kritik des postpolitischen Trends informiert ist: Zur Zeit können wir eine Krise der Repräsentation beobachten, die aus dem „Konsens im Zentrum“ entstanden ist und nun die Politik in den meisten liberaldemokratischen Gesellschaften dominiert. Dieser Konsens, der das Resultat der unhinterfragten Hegemonie des Neoliberalismus ist, beraubt die demokratischen Bürger_innen jeder agonistischen Debatte, in der sie ihre Stimmen hörbar machen und zwischen wirklichen Alternativen entscheiden könnten. Bis vor kurzem waren es vor allem die rechtspopulistischen Parteien, die es den Menschen ermöglichten, ihrer Frustration und Wut gegen die postpolitische Situation Ausdruck zu verleihen. Im Laufe der aktuellen Proteste können wir beobachten, wie neue Formen entstehen,

die in viel produktiverer Weise auf das demokratische Defizit reagieren, welches „postdemokratische“ Gesellschaften auszeichnet. In beiden Fällen geht es um eine grundlegende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Form von Demokratie. Wenn so viele Menschen quer durch die ganze Bevölkerung, nicht nur die Jungen, auf die Straße gehen, dann hat das damit zu tun, dass sie den Glauben an die traditionellen Parteien verloren haben und ihre Stimmen durch die traditionellen politischen Kanäle nicht vernehmbar werden. Gemäß einem Motto der Protestierenden: „We have a vote, but we do not have a voice.“

Als Ablehnung der postpolitischen Ordnung verstanden können die aktuellen Proteste als eine Anrufung zur Radikalisierung und nicht zu einer Ablehnung der liberal-demokratischen Institutionen gelesen werden. Sie fordern bessere, inklusivere Formen der Repräsentation. Um ihre Forderung nach einer „Stimme“ zu befriedigen, müssen die existenten repräsentativen Institutionen transformiert und neu gegründet werden, um so die Bedingungen für agonistische Konfrontationen zu kreieren, in denen den Bürger_innen wahre Alternativen angeboten werden. Solche Konfrontationen benötigen die Schaffung einer echten Linken, die im Stande ist, Alternativen zum sozial-liberalen Konsens, der in den Mitte-Links-Parteien dominiert, anzubieten. Das zentrale Problem unseres aktuellen postpolitischen Modells ist die Abwesenheit einer solchen agonistischen Konfrontation, und das wird sich nicht durch „horizontale“ Praxen beheben lassen.

Damit möchte ich nicht sagen, dass diese Kämpfe und ihre spezifischen Praxen in einer agonistischen Demokratie keine Rolle spielen. Ich bin davon überzeugt, dass die verschiedenen außerparlamentarischen Kämpfe und die vielfältigen Formen des Aktivismus sehr wertvoll sind; nicht nur, weil sie vernachlässigte Fragen wieder in den Vordergrund bringen, sondern vor allem, weil sie einen Raum für die Kultivierung verschiedenster sozialer Beziehungen schaffen. Diese Art von Aktivismus stellt ein Terrain zur Verfügung, das die Entwicklung agonistischer Formen der Intervention durch artistische Praxen begünstigt. Solche Praxen entwickeln sich tatsächlich auch im öffentlichen Raum, der von jenen Bewegungen zur Verfügung gestellt wurde, und sie können eine signifikante Rolle in der gegenhegemonialen Offensive spielen. Was ich hier allerdings nochmals betonen möchte, ist, dass „horizontale“ Praxen keinen Ersatz darstellen können für repräsentative Institutionen, und dass es notwendig ist, zwischen ihnen und anderen, institutionelleren Formen von Kämpfen eine Synergie zu etablieren.

Ich hoffe, es ist damit klar geworden, dass ich mich nicht für eine rein institutionelle Konzeption von Politik ausspreche bzw. dafür,

kritische Kunstpraxen in den traditionellen Bereich der Kunstwelt zu verbannen, sondern für eine Artikulation unterschiedlicher Modi politischer Interventionen in einer Mannigfaltigkeit von Räumen. Der hegemoniale Zugang theoretisiert radikale Politiken als eine Artikulation parlamentarischer und außerparlamentarischer Kämpfe und zielt darauf ab, eine Synergie zwischen Parteien und sozialen Bewegungen zu kreieren. In dem er die Sichtweise angreift, nach der Institutionen nicht transformiert werden können und Widerstand nur durch das Verlassen der Institutionen sich entwickeln und erfolgreich werden kann, betont der hegemoniale Zugang des „Stellungskriegs“ die Notwendigkeit, politische Strategien in der Kunst und künstlerische Strategien in der Politik zu kombinieren. In unseren postpolitischen Zeiten, in denen der dominante Diskurs versucht, genau die Möglichkeit einer Alternative zur gegenwärtigen Ordnung zu verdecken, sind alle Praxen, die zu einer Subversion und Destabilisierung des hegemonialen neoliberalen Konsens beitragen, willkommen. 🍌

Der Text erschien erstmals in englischer Sprache und ungekürzt in: *Truth is concrete*, Sternberg Press 2014, <http://www.truthisconcrete.org/>. Wir bedanken uns bei der Autorin, beim Steirischen Herbst und bei Florian Malzacher für die Genehmigung der Erstveröffentlichung in deutscher Sprache.

🍌 Chantal Mouffe ist politische Theoretikerin und Professorin für Politische Theorie an der University of Westminster. Sie ist Autorin von mehreren Büchern, wie etwa *Das demokratische Paradox, Über das Politische* und *Agonistics*. Sie arbeitet zur Zeit an einem nicht-rationalistischen Zugang zu politischer Theorie und an der Formulierung eines „agonistischen“ Modells von Demokratie. Außerdem ist sie an Forschungen zum Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa und zum Platz von Europa in einer multipolaren Weltordnung beteiligt.

Präsentische Demokratie

Exodus und Tigersprung

Aktualität präsentischer Demokratie

☞ Die repräsentations- und identitätskritischen Bewegungen der Platzbesetzungen seit 2011 erfinden und erfanden eine neue Form von Demokratie, für die ich den Begriff „präsentisch“ vorgeschlagen habe. Präsentische Demokratie bedeutet nicht einfach die Negation oder die andere Seite von politischer Repräsentation. Das Präsentische steht nicht in einem dichotomen Verhältnis zur Re-Präsentation, es entsteht vielmehr durch einen Exodus aus Dualismen zwischen Verweigerung und Engagement oder Konsens und Konflikt, durch einen Bruch mit identitären Konfrontationen zwischen „uns“ und „ihnen“. In der Mitte des Präsentischen schlägt der Exodus zugleich eine Bresche für transversale konstituierende Prozesse.

Es sind repräsentationskritische Bewegungen, die fundamental die Weise, in der wir regiert werden, in Frage stellen. Kritik bedeutet hier, in der Gegenwart die historisch gewordenen Verhältnisse zurückzuweisen und in dieser Bewegung neue Weisen der Subjektivierung zu entwickeln, in denen Kritik zu einer Haltung wird. Das Präsentische verkettet diese kritische Aktualität mit dem Werden der Demokratie und der Jetztzeit der Kämpfe.

Im beschränkten Kontext der Diskurse liberaler Demokratie stoßen wir auf die immergleiche Entscheidung: *entweder* politische Repräsentation und Organisierung *oder* unpolitische Präsenz als ästhetische und soziale Unmittelbarkeit, als Spontaneismus der organisationsresistenten Bewegung. Der Exodus aus diesem alten Denken bedeutet zwei Brüche in der Dramaturgie der Zeit: erstens den Bruch mit chrono-politischen Entwicklungsstufen, die politisches Handeln in Richtung traditioneller politischer Repräsentation kanalisieren. Denn diese Chrono-Politik schätzt in der Tradition Hegels die Gegenwart gering, um das Versprechen der kommenden Demokratie zu bewahren; zweitens den Bruch mit linearen und kontinuierlichen Zeiterzählungen (den postkolonialen Theorien schon lange fordern), um in der Jetztzeit ein zeitgemäßes und unaufgeschobenes nicht-eurozentrisches Werden der Demokratie zu praktizieren. Dieses Werden von neuen Formen der Demokratie entfaltet sich in einem konstituierenden Prozess, der weniger auf ein konkretes und in absehbarer Zeit zu erreichendes Ziel gerichtet ist als in viel fundamentalerer Weise auf das Entstehen neuer politischer Subjektivierungen. Die zentrale Frage ist: Wie können wir die bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse

grundlegend verändern und zugleich Formen der demokratischen Selbstregierung erproben, die zuvor unvorstellbar waren?

Das immerwährende Versprechen einer kommenden Demokratie

Die aktuellen Krisen repräsentativer Demokratie stehen in der Tradition der bürgerlichen Form von Demokratie und der sie konstituierenden Aporien. Eine dieser Aporien erwächst aus der konstitutiven Trennung zwischen dem Staat auf der einen und der (Zivil-)Gesellschaft auf der anderen Seite. Repräsentative Demokratie ist nicht zu trennen von Staatlichkeit und gilt in diesem Sinne als „politische Demokratie“, die von der Gesellschaft, von *allen*, die repräsentiert werden sollen, geschieden ist – das hat Marx bereits an Hegel kritisiert. Aus der Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen, die in der bürgerlichen liberalen Demokratie als notwendige politische Arbeitsteilung gilt, erwächst die Unabdingbarkeit politischer Repräsentation. Damit ist die bürgerliche Demokratie in einer weiteren Aporie verfangen: Repräsentation ist immer ausschließend, der Anspruch der Gleichheit ist mit diesem Instrument nicht erreichbar, Ungleichheit ist konstitutiv. Eine umfassende Partizipation ist nur als zukünftiges Telos, als prinzipiell unendliche Ausdehnung von Beteiligungsrechten zu verstehen, um die gekämpft werden muss. Das nie einlösbare Versprechen der kommenden Demokratie, der in die unendlich verschobene Zukunft gerichteten Demokratisierung ist die Grundlage dieser vom Sozialen getrennten politischen Demokratie.

Als unpolitisch markierte Kehrseite dieser Konzeption des Politischen gilt die partikulare, situierte Präsenz, die auf Authentizismus und Unmittelbarkeit reduziert, ins Soziale und Ästhetische verschoben und in der Gegenwart eingefroren wird. In jedem derartigen Verständnis von Unmittelbarkeit und Präsenz als Negation (politischer) Repräsentation zeigt sich deutlich die Handschrift Hegels, der die Gegenwart ausgesprochen gering schätzt. Sie ist für ihn ein Moment, der in unserem Denken, Fühlen und Handeln nicht festzuhalten ist, flüchtig und letztlich geschichtslos.

Die Gegenwart gering zu schätzen, ist Grundlage eines Demokratieverständnisses, demzufolge die schöpferische Selbstregierung des unbestimmten *demos* abgewehrt werden muss. Für Marx bricht die Aktualität der Pariser Commune mit dieser Logik, denn sie rennt keinen in die Zukunft gerichteten Idealen hinterher. Die Selbstregierung der Commune setzt die Elemente der neuen Gesellschaft in der Gegenwart frei, Elemente, die sich bereits in der Krise bürgerlicher Herrschaft entwickelt haben. Es ist die soziale Revolution, die sich aus der bürger-

lichen Geschichtsteleologie heraus entwickelt und mit ihr bricht, aus ihr heraustritt.

Jetztzeit der Kämpfe

Walter Benjamin hat in seinem Text „Über den Begriff der Geschichte“ die bürgerliche Geschichtsschreibung als eine der Sieger beschrieben, die in ihrer herrschaftssichernden linearen Erzählung der Zeit durchbrochen werden muss. Die Vorstellung von Geschichte als Kontinuum dient in erster Linie der Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse, deren Bedingung es ist, dass die Gegenwart nicht zählt. Erst in revolutionären Bewegungen, die von der Gegenwart ausgehen, entsteht der Bruch mit diesem Kontinuum – mit Benjamin ein „Tigersprung“. Dieser Tigersprung zeigt sich sowohl in den (Klassen-) Kämpfen um die materiellen Dinge als auch in den gleichzeitig auftauchenden „feinen und spirituellen Dingen“, wie Mut, Humor, List. Diese Affekte und Affizierungen stellen die Siege der Herrschenden, die zeitliche Kontinuität des Historismus unentwegt in Frage und bürsten „die Geschichte gegen den Strich“.

Die Kämpfe finden in der „Jetztzeit“ statt, sind deswegen aber nicht unberührt von der Vergangenheit. Die Jetztzeit ist gerade keine Zeitlichkeit, die selbstidentisch bei sich bleibt, als unmittelbare Präsenz, als Authentizität von Körper und Affekt oder als reine Befindlichkeit. Sie ist konstruktive Zeitlichkeit, in der die Splitter der Geschichte neu zusammengesetzt werden, in der Geschichte unentwegt entsteht. Jetztzeit ist schöpferischer Mittelpunkt, kein Übergang des Vergangenen in die Zukunft.

Die Benjaminsche Jetztzeit flieht humanistische und idealistische Fortschrittsvorstellungen, die sich aus der Idee einer zivilisatorischen Entwicklung und kolonisierenden Zeitlichkeit speisen. Eine solche Projektion in die Zukunft hält sich nicht an die Wirklichkeit und schwächt in Benjamins Augen die gegenwärtige revolutionäre Kraft. Statt fortschrittsfixiert, aktualisiert die Jetztzeit der Kämpfe abgebrochene Konstellationen der Emanzipation und fährt nicht auf den zementierten Straßen von Unterdrückung und Gewalt fort: Die Gegenwart wird politisch. Ein Tigersprung hat die Fähigkeit, das Aktuelle in einem Teil des Vergangenen zu wittern. Er bricht mit der Kontinuität der Geschichte durch einen gegenwärtigen Sprung ins Vergangene, der dort das Aktuelle aufspürt. Ist er revolutionär, dann ist es ein Sprung, der unter den Bedingungen der herrschenden Klasse ansetzt, mit ihrem Kommando bricht und über sie hinausgeht.

Ein konstituierender Prozess für Europa

Vor diesem demokratiethoretischen und geschichtsphilosophischen Hintergrund bedeutet das Präsentische im Kontext der aktuellen Demokratiebewegungen sowohl einen Exodus aus dem Historismus liberaler Demokratie als auch aus chrono-politischen Entwicklungspatridgen, in denen die politische Institutionalisation immer nur einen notwendigen *nächsten* Schritt für eine Bewegung darstellt. Die neuen demokratischen Praxen entstehen inmitten einer wiederkehrenden und sich zuspitzenden Krise repräsentativer Demokratie, die sich in ein neoliberales Regieren durch Prekarisierung und Verschuldung verkehrt hat. Für die Prekären ist die Verbindung mit der Vergangenheit auf vielfältige Weise abgebrochen, die Zukunft nicht planbar. Inmitten dieser aufgebrochenen Zeitlichkeit entsteht ein Bruch mit der Vorstellung, politisches Handeln müsse an Repräsentation gebunden sein, und zugleich ein revolutionäres Begehren nach einer neuen Form von Demokratie, die nicht ein leeres Versprechen auf eine permanent verschobene Zukunft gibt, sondern schon jetzt, in der Jetztzeit erprobt wird.

Die aktuellen repräsentationskritischen Demokratiebewegungen entwickeln aus der Perspektive einer Theorie der präsentischen Demokratie unzeitgemäße transversale Konstellationen. Sie stellen keine Forderungen nach einer weiteren Demokratisierung an die Regierungen, sondern praktizieren in der „Jetztzeit der Kämpfe“ eine neue Form von Demokratie. Die identitäts- und repräsentationskritische Haltung der Bewegungen der Prekären ist keine vorübergehende Laune, kein Missverständnis, keine politische Naivität. Die heterogenen Prekären sind nicht identitätslogisch zu vereinheitlichen oder zu organisieren. Es braucht aufgrund der Heterogenität der sozio-ökonomischen Existenzweisen notwendig Aushandlungsprozesse und Entscheidungsstrukturen, die die Mannigfaltigkeit der Positionen kanalisieren, aber nicht in der dualen Logik von Ein- und Ausschluss still stellen. Es geht weniger darum, dass sich „alle einzeln“ versammeln, sondern dass die vielen aufeinander bezogenen Singularitäten gerade nicht als separierte Individuen teilhaben.

Affektive Bezogenheit und Praxen der Solidarität – die feinen und spirituellen Dinge, von denen Benjamin spricht – konstituieren die Demokratiebewegungen seit den Platzbesetzungen 2011. Von Beginn an wurde soziale Reproduktion neu organisiert, was eine immer bedeutendere Rolle in den aus den Besetzungen sich entwickelnden Solidaritätsnetzwerken im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnbereich spielt. Feministische Überlegungen zur Neuorganisation von Arbeitsteilung und Reproduktion erlangen hier neue Aktualität, etwa jene des Madri-

der Kollektivs *Precarias a la deriva* zur *cuidanía*, zu einer auf Sorge beruhenden Sozialität.

Anders als in der bürgerlich-kapitalistischen Tradition wird das Verbundensein mit anderen hier nicht abgewehrt. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden durch offene Versammlungen gestaltet, durch möglichst egalitäre Weisen der Partizipation und radikalen Inklusion, um gemeinsame Angelegenheiten in den Kommunen oder in Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen selbst zu organisieren und Privatisierungen, auch von gemeinsamen Gütern wie Wasser, abzuwenden. Solidaritätsnetzwerke bilden sich durch und mit denjenigen, die im Zuge von Sparpolitiken aus der Krankenversicherung herausfallen, wie die Sozialkliniken in Griechenland oder das Netzwerk *Yo Sí, Sanidad Universal* in Spanien, das MigrantInnen unterstützt. Auch die erfolg- und einflussreiche spanische Plattform für Hypothekengeschädigte (PAH) und all die Initiativen, die Essen für Bedürftige sammeln, verstehen sich nicht einfach als soziale Hilfsdienste in der Not, sondern als politische Praxen zur Herausbildung einer neuen demokratischen Weise des Zusammenlebens.


Die neuen Formen politischen Handelns setzen im Begehren nach einer ganz anderen Demokratie zum Sprung an, zum Tigersprung, und sie schlagen eine Bresche für die Verkettung gescheiterter, abgebrochener und erfolgreicher revolutionärer Praxen aus der Vergangenheit: das Losverfahren aus der antiken griechischen Demokratie, in dem Gleichheit nicht als aufgeschobener normativer Anspruch betrachtet wird, sondern als Aktualisierung der Gleichheit der Teilnehmenden; die Räte der Pariser Kommune von 1871; die Strategien der Zapatistas aus den 1990er Jahren; das Instrument der Horizontalität aus der Argentinischen Revolution von 2001; Identitätskritik aus den (queer)feministischen Bewegungen.

Alle diese Komponenten des präsentischen Werdens der Demokratie entfalten sich in einem konstituierenden Prozess. Durch den Exodus aus chrono-politischen und historistischen Denkmustern ist der demokratische konstituierende Prozess nicht mehr der etablierten konstituierten Macht einfach entgegengestellt, er konstituiert sich nicht einfach als Gegenmacht, sondern als neue Zusammensetzung von Raum und Zeit. So bedeutet das Instrument der Horizontalität nicht die Affirmation der anderen Seite von vertikalen, hierarchischen Strukturen. Horizontalität stellt sich, etwa in der Komplexität der argentinischen revolutionären Praxis, vielmehr als Ausgangspunkt dar, von dem aus die transversale Verkettung mit repräsentationskritischen Praxen, von abhängigen Mandaten und Delegation bis zu neuen Parteien, die

den horizontalen Versammlungen verpflichtet sind, erprobt wird. Es geht um ein heterogenes und breites Experimentieren mit gleichzeitig stattfindenden verschiedenen Konstellationen aus neuen und vergangenen Praxen, die sich immer wieder verändern und neu zusammensetzen, um den konstituierenden Prozess voranzubringen.

Dieser konstituierende Prozess entsteht aber nicht nur in der Zusammensetzung heterogener Praxen und diskontinuierlicher Zeitrhythmen. Präsentische Demokratie ist nicht in erster Line eine Frage partizipatorischer Verfahrensweisen. Sie hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie sie sich als Haltung in den Subjektivierungen neu entfaltet – als kritische Haltung von immer schon relationalen und sozialen Singularitäten. Andersheit ist mit dieser Haltung nicht mehr Anlass zur Furcht, sondern Garantie transversaler Beziehungen und neuer demokratischer Formen der Subjektivierung und der Selbstregierung.

In allen Ländern, in denen sich die Demokratiebewegungen mit ihren Solidaritätsnetzwerken in den jeweiligen Gesellschaften ausgebreitet haben, sind solche konstituierenden Prozesse zu beobachten. Sie werden hoffentlich in zunehmendem Ausmaß jene europäischen Gegenden anstecken, die nicht in dem Maße wie Südeuropa von Austeritätspolitiken bedroht sind, die aber für ein anderes Europa in den konstituierenden Prozess einer präsentischen Demokratie eintreten müssen. 🍷

 **Isabell Lorey** lehrt an verschiedenen Universitäten politische Theorie. Ihre neuesten Monografien: *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Berlin/Zürich: Diaphanes 2011, *Die Regierung der Prekären*, Wien: Turia+Kant 2012

Eine Charta für Europa Version 1.2

Aus dem Englischen
von Manuela Zechner

■ *Ende Februar / Anfang März 2014 trafen sich Hunderte Aktivist_innen aus verschiedenen Teilen Europas, um anlässlich der Konferenz El nuevo rapto de Europa: deuda, guerra, revoluciones democráticas in Madrid über Einschätzungen zu „Schulden, Krieg und demokratischen Revolutionen“ zu diskutieren. Neben einigen größeren Panels zu Fragen der Organisierung in Zeiten der Krise der Institutionen, der neuen Formen der Teilhabe und des Gemeinsamen, der Dekolonisierung Europas und möglicher neuer „sozialer Verträge“ im kulturellen Feld legten fünf Workshops den Grundstein für eine Charta für Europa. Zu den Themen Demokratie, Schulden, Commons, Governance und Grenzen erarbeiteten die Konferenzteilnehmer_innen grundlegende Stoßlinien sowie eine Präambel für das gesamte Papier. In den darauffolgenden Monaten wurde in Mumbles, Skype-Konferenzen, Wikis und anderen virtuellen Kommunikationsräumen eine erste Version der Charta erstellt, die in den nächsten Monaten verbreitet, diskutiert und weiterentwickelt werden soll. Dieses Procedere soll weniger als Text einer zukünftigen Verfassung/Konstitution dienen, als einen Anstoß für einen konstituierenden Prozess in Europa bieten – in gewisser Weise ist sie schon Komponente eines solchen konstituierenden Prozesses.*

Präambel

1. Wir leben in verschiedenen Teilen Europas, mit verschiedenen historischen, kulturellen und politischen Hintergründen. Wir kommen alle ständig in Europa an. Wir teilen Erfahrungen sozialer Bewegungen und Kämpfe, sowie auch gemeinsame Erfahrungen kreativer politischer Arbeit in unseren Kollektiven auf Gemeinde-, nationaler oder transnationaler Ebene. Wir waren und sind Teil des Aufstands der Vielheiten seit 2011 an verschiedenen Orten der Welt. Wir gehen hier von einem unfertigen europäischen „wir“ aus, das im performativen Prozess der Begegnung entsteht.

2. Angesichts der Finanzkrise haben wir die Gewalt erlebt, die die Austerität mit sich bringt. Wir haben den Angriff auf bestehende soziale Rechte beobachten können, sowie die Ausweitung der Armut und Arbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas. Wir haben eine radikale Transformation der EU erfahren, sie ist nun klar als Ausdruck und Artikulation kapitalistischer und finanzieller Befehlsgewalt erkennbar. Gleichzeitig konnten wir eine tiefgreifende Verschiebung der nationalen Verfassungsrahmen erleben, und haben gelernt, dass diese Rahmen keinen wirkungsvollen Schutz gegen die Gewalt der Krise bieten, sondern im Gegenteil für die grausame Herrschaft der Krise mitverantwortlich

sind. In den Ruinen der repräsentativen Demokratie vervielfachen sich die xenophobischen Chauvinismen, die ethnischen Fundamentalismen, die Rassismen, antifeministische und homophobe Prozesse, neue und alte Formen von Faschismus. Wir lehnen uns gegen all dies auf.

3. Wir wollen eine andere Art von konstituierendem Prozess, der auf sozialen und politischen Kämpfen im gesamten europäischen Raum aufbaut. Einen Prozess, der radikale politische und wirtschaftliche Veränderung in Europa ermöglicht und dabei die Sicherung von Leben, Würde und Demokratie ins Zentrum stellt. Dies ist ein Beitrag zur Schaffung und Entwicklung von Commons, ein Prozess demokratischer Wiederbelebung, in dem Menschen die Protagonist_innen ihres eigenen Lebens werden. Auf den Plätzen und in den Netzwerken haben wir eine einfache Sache gelernt, die unsere Weise, die Welt zu bewohnen, dauerhaft verändert hat: Wir haben begriffen, was „wir“ gemeinsam erreichen können. Wir laden Menschen in und ausserhalb von Europa ein, mitzumachen und zu dieser Charta beizutragen, sie durch Kämpfe, Vorstellungskraft und konstituierende Prozesse zum Leben zu erwecken.

Demokratie

4. Die repräsentative Demokratie ist in der Krise. In einer von oben erzeugten Krise, von Seiten der internationalen Finanzmärkte, der Rating-Agenturen, der privaten Think-Tanks und der von Großkonzernen betriebenen Medien. Aber die Glaubwürdigkeit der Demokratie wird auch von unten in Frage gestellt. Über Demokratie zu diskutieren, heißt aufs Neue einen gemeinsamen Sinn für Demokratie anzueignen und zu erfinden, die Rechte auf Commons zu garantieren, unsere Vorstellungen von Staatsbürger_innenschaft, Gleichheit, Freiheit, Frieden, Autonomie und Kollektivität zu transformieren.

5. Die weltweiten Aufstände von 2011 haben die lebendigen Bedeutungen der Demokratie gerettet. Wenn wir in Europa Demokratie fordern, so wollen wir damit nicht den Glanz der alten nationalstaatlichen Demokratien zurückholen. Im Gegenteil wollen wir Institutionen erfinden, die dem in jenen Protesten gängigen Ausruf „Sie repräsentieren uns nicht!“ gerecht werden. Wir wollen unseren Glauben an die Selbstregierung des „Demos“ zurückgewinnen – wir bestehen auf den Begriff der Demokratie, auf dessen Neuerfindung und Transformation.

6. Wir erleben eine postdemokratische Wende in Europa. Nationale Verfassungen werden privaten Interessen unterworfen, wenn die Troika budgetäre sowie sozialpolitische Entscheidungen ohne demokratische Legitimation umsetzt. Ähnlich ist die *Sicherheit* zu einem der zentralen Elemente in der Aushöhlung der Bedeutung und des Funktionierens

von demokratischen Institutionen geworden. Austerität und Sicherheit geben eine allgemeine Veränderung der Rolle von Institutionen auf globaler Ebene vor, durch die Demokratie unmöglich gemacht wird.

7. Was wir hier als Demokratie bezeichnen, meint eine Verfassung von unten. Wie können wir demokratische Selbstregierung in pluralistischer und partizipatorischer Weise denken? Wie können wir von den demokratischen Praxen auf den Plätzen rund um den Globus lernen und diese als Neuerfindung partizipativer Prozesse der Versammlung der Vielen begreifen, durch die wir uns eigene Richtlinien, Gesetze und Rechte schaffen? Wie kann dieser Prozess pluralistisch und föderalistisch gestaltet werden, aufbauend auf Netzwerken und Gefügen, auf Bewegungen und Beziehungen anstatt auf Identitäten, Funktionen und Rollen? Wir stellen uns dabei etwas vor, das jenseits jener juristischen Form der Demokratie liegt, die an einen nationalen Souverän gebunden ist. Wir wollen den Begriff öffnen, um demokratischen Praxen in das Soziale, den Alltag, die Produktion und Reproduktion des Lebens auszubreiten. Der Staat muss einer genauen Prüfung unterzogen werden. Wir müssen ihn herausfordern durch die Verbreitung radikaler Inklusion und die Erfindung demokratischer Werkzeuge von unten.

8. Demokratie in Europa bedeutet für uns einen doppelten Prozess, in dem „Demokratie“ und „Europa“ verwoben, (wieder)angeeignet und neu erfunden werden müssen, und das auf Basis der transnationalen sozialen und politischen Kämpfe der Vielen. Demokratie als Praxis. Demokratie für Europa.

Einkommen/Schulden

9. Heute sind Schulden der Hauptmechanismus wirtschaftlicher Herrschaft und Kapitalakkumulation in Europa. Sie funktionieren durch ein vielschichtiges System, das gesamte Gesellschaften umfasst. So erfahren wir, dass Schulden alle angehen, Arbeiter_innen, Student_innen, Arbeitslose: niemand darf der neuen Schuldenökonomie entkommen.

10. Wenn die Reproduktion des Lebens immer mehr an den Zugang zu Krediten gebunden ist, und so an wachsende private Verschuldung, werden Schulden und Einkommen zu zwei Seiten derselben Medaille. Das ist der ausgeprägteste Widerspruch der Krise: die Unterscheidung der privaten und anonymen Schuldner_innen von den vielen Verschuldeten. Ratingagenturen, Banker_innen und finanzielle Institutionen vertreten uns nicht.

11. Der Kampf um die Demokratie bedeutet eine Bekämpfung der Erpressung durch öffentliche und private Verschuldung, eine Bekämpfung der Austeritätspolitik, die sich katastrophal auf die Vielen

auswirkt. Die Herausforderung besteht darin, diese verallgemeinerte private Verschuldung gegenüber den Wenigen des Finanzmarkts in eine gemeinsame Verschuldung der Vielen gegenüber den Vielen umzuwandeln. Geld und Finanzen müssen zurück in die Hände der demokratischen Vielen kommen. Das Grundeinkommen ist das Mittel, das wir für unsere gemeinsame Verschuldung der Vielen gegenüber den Vielen brauchen können. Es ist die Antwort auf die Anerkennung der Tatsache, dass Reichtum etwas ist, das wir gemeinsam schaffen.

Commons/Staat

12. Die Demokratie geht als Prozess Hand in Hand mit der ständigen kollektiven Produktion und dem kollektivem Gebrauch der Commons. Diese kollektive Produktion der Commons ist der einzige Weg, Armut und Krieg zu verhindern und sozialen und kulturellen Reichtum zu schaffen. Dies ist eine Angelegenheit nicht nur der Verteidigung öffentlicher Politiken zur Erhaltung von Bildung, Gesundheit, Kultur und sozialem Wohlergehen, sondern auch der Bewegung in Richtung neuer Formen von Institutionen der Commons, als Mittel, die wir für unser Zusammenleben produzieren. Um das zu ermöglichen, haben die Menschen in Europa das Recht darauf, sich auf eine horizontale Weise der Vielen zu organisieren und damit eine neue Form der Demokratie zu schaffen und zu auszuüben.

13. Quer durch Europa werden laufend neue Institutionen der Commons erfunden und aufgebaut, um dem Entscheidungsmonopol des Staates entgegenzutreten. Viele davon entstehen in den Kämpfen gegen die Krise, gegen die Austeritätspolitik und gegen deren Auswirkung auf das tägliche Leben der Menschen in Europa. Sie sind die ersten Schritte in Richtung einer Neuerfindung des politischen und sozialen Raums jenseits der Dichotomie von öffentlichem und privatem Sektor, die den politischen und sozialen Raum der Moderne strukturiert hat, in dem einerseits der Staat und andererseits der Markt die Reproduktion von Macht und Profiten garantierte. Staat und Markt sind dabei gescheitert, das Wohlergehen der Menschen in Europa sicherzustellen. Die Institutionen der Commons brechen mit dieser Logik der sozialen Reproduktion. Sie schaffen kollektive Formen der Reproduktion von Leben, die jenseits der Logik der Kapitalisierung wirken.

14. Die Institutionen der Commons bauen auf kollektiver Entscheidungsfindung auf und müssen an Stärke gewinnen, um sich signifikant auf das Alltagsleben der Gesellschaft auszuwirken; das heißt, sie müssen Schritt für Schritt die dysfunktionalen Strukturen der Nationalstaaten ersetzen. Wir müssen die Verwaltung und die nationalen

Bildungs-, Stadtentwicklungs-, Kunst-, Forschungs-, Sozial- und Gesundheitsinstitutionen demokratisieren, um so die Verwirklichung von Institutionen der Commons zu ermöglichen und deren Verbreitung und Nachhaltigkeit abzusichern. Das kann nur auf transnationaler Ebene passieren, im Widerstand gegen die globale Profitlogik und durch ein Verständnis von Europa als Raum der Demokratisierung von unten, der Commons schafft und schätzt.

Verwaltung/Regierung

15. Das Problem liegt nicht darin, welche Staatsform die am besten geeignete für die Demokratie wäre, sondern in der Frage, wie wir regiert werden wollen. Die moderne repräsentative Demokratie basiert auf der Idee, dass die Vielen regiert werden sollen, indem sie auf die Wenigen im traditionellen Parteisystem reduziert werden. Verteilte Demokratie beruht hingegen auf der Möglichkeit der Selbstregierung der Menschen im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte des gemeinsamen Lebens.

16. Dass das Vorrecht der absoluten Herrschaft einfach einer separaten Körperschaft von professionellen Politiker_innen und Techniker_innen anvertraut wird, kann keine Garantie für einen politischen Prozess im Sinne des Gemeinwillens darstellen. Wir müssen uns von der Vorstellung des Staats als Einheit lossagen: die Macht dieses Einen als Meister und Manipulator der Komplexität passt nicht zusammen mit der Praxis der Demokratie für die Vielen durch die Vielen. Repräsentative Demokratie ist zu einem technokratischen autoritären System degeneriert, einer „Regierung der unveränderlichen Realität“, die sich auf die Verwaltung von Angst und Unterwerfung stützt.

17. Jenseits eines technokratischen Top-Down-Föderalismus denken wir, dass die Demokratie der Commons sich auf ihre lokale wie auf die transnationale Dimension stützen muss. Natürliche und künstliche Commons können nicht „nationalisiert“ und auch nicht von einer oligarchischen Technostruktur verwaltet werden. Eine Demokratie der Vielen kann nur als verteilte Demokratie existieren; sie kann nur durch eine Ausweitung offener und graswurzelförmiger Netzwerke im Sinne des gemeinsamen Interesses erreicht werden. Es kann keine Macht über die Commons geben, nur ein gerechtes System verteilter demokratischer Gegenmächte, die auf Basis ihrer laufenden Interaktionen, Konflikte und Verhandlungen entscheiden.

Staatsbürger_innenschaft/Grenzen

18. Eine Neudefinition der Staatsbürger_innenschaft in Europa muss von migrantischen Praxen der Grenzüberquerung und von

der Aneignung der Staatsbürgerschaft jenseits nationalistischer und ausschließender Vorgeschichten ausgehen. Die verschiedenen Formen von Grenze, die wir täglich infrage stellen und bekämpfen, reichen von geografischen und Staatsgrenzen über Internierungslager für Migrant_innen, bis hin zu elektronischen Kontrollsystemen, Mauern und Stacheldrähten. Aber sie bestehen auch in internen Kontrollen und Visaregimen, Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsbewilligungen. Die Grenzen Europas reichen heute weit über den geographischen Rahmen der EU-Mitgliedsstaaten hinaus, auch weil die Kontrolle der Migration zunehmend externalisiert wird.

19. Physische Grenzen werden durch die Bewegungen der sie Überquerenden, die zugleich von der Grenze durchquert werden, ständig angefochten und umgeformt. Verschiedene Praxen und Routen bringen Leute zum Eintreten, Verlassen und Wiedereintreten in den europäischen Raum. Aber auch die vielfachen Bewegungen der internen Migrant_innen drücken die klaffenden Unterschiede und Ungleichheiten in Europa aus und reagieren auf sie. Diese Praxen sind für die Anfechtung des heutigen Europas zentral, wie auch für einen Blick auf das mögliche Europa von morgen.

20. Die Anfechtung der Staatsbürger_innenschaft in Europa braucht eine Wahrnehmung Europas „von der Grenze aus“ – eine offene, anhaltende und inklusive Bürger_innenschaft stellen wir uns entkoppelt von Geburtsort und Abreiseort vor, unabhängig von dauerhaftem oder temporärem Aufenthalt, nicht den Bedingungen eines Arbeitsmarktes unterworfen, und wir wollen sie auch praktizieren, auf der Basis eines geteilten, offenen und demokratisch-sozialen Raums.

21. Auch wenn der Begriff selbst in Frage gestellt werden kann, müssen wir jede privilegierte Position, die Forderungen nach „Inklusion“ derjenigen herunterspielt, die materielle Einschränkungen, unterschiedliche Behandlung und differenziellen Zugang zu sozialen Rechten und Freiheiten erfahren, entschieden hinterfragen. Europa muss ein Friedensprojekt sein, nicht um die Sicherheit der eigenen Grenzen zu garantieren, sondern um die Absicherung von ökonomischen, sozialen und politischen Rechten zu gewährleisten. 🍌

<http://nuevoraptodeeuropa.net/>

http://chartereuropa.net/wiki/Charter_1.1

Ausfahrt

Vom kollektiven Organisator zum Publizieren in der zerstreuten Mehrzahl

☞ 1902 behandelt Wladimir I. Lenin im letzten Abschnitt seines einschlägigen Textes „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“ ein Problem, das die allgemeinere Theorie der Organisierung mit dem „Plan“ einer gesamtrussischen politischen Zeitschrift“ verbindet: „Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?“ In diesem Zusammenhang tauchen Fragestellungen auf, die heute wieder brisant werden, wie jene nach neuen sozialen Zusammensetzungen oder nach einer Komposition der zerstreuten Komponenten einer translokalen Zeitungsredaktion. Lenin schreibt:

„Von der Wichtigkeit der Vereinigung, von der Notwendigkeit, ‚zu sammeln und zu organisieren‘, sprechen jetzt ausnahmslos alle, aber in den meisten Fällen fehlt eine bestimmte Vorstellung davon, womit man beginnen und wie diese Vereinigung durchgeführt werden soll. Alle werden sicherlich damit einverstanden sein, dass für die ‚Vereinigung‘ der einzelnen Zirkel, sagen wir der Bezirke einer Stadt, gemeinsame Einrichtungen notwendig sind, d.h. nicht nur die einheitliche Bezeichnung ‚Verband‘, sondern tatsächlich eine gemeinsame Arbeit, ein Austausch von Material, Erfahrungen und Kräften, eine Verteilung der Funktionen schon nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach den Spezialgebieten der Arbeit in der ganzen Stadt. [...] Und ich bestehe nach wie vor darauf, dass man mit der Herstellung dieser tatsächlichen Verbindung nur beginnen kann auf der Grundlage einer gemeinsamen Zeitung, als des einzigen regelmäßigen gesamtrussischen Unternehmens, das die Ergebnisse der verschiedensten Arten der Tätigkeit summiert und dadurch die Leute anspornt, unermüdlich auf all den zahlreichen Wegen vorwärtszuschreiten, die zur Revolution führen, so, wie alle Wege nach Rom führen.“

Nicht alle Strassen führen notwendigerweise nach Rom, aber die zahlreichen Wege einer alltäglichen, einer sozialen, einer molekularen Revolution bedürfen auch im 21. Jahrhundert zweifellos vieler und immer neuer Zeitungen. Im 20. Jahrhundert hat sich die Zusammenarbeit im Zeitschriftenwesen oft als mehr oder weniger produktives Scheitern ereignet: etwa in Walter Benjamins Versuchen der Zeitschriftengründung unter dem Titel „Angelus Novus“ (1921) und später, in der weltweiten Krise, unter dem Titel „Krise und Kritik“ (1930, mit Brecht und anderen). Gerade mitten in den multiplen Krisen des vergangenen Jahrhunderts scheint das Begehren nach gemeinsamen Publikationsprojekten immer wieder in besonderem Ausmaß zu steigen. Vielleicht sind die Erfahrun-

gen des Scheiterns allerdings weniger an die materiellen Bedingungen in der Krise geknüpft, sondern haben mit der Problematik einer verkürzten Idee von Intellektualität zu tun – beschränkt auf individuelle, meist männliche Autor_innen und deren hermetische Zirkel.

Ohne mit dem Aspekt der Gender-Asymmetrie zu brechen, gelang es der langen Kette operaistischer und postoperaistischer Zeitschriften von Quaderni Rossi über Classe Operaia bis zu Futur Antérieur, Multitudes und Euronomade immer wieder, Verkettungen zwischen politischer Praxis und Publikationsprojekten herbeizuführen. In einem Interview mit Verina Gfader beschreibt Antonio Negri den Beginn dieser nie wirklich abreißenden Erfahrungen der Produktion von Zeitschriften: „In Italien erlebten wir die sogenannte Magazin-Periode, die innerhalb der radikalen Linken nach dem 20. Kongress der kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Ungarischen Aufstand von 1956 begann. In diesen Jahren waren Zeitschriften die meistbenutzten Mittel zur Verbreitung von Theorien und Ideen. Bis in die Mitte der 1960er Jahre war unsere Bewegung eine ‚Magazin-Bewegung‘.“

Auch wenn der Begriff einer Magazin-Bewegung aussagekräftig für die spezifische Verschränkung von Zeitschrift und politischen Kämpfen scheint, war es vor allem die feministische Praxis seit den 1960er und 1970er Jahren (vom *consciousness raising* und den Erfahrungen der Libreria delle Donne bis zur Transversalität queerer Publikationen), der es gelang, die Spuren der gemeinsamen Matrix eines transversalen Intellekts nicht hinter dem Brimborium des universellen, repräsentativen oder Medien-Intellektuellen zu verstecken. In Experimenten kollektiven Schreibens, Publizierens und Verbreitens entstand jene Vielfalt, auf der aufbauend wir heute instituierende Praxen und potenzielle Institutionen des Gemeinsamen entwickeln können. Jenes „Schreiben in der Mehrzahl“, das Maurice Blanchot in den frühen 1960er Jahren als Devise für das – allerdings ebenfalls glorreich gescheiterte – Projekt einer Revue Internationale ausgegeben hatte, entsteht im Hier und Jetzt von multipler Krise und Prekarisierung als translokale, kamionisch-übersetzerische Übung in zerstreuter Kooperation. Transversale Überschüsse, Symphonie ohne Taktstock, holpernder Verkehr in alle Richtungen – dieser Laster ist nicht zu halten. 🍷